



Staatsanzeiger

für Rheinland-Pfalz

Amtliche Bekanntmachungen

MONTAG, DEN 26. FEBRUAR 2018

STAATSANZEIGER

NR. 6 / SEITE 197

Seite	INHALT	Seite
Staatskanzlei		
Erteilung eines Exequaturs an Herrn Ibrahim M.S.S. Al Subhi, Generalkonsul des Königreichs Saudi Arabien in Frankfurt am Main		197
Erteilung eines Exequaturs an Herrn Aibek Shamirov, Konsul der Kirgisischen Republik in Frankfurt am Main		197
Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd		
Bekanntmachung Förmliches Genehmigungsverfahren nach §§ 10, 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für die Errichtung und den Betrieb einer Bioabfallvergärungsanlage der Firma SUEZ Süd GmbH, Daimlerstraße 2, 75438 Knittlingen, auf dem Gelände der Biokompostierungsanlage Westheim auf den Flurstücken 2304/6 und 2304/7 in der Gemarkung Westheim		197
Sonstige Veröffentlichungen		
Bekanntmachung des Zweckverbandes Erholungsgebiet		
Rheinhessische Schweiz (Öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 1. März 2018)		198
Auflösung des Vereins „Frau aktiv e.V.“		198
Bekanntmachung gemäß § 5 Abs. 2 UVPG des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) (Ausbau der K 56 zwischen Großseifen und Höhn)		198
Auflösung des Vereins „Förderverein der Kindertagesstätte „am breiten Stein“ Framersheim“		198
Auflösung des Vereins zur Förderung der Kindertagesstätte „Pustelblume“		198
Auflösung des Vereins Skydive Ailertchen e.V.		198
Öffentliche Bekanntmachung einer öffentlichen Sitzung des Ausschusses für das Biosphärenreservat		
Pfälzerwald-Nordvogesen des Bezirksverbands Pfalz		199
Auflösung des Fördervereins des Kinderhauses Klitzeklein Koblenz e.V.		199
Auflösung des Männergesangsvereins Eintracht 1891 e. V. Laubenheim		199
Öffentliche Bekanntmachung des Verbandes Region Rhein-Neckar (48. Sitzung des Planungsausschusses am 7. März 2018)		199
Auflösung des Vereins TTC Pfeffelbach e.V.		199
Auflösung des Vereins Jugendclub Rehborn e.V.		199
Auflösung des Kirchbauvereins Schloßböckelheim e.V.		199
Auflösung des Vereins „Obst- und Gartenbauverein Urbach“ ...		199
Öffentliche Ausschreibungen		199
Stellenausschreibungen		200
Bekanntmachungen der Gerichte		214

Staatskanzlei

779.

Erteilung eines Exequaturs an Herrn Aibek Shamirov, Konsul der Kirgisischen Republik in Frankfurt am Main

Bekanntmachung der Staatskanzlei vom 5. Februar 2018 (01221-12/2006)

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufskonsularischen Vertretung der Kirgisischen Republik in Frankfurt am Main ernannten Herrn Aibek Shamirov am 26. Januar 2018 das Exequatur als Konsul erteilt.

Das dem bisherigen Konsul, Herrn Kairat Tursunkulov am 16. September 2016 erteilte Exequatur ist erloschen.

Der Konsularbezirk umfasst auch das Land Rheinland-Pfalz.

Mainz, den 5. Februar 2018

Der Chef der Staatskanzlei
Clemens H o c h

778.

Erteilung eines Exequaturs an Herrn Ibrahim M.S.S. Al Subhi, Generalkonsul des Königreichs Saudi Arabien in Frankfurt am Main

Bekanntmachung der Staatskanzlei vom 5. Februar 2018 (01221-2/2012)

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufskonsularischen Vertretung des Königreichs Saudi Arabien in Frankfurt am Main ernannten Herrn Ibrahim M.S.S. Al Subhi am 5. Dezember 2017 das Exequatur als Generalkonsul erteilt.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Muhanna S.A. Aba Alkhail, am 25. Oktober 2016 erteilte Exequatur ist erloschen.

Der Konsularbezirk umfasst auch das Land Rheinland-Pfalz.

Mainz, den 5. Februar 2018

Der Chef der Staatskanzlei
Clemens H o c h

Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd

780.

Bekanntmachung

Förmliches Genehmigungsverfahren nach §§ 10, 16 des

Bundes-Immissionsschutzgesetzes für die Errichtung und den Betrieb einer Bioabfallvergärungsanlage der Firma SUEZ Süd GmbH, Daimlerstraße 2, 75438 Knittlingen, auf dem Gelände der Biokompostierungsanlage Westheim auf den Flurstücken 2304/6 und 2304/7 in der Gemarkung Westheim

Die Firma SUEZ Süd GmbH, 75438 Knittlingen, betreibt seit 1999 das Kompostwerk Westheim. Mit Schreiben vom 16. Januar 2018 stellte die Fa. SUEZ den Antrag bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, den Umbau des Kompostwerkes in eine Biogasanlage auf den Flurstücken 2304/6 und 2304/7 in der Gemarkung Westheim nach

§ 16 Bundes-Immissionsschutzgesetz zu genehmigen.

Die Biogasanlage wird in den Anlagenbestand und in das Betriebsgelände des Kompostwerkes in der Holzmühlstraße 1 in 67368 Westheim integriert. Die Aufbereitung der angelieferten Bioabfälle, sowie deren Kompostierung erfolgen unverändert in den vorhandenen Baulichkeiten.

Die bislang verarbeiteten Abfallarten bleiben unverändert. Die geplante Verarbeitungskapazität beläuft sich auf 48.000 t/a Bioabfälle. An Grünabfällen werden zukünftig 10.000 t/a angenommen und aufbereitet. Die bisherige Grünabfallkompostierung am Standort wird aufgegeben. Es werden keine sonstigen neuen Abfallarten am Standort angeliefert.

An zusätzlichen Betriebseinheiten werden für die Biogasanlage erforderlich:

- Fermenter
- Entwässerung der Gärreste
- Flüssiggärrestlager
- Biogasspeicher, -reinigung
- Biomethanaufbereitung

Das in Erdgasqualität erzeugte Biomethan wird in das Erdgasnetz eingespeist.

Die Qualität der Endprodukte Kompost und Flüssiggärreste wird durch eine unabhängige Gütesicherung überwacht und die Produkte gelangen als Bodenhilfsstoffe und Düngemittel in die Verwertungsschiene, z. B. als Ersatz für Kunstdünger.

Die Errichtung und der Betrieb der Anlage sind nach Erteilung der beantragten Genehmigung vorgesehen.

Der Antrag und die Unterlagen sind vom 6. März 2018 bis 5. April 2018

bei der

Kreisverwaltung Germersheim
Zimmer 2.19
Luitpoldplatz 1
76726 Germersheim

bei der

Verbandsgemeindeverwaltung
Hauptstraße 60
67360 Lingenfeld

und bei der

Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd
Zimmer 111
Gebäude Friedrich-Ebert-Straße 14
67433 Neustadt

während der üblichen Dienstzeiten zur Einsicht ausgelegt.

Vom 6. März 2018 bis zum 19. April 2018 können schriftlich Einwendungen gegen das Vorhaben bei der

Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd
Friedrich-Ebert-Straße 14
67433 Neustadt

oder bei einer der oben genannten Auslegungsstellen erhoben werden.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Auf Verlangen des Einwenders werden dessen Name und Anschrift vor der Bekanntgabe der Einwendungen an den Antragsteller oder die beteiligten Behörden unkenntlich gemacht, wenn diese Angaben zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind.

Nach Ablauf der Einwendungsfrist können die rechtzeitig gegen das Vorhaben erhobenen Einwendungen mit dem Antragsteller

und den Personen, die Einwendungen erhoben haben, in einem Termin erörtert werden.

Der Erörterungstermin findet aufgrund einer Ermessensentscheidung nach § 10 Abs. 6 BImSchG am 7. Mai 2018, ab 10.00 Uhr, im Bürgerhaus der Ortsgemeinde Westheim, Martin Luther Straße 1, 67368 Westheim, statt.

Der Erörterungstermin ist gemäß § 18 der 9. BImSchV öffentlich. Im Einzelfall kann aus besonderen Gründen die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass die formgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Die Entscheidung über den Genehmigungsantrag wird öffentlich bekannt gemacht

Die Bekanntmachung des Vorhabens und die Antragsunterlagen werden auch im Internet auf der Homepage der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd www.sgd-sued.rlp.de unter „Öffentlichkeitsbeteiligung/Bekanntmachungen“ veröffentlicht.

Neustadt an der Weinstraße,
den 26. Februar 2018

- 8930 GER 012:314 -

Struktur- und
Genehmigungsdirektion Süd
Im Auftrag
Dr. Kornelia Becker

Sonstige Veröffentlichungen

781.

**Bekanntmachung des Zweckverbandes
Erholungsgebiet Rheinhessische Schweiz**
(Öffentliche Sitzung des
Rechnungsprüfungsausschusses
am 1. März 2018)

Am Donnerstag, den 1. März 2018, 16.00 Uhr, findet in der Kreisverwaltung Alzey-Worms, Ernst-Ludwig-Straße 36, Besprechungsraum 108, eine öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses des Zweckverbandes mit folgender Tagesordnung statt:

TOP Bezeichnung

- 1 - Jahresrechnungen
- Empfehlungsbeschluss zur Feststellung der Jahresrechnungen
- 2 - Jahresrechnungen
- Empfehlungsbeschluss zur Entlastung des Vorstandsvorstehers
- 3 - Eröffnungsbilanz für das Haushaltsjahr 2017
- Empfehlungsbeschluss

Alzey, den 14. Februar 2018

Zweckverband
Erholungsgebiet
Rheinhessische Schweiz
Ernst Walter Görisch
Verbandsvorsteher

782.

**Auflösung des Vereins
„Frau aktiv e.V.“**

Der Verein „Frau aktiv e.V.“, Sitz Battweiler, ist aufgelöst. Die Gläubiger des Vereines werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei

der Liquidatorin: Brigitte Veit, Reichwaldstraße 7 in 66484 Battweiler, anzumelden.

Battweiler, den 13. Februar 2018

Die Liquidatorin

783.

**Bekanntmachung gemäß § 5 Abs. 2 UVPG
des Gesetzes über die
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)**
(Ausbau der K 56 zwischen
Großseifen und Höhn)

Der Landesbetrieb Mobilität Diez (Straßenbaubehörde) mit Sitz in 65582 Diez, beabsichtigt für den Westerwaldkreis den Ausbau der K 56 zwischen Großseifen und Höhn.

Der Ausbau erstreckt sich von Netzknoten 5313052 nach Netzknoten 5313095, von Station 0,260 bis Station 1,825. Die Ausbaulänge beträgt ca. 1565 m.

Die Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 Abs. 1 i. V. m. § 9 Abs. 4 UVPG hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem UVPG für das o. a. Vorhaben nicht erforderlich ist, da von dem Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung gemäß § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbstständig anfechtbar ist.

Diez, den 6. Februar 2018

Landesbetrieb Mobilität
Diez
Im Auftrag
Isabel Neeb

784.

**Auflösung des Vereins
„Förderverein der Kindertagesstätte
„am breiten Stein“ Framersheim“**

Der Verein „Förderverein der Kindertagesstätte „am breiten Stein“ Framersheim“ ist aufgelöst. Seine Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei der Liquidatorin: Christiane Reincke, Zehnthofstraße 21 in 55234 Framersheim, anzumelden.

Framersheim, den 7. Februar 2018

Die Liquidatorin

785.

**Auflösung des Vereins zur Förderung
der Kindertagesstätte „Pustebume“**

Der Verein zur Förderung der Kindertagesstätte „Pustebume“ wurde durch Beschluss der Mitgliederversammlung vom 16. März 2016 zum 15. April 2016 aufgelöst. Eventuelle Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei dem Liquidator: Michael Collins, Dorfstraße 4, 53547 Hausen/Wied, anzumelden.

Hausen/Wied, den 12. Februar 2018

Der Liquidator

786.

**Auflösung des Vereins
Skydive Ailertchen e.V.**

Der Verein ist aufgelöst. Liquidatoren sind: Bernd Kückemanns, Unterweg 4, 56462 Höhn; Björn Stürz, Siegerner Straße 7, 57636 Mammelzen; Rudi Töbel, Wiesenstraße 2, 56317 Urbach; Bernd Lenz, Heerstraße 2a, 65326 Aarbergen. Gläubiger werden aufgefordert, sich beim Verein oder bei den Liquidatoren zu melden.

Höhn, den 7. Februar 2018

Die Liquidatoren

787.

**Öffentliche Bekanntmachung
einer öffentlichen Sitzung des
Ausschusses für das Biosphärenreservat
Pfälzerwald-Nordvogesen
des Bezirksverbands Pfalz**

Am Freitag, dem 2. März 2018, findet um 14.00 Uhr in 67466 Lambrecht, Franz-Hartmann-Straße 9, Raum A5 der Pfalzakademie eine Sitzung des Ausschusses für das Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen statt.

Es ist folgende **Tagesordnung** vorgesehen:

- TOP 1 Wahl des / der Ausschussvorsitzenden
- TOP 2 Wahl des / der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
- TOP 3 Bericht des Bezirkstagsvorsitzenden
- TOP 4 Schreiben des Pfälzer Natursportverbands: Premium-Reitwanderwege im Pfälzerwald
- TOP 5 Beschluss und Vorstellung des Konzepts „Bildung für nachhaltige Entwicklung im Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen“

Kaiserslautern, den 16. Februar 2018

Bezirksverband Pfalz
Theo W i e d e r
Bezirkstagsvorsitzender

788.

**Auflösung des Fördervereins
des Kinderhauses Klitzeklein Koblenz e.V.**

Der Verein ist aufgelöst. Gläubiger werden aufgefordert, sich bei diesem zu melden. Die Liquidatorinnen sind: Constanze Hausmann, Meisenlauf 3c, 56075 Koblenz; Nadja Ayazpoor-Lissek, Kemmertstraße 41, 56072 Koblenz.

Koblenz, den 8. Februar 2018

Die Liquidatorinnen

789.

**Auflösung des Männergesangsvereins
Eintracht 1891 e. V. Laubenheim**

Der Verein Männergesangsverein Eintracht 1891 e. V. Laubenheim ist aufgelöst. Seine Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei dem Liquidator: Gerhard Mohr, Rathausstraße 9, 55452 Laubenheim, anzumelden.

Laubenheim, den 15. Februar 2018

Der Liquidator

790.

**Öffentliche Bekanntmachung
des Verbandes Region Rhein-Neckar
(48. Sitzung des Planungsausschusses
am 7. März 2018)**

Die 48. Sitzung des Planungsausschusses des Verbandes Region Rhein-Neckar findet statt am Mittwoch, den 7. März 2018, um 15.30 Uhr, Mannheim, Stadthaus N1, Ratssaal.

Es ist folgende **Tagesordnung** vorgesehen:

- 1. PHVision ein Projekt in und für die Metropolregion Rhein-Neckar
Vortrag Prof. Michael Braum, Geschäftsführender Direktor IBA Heidelberg
- 2. Regionale Gewerbeflächenstudie Rhein-Neckar
hier: Beschluss über die Auftragsvergabe

- 3. Dritte Änderung des Landesentwicklungsplans (LEP) Hessen Mitteilungen / Verschiedenes
Neufassung der Planziffer 5.1.6
hier: Beschluss zur Stellungnahme des Verbandes Region Rhein-Neckar
- 4. Raumordnungsverfahren und Zielabweichungsverfahren für die Verlagerung und Erweiterung des Möbelhauses Segmüller in Mannheim
hier: Beschluss über die Stellungnahme des Verbandes Region Rhein-Neckar
- 5. Regionalpark Rhein-Neckar - Weiterentwicklung des Wettbewerbes „Landschaft in Bewegung“
hier: Beschluss zu den überarbeiteten Ausschreibungsmodalitäten
- 6. Neubaustrecke Rhein-Main / Rhein-Neckar
hier: Sachstandsbericht zur „Knotenstudie Mannheim“
- 7. Teilfortschreibung Wohnbauflächen des Einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar
hier: Zwischenbericht zur informellen Anhörungsrunde der Kommunen
- 8. Mitteilungen/Verschiedenes

Die Sitzung ist öffentlich.

Mannheim, den 26. Februar 2018

Verband Region
Rhein-Neckar
Stefan D a l l i n g e r
Verbandsvorsitzender

791.

**Auflösung des Vereins
TTC Pfeffelbach e.V.**

Der Verein TTC Pfeffelbach ist aufgelöst. Seine Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei den Liquidatoren: Klaus Becker, Austraße 17, 66885 Bedesbach; Armin Gaß, Brunnenstraße 6, 66871 Pfeffelbach, anzumelden.

Pfeffelbach, den 3. Februar 2018

Die Liquidatoren

792.

**Auflösung des Vereins
Jugendclub Rehborn e.V.**

Der Verein Jugendclub Rehborn e.V. ist aufgelöst. Seine Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei den Liquidatoren: Michael Wagner, Burg-Layer-Straße 2, 55452 Rümelsheim; Christoph Dornbusch, Untergasse 1, 55592 Rehborn, anzumelden.

Rehborn, den 26. Januar 2018

Die Liquidatoren

793.

**Auflösung des Kirchbauvereins
Schloßböckelheim e.V.**

Der Kirchbauverein Schloßböckelheim e.V. ist aufgelöst. Seine Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei dem Liquidator: Friedrich Singer, Nahetalstraße 5, 55596 Schloßböckelheim, anzumelden.

Schloßböckelheim, den 1. Februar 2018

Der Liquidator

794.

**Auflösung des Vereins
„Obst- und Gartenbauverein Urbach“**

Der Verein Obst- und Gartenbauverein Urbach ist aufgelöst. Liquidator ist Arno Si-

mon, Am Schuler 3, 56317 Urbach. Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche beim Liquidator anzumelden.

Urbach, den 15. Februar 2018

Der Liquidator

Öffentliche Ausschreibungen

795.

**Hinweis auf eine öffentliche Ausschreibung
nach § 3 (1) VOB/A**

Die Pfalzlinikum Service GmbH - Bau- und Flächenmanagement - schreibt für das Pfalzlinikum für Psychiatrie und Neurologie AdÖR die Aufstockung E4 Gebäude 64 des Pfalzlinikums am Standort Kaiserslautern mit folgenden Losen:

- VWR23_400-02 -
Elektrotechnische Anlagen

öffentlich aus. Den vollständigen Bekanntmachungstext sowie den Link zum Download der Vergabeunterlagen finden Sie im Internet unter der Adresse <http://www.pfalzlinikum.de/ueber-uns/ausschreibungen/> oder unter <http://www.vergabeberatungsstelle.de/aktuelle-ausschreibungen>.

16. Februar 2018

Bau- und Flächenmanagement

796.

Öffentliche Ausschreibung

St. Elisabeth Krankenhaus Lahnstein
- Ihr Gesundheitszentrum GmbH -
Ostallee 3, 56112 Lahnstein

Umbau und Erweiterung Psychiatrie, Umbau von 3 Pflegegruppen sowie Errichtung eines kleinen Anbaus mit Grundfläche 48 m²

Durchführung der Baumaßnahme in 3 Bauabschnitten

Gesamtdauer der jeweiligen Bauabschnitte für alle Gewerke:

- BA 1: 02/2018 - 10/2018
- BA 2: 12/2018 - 06/2019
- BA 3: 08/2019 - 05/2020

Folgende Leistungen sind öffentlich ausgeschrieben:

1. Trockenbauarbeiten

Wände GKB / GKBI in F0/F30 F90 ~690 m², Vorsatzschalen, Installations-schächte ~310 m², Decken GKB / GKBI ~200 m², MF-Rasterdecken ~560 m², F30 Metall-Langfelddecken ~360 m²

Ausführungstermine nur Trockenbau:

- BA 1: 04/2018 - 09/2018 ca. 5 Monate
- BA 2: 01/2019 - 06/2019 ca. 5 Monate
- BA 3: 10/2019 - 02/2020 ca. 5 Monate

Schutzgebühr 20,00 EUR

Schriftliche Anforderung der Ausschreibungsunterlagen Trockenbau gegen Zahlung der Schutzgebühr innerhalb der Bewerbungsfrist bis 28. Februar 2018 sind zu richten an:

SKP Architekten
Schmidt Kunkel u. Partner
Wilhelmstraße 51
64646 Heppenheim
Tel. 06252 6708-0
Fax 06252 6708-30
Mail: heppenheim@skparchitekten.de

Bankverbindung:
Sparkasse Rhein Neckar Nord
DE 70 670 505 05 0063 027596
MANSDE66XXX

Nachprüfstelle VOB / A § 31 Bezirksregierung Koblenz / VOB-Stelle, Postfach 269, 56002 Koblenz

2. Innenputzarbeiten

Wand-Innenputz PII+PIV ~1260 m², Wand-Innenputz (Kleinflächen, Leibungen, Schlitz-ze) ~360 m², Deckenputz ~310 m²

Ausführungstermine nur Innenputz:

BA 1: 07/2018 - 08/2018 ca. 4 Wochen
BA 2: 04/2019 - 04/2019 ca. 4 Wochen
BA 3: 01/2020 - 01/2020 ca. 4 Wochen

Schutzgebühr 15,00 EUR

Schriftliche Anforderung der Ausschreibungsunterlagen Innenputzarbeiten gegen Zahlung der Schutzgebühr innerhalb der Bewerbungsfrist bis 26. März 2018 sind zu richten an:

SKP Architekten
Schmidt Kunkel u. Partner
Wilhelmstraße 51
64646 Heppenheim
Tel. 06252 6708-0
Fax 06252 6708-30
Mail: heppenheim@skparchitekten.de

Bankverbindung:
Sparkasse Rhein Neckar Nord
DE 70 670 505 05 0063 027596
MANSDE66XXX

Nachprüfstelle VOB / A § 31 Bezirksregierung Koblenz / VOB-Stelle, Postfach 269, 56002 Koblenz

3. Estricharbeiten

Zementestrich mit Dämmung, auf Klein- und Teilflächen ~1380 m², Randstreifen 660 m

Ausführungstermine nur Estricharbeiten:

BA 1: 08/2018 - 08/2018 ca. 3 Wochen
BA 2: 04/2019 - 05/2019 ca. 2 Wochen
BA 3: 01/2020 - 02/2020 ca. 2 Wochen

Schutzgebühr 15,00 EUR

Schriftliche Anforderung der Ausschreibungsunterlagen Estricharbeiten gegen Zahlung der Schutzgebühr innerhalb der Bewerbungsfrist bis 20. April 2018 sind zu richten an:

SKP Architekten
Schmidt Kunkel u. Partner
Wilhelmstraße 51
64646 Heppenheim
Tel. 06252 6708-0
Fax 06252 6708-30
Mail: heppenheim@skparchitekten.de

Bankverbindung:
Sparkasse Rhein Neckar Nord
DE 70 670 505 05 0063 027596
MANSDE66XXX

Nachprüfstelle VOB / A § 31 Bezirksregierung Koblenz / VOB-Stelle, Postfach 269, 56002 Koblenz

4. Fliesenarbeiten

Wandfliesen ~550 m², Bodenfliesen 10/10 cm ~140 m², Natursteinfensterbänke ~25 m

Ausführungstermine nur Fliesenarbeiten:

BA 1: 08/2018 - 10/2018 ca. 8 Wochen
BA 2: 05/2019 - 06/2019 ca. 5 Wochen
BA 3: 02/2020 - 03/2020 ca. 4 Wochen

Schutzgebühr 15,00 EUR

Schriftliche Anforderung der Ausschreibungsunterlagen Fliesenarbeiten gegen Zahlung der Schutzgebühr innerhalb der Bewerbungsfrist bis 14. Mai 2018 sind zu richten an:

SKP Architekten
Schmidt Kunkel u. Partner
Wilhelmstraße 51
64646 Heppenheim
Tel. 06252 6708-0
Fax 06252 6708-30
Mail: heppenheim@skparchitekten.de

Bankverbindung:
Sparkasse Rhein Neckar Nord
DE 70 670 505 05 0063 027596
MANSDE66XXX

Nachprüfstelle VOB / A § 31 Bezirksregierung Koblenz / VOB-Stelle, Postfach 269, 56002 Koblenz

Stellenausschreibungen

797.

Im MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, VERKEHR, LANDWIRTSCHAFT UND WEINBAU DES LANDES RHEINLAND-PFALZ ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

des Vorzimmers (Vollzeit)

in der Abteilung 4 „Innovation, Technologie“ zu besetzen.

Das Aufgabengebiet umfasst insbesondere:

- Abwicklung des Telefonverkehrs,
- Verwaltung von Terminen und Anforderungen,
- Allgemeine Büroarbeiten und Schreiben von Diktaten,
- Überwachung der Postein- und -ausgänge,
- Führen der Wiedervorlage, Ablage,
- Organisieren von Besprechungen, Terminen und Dienstreisen.

Wir erwarten insbesondere:

- eine einschlägige, abgeschlossene Berufsausbildung (z. B. Verwaltungsfachangestellte / -r, Kauffrau / -mann für Büromanagement),
- gute EDV-Kenntnisse (insbesondere Microsoft Outlook, Word und Excel),
- ein sehr gutes Organisationsvermögen,
- gutes schriftliches und mündliches Ausdrucksvermögen,
- Kommunikationsbereitschaft,
- Selbstständigkeit und Teamfähigkeit,
- überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft.

Die Einstellung erfolgt im Beschäftigtenverhältnis nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) - je nach Vor- und Ausbildung bis Entgeltgruppe 6 TV-L mit Zulage.

Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen auf Grundlage der Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG - EIN FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER“. Im Rahmen der Personalentwicklung bieten wir zusätzlich zu den gesetzlichen und tariflichen Leistungen

- bedarfsgerechte Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten,

- lebensphasenorientierte Arbeitszeit- und Telearbeitsmodelle,
- Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie
- ein betriebliches Gesundheitsmanagement.

Das Land Rheinland-Pfalz fördert aktiv die Gleichbehandlung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wünschen uns ausdrücklich Bewerbungen aus allen Altersgruppen, unabhängig von Geschlecht, einer Behinderung, dem ethnischen Hintergrund, der Religion, Weltanschauung oder der sexuellen Identität. Bei entsprechender Eignung werden Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte **bis spätestens 28. Februar 2018 (Posteingang)** an das

**Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
- Personalreferat, Frau Dorothy Meiß -
Stiftsstraße 9
55116 Mainz**

Bitte beachten Sie, dass wir Ihre Bewerbung aus Kostengründen nur dann zurücksenden können, wenn ein ausreichend frankierter und adressierter Rückumschlag beigelegt ist.

Kennen Sie schon das Karriereportal des Landes Rheinland-Pfalz? Alle Infos finden Sie hier: www.karriere.rlp.de.

798.

Im MINISTERIUM FÜR BILDUNG in Mainz ist in der Abteilung „Zentrale Aufgaben“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

einer Hausmeisterin bzw. eines Hausmeisters

im Referat 9101 (Zentralbüro) in Vollzeitbeschäftigung zu besetzen.

Zu den wesentlichen Aufgaben gehören:

- Betreuung des Dienstgebäudes, der Außenanlagen und Verkehrsflächen, ggf. kleinere Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten bzw. deren Koordinierung
- Pflege, Wartung, Bedienung und Kontrolle der technischen Anlagen und Geräte
- Erledigung kleinerer Räum- und Streudienste
- Kontrolle des Reinigungsdienstes
- Überwachung der Schließanlage
- Durchführung kleinerer Umzugsarbeiten
- Annahme von Lieferungen
- Mithilfe bei Veranstaltungen (Bestuhlung, Bereitstellung von Materialien und Geräten inkl. Medientechnik)
- Unterstützung in der hauseigenen Druckerei
- Funktion der / des Sicherheitsbeauftragten
- im Bedarfsfall Einsatz an der Pforte

Der Einsatz erfolgt im 3-Schichtbetrieb (Früh- / Tag- / Spätschicht).

Wir suchen eine qualifizierte Persönlichkeit mit einer abgeschlossenen, einschlägigen handwerklichen Berufsausbildung bevorzugt als Elektroinstallateur / in und langjähriger Berufserfahrung als Handwerker und Hausmeister sowie EDV-Anwenderkenntnisse. Neben der Fähigkeit, einzelne Vorhaben selbstständig oder nach Anweisung zu übernehmen bzw. zu beaufsichtigen, erwarten wir eine schnelle und gewissenhafte Erledigung der Aufgaben sowie die Bereitschaft zur Ableistung von Rufbereitschaftsdiensten außerhalb der regulären Arbeitszeiten sowie an Wochenenden.

Wir erwarten eine gute mündliche Ausdrucksfähigkeit. Ein hohes Maß an Leistungsbereitschaft, Belastbarkeit, Flexibilität, Kreativität und Teamfähigkeit ist ebenfalls erforderlich.

Außerdem erwarten wir:

- gesundheitliche Eignung für schwere körperliche Arbeiten und für Arbeiten auch bei schlechter Witterung im Freien
- Führerschein der Klasse B
- aktive Fortbildungsbereitschaft
- Bereitschaft, bei Störungsmeldungen auch an Wochenenden tätig zu werden.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Wir bieten im Beschäftigtenverhältnis ein Entgelt bis zur Entgeltgruppe 5 TV-L, soweit Sie über eine abgeschlossene, einschlägige und mind. 3-jährige Berufsausbildung verfügen.

Schwerbehinderte Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt eingestellt. Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an und sind an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Das Ministerium für Bildung unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen auf Grundlage der Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG - EIN FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER“.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind **unter Angabe der Kennziffer 2/B1/2018 bis zum 15. März 2018** elektronisch an

poststelle@bm.rlp.de

oder an das

**Ministerium für Bildung
- Personalreferat -
Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz**

zu richten.

Weitere Informationen über das Ministerium für Bildung finden Sie auf unserer Homepage unter www.bm.rlp.de.

799.

Im MINISTERIUM FÜR UMWELT, ERNÄHRUNG, ENERGIE UND FORSTEN ist in der Abteilung „Naturschutz und nachhaltige

Entwicklung“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Stelle

als Referentin / Referent im Referat „Recht des Naturschutzes, Haushalt, Biodiversität, Naturschutz und Gesellschaft“, Arbeitsbereich „Rechtsangelegenheiten des Naturschutzes und der Landschaftspflege“

in Vollzeitbeschäftigung zu besetzen.

Zu den Aufgaben gehören derzeit u. a.

- Naturschutzrecht (ohne Natura 2000)
- Artenschutzrecht
- Allgemeine Rechtsfragen der Abteilung „Naturschutz und nachhaltige Entwicklung“
- Mitarbeit bei Gesetz- und Verordnungsgebung sowie in Fachgremien.

Darüber hinaus wird der Einsatz auch in weiteren Aufgabenbereichen der Abteilung nach Bedarf erwartet.

Bewerbungsvoraussetzungen:

- Erfolgreich abgeschlossenes Hochschulstudium Master of Laws - LL.M. oder Volljuristin / Volljurist mit zumindest „befriedigenden“ Ergebnissen.
- Die Themenstellungen der Abteilung „Naturschutz und nachhaltige Entwicklung“ mit ihren Berührungspunkten zu anderen Rechtsgebieten des Umweltrechts und zum Europarecht machen eine besondere Neigung der Bewerberin / des Bewerbers zum öffentlichen Recht unverzichtbar. Dies sollte durch die bisherige praktische Tätigkeit oder erfolgreich absolvierte Schwerpunkte in Studium oder Referendarzeit zum Ausdruck kommen.
- Fähigkeit rechtlich und tatsächlich komplexe Sachverhalte präzise zu erfassen, sie klar und verständlich darzustellen und zu präsentieren.
- Die Bewerberin / Der Bewerber sollte über eine überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft, ein hohes Maß an Eigeninitiative und Verantwortungsbewusstsein sowie sicheres Auftreten verfügen und bereit sein, sich in neue Arbeitsgebiete vertieft einzuarbeiten.
- Erwartet wird ferner ein ausgeprägtes analytisches Denkvermögen, eine strukturierte Arbeitsweise, Präzision in Wort und Schrift, Verhandlungsgeschick, Zielstrebigkeit und gute EDV-Anwenderkenntnisse (MS Office).

Wünschenswerte Kompetenzen:

- Gute Kenntnisse und praktische Erfahrungen im dargestellten Aufgabenbereich - auch außerhalb der Verwaltung
- gute Kenntnisse der englischen Sprache sind von Vorteil.

Die Einstellung erfolgt je nach Vorliegen der persönlichen Voraussetzungen im Beamten- oder Beschäftigtenverhältnis auf der Grundlage des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L).

Im Rahmen der Regelungen des Landesgleichstellungsgesetzes ist das Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten besonders an der Bewerbung von Frauen interessiert. Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben

wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 Landesgleichstellungsgesetz berücksichtigt. Dies gilt nicht, soweit diese Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten für die zu übertragenden Aufgaben ohne Bedeutung sind. Bewerbungen schwerbehinderter Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Das Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen auf Grundlage der Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG - EIN FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER“.

Bewerbungen mit den üblichen Bewerbungsunterlagen sowie einer aktuellen dienstlichen Beurteilung oder einem vergleichbaren Zeugnis sind **spätestens bis zum 14. März 2018 unter Angabe der Kennziffer 02/2018** zu richten an das

**Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung, und Forsten
- Personalreferat -
Kaiser-Friedrich-Straße 1
55116 Mainz**

800.

Im MINISTERIUM FÜR UMWELT, ENERGIE, ERNÄHRUNG UND FORSTEN ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt in der Zentralabteilung die Stelle

einer Sachbearbeiterin / eines Sachbearbeiters

befristet für die Dauer von einem Jahr in Vollzeitbeschäftigung zu besetzen. Die Besetzung der Stelle ist ferner auch im Rahmen einer Abordnung möglich.

Zu den Aufgaben gehören u. a.:

Die Mitarbeit bei der Prüfung und Genehmigung der Entgeltliste gemäß § 3 Abs. 2 des Landesgesetzes zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes (AGTierNebG)

- Überprüfung der für die Genehmigung der Entgeltliste erforderlichen Unterlagen auf Vollständigkeit sowie Unterstützung bei der Ausschreibung der Prüfung der Entgeltliste und Kontrolle der vorgelegten Unterlagen
- Kommunikation, Korrespondenz sowie Vorbereitung von Gesprächen hausintern, mit der Beliehenen, mit den für die Prüfung der Entgeltliste beauftragten Wirtschaftsprüfern und allen weiteren Beteiligten (Landkreise und kreisfreien Städte, Zweckverband, Schlachtunternehmen, Tierseuchenkasse, Bauernverbände, Landesmarktverband für Vieh- und Fleisch, etc.)
- Unterstützung bei der Klärung beihilferechtlicher Fragen mit dem zuständigen Ressort
- Unterstützung bei ggf. anstehenden Änderungen des AGTierNebG

Wir erwarten:

- ein abgeschlossenes Bachelor-Studium (z. B. im Studiengang Verwaltungsbetriebswirtschaft, einem Studiengang mit

betriebswirtschaftlicher Schwerpunktsetzung) oder eine verwaltungsnahe Berufsausbildung mit zweiter Fachprüfung und einschlägiger Berufserfahrung im Bereich der Gebührenfestsetzung

- sehr gutes schriftliches und mündliches Ausdrucksvermögen
- gute DV-Kenntnisse, insbesondere Word, Excel, Access- und Datenbankanwendungen

Gesucht wird eine engagierte und belastbare Persönlichkeit mit überdurchschnittlicher Leistungsbereitschaft und zeitlicher Flexibilität. Verantwortungsbewusstsein sowie die Fähigkeit sich schnell in neue komplexe Themen einzuarbeiten wird zudem vorausgesetzt.

Die Einstellung erfolgt im Beschäftigtenverhältnis unter Eingruppierung in Entgeltgruppe 10 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) bzw. bei Beamtinnen und Beamten im Wege der Abordnung auf Grundlage der dienstrechtlichen Bestimmungen.

Im Rahmen der Regelungen des Landesgleichstellungsgesetzes ist das Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten besonders an der Bewerbung von Frauen interessiert. Bewerbungen schwerbehinderter Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt. Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 Landesgleichstellungsgesetz berücksichtigt. Dies gilt nicht, soweit diese Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten für die zu übertragenden Aufgaben ohne Bedeutung sind.

Das Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen auf Grundlage der Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG - EIN FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER“.

Bewerbungen mit den üblichen Bewerbungsunterlagen sowie einem aktuellen Arbeitszeugnis sind **spätestens bis zum 1. März 2018 unter Angabe der Kennziffer 03/2018** zu richten an das

Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten
- Personalreferat -
Kaiser-Friedrich-Straße 1
55116 Mainz

801.

Das MINISTERIUM FÜR FAMILIE, FRAUEN, JUGEND, INTEGRATION UND VERBRAUCHERSCHUTZ RHEINLAND-PFALZ in MAINZ sucht zum 1. August 2018 eine Auszubildende oder einen Auszubildenden im Ausbildungsberuf

Fachinformatikerin bzw. Fachinformatiker - Fachrichtung Systemintegration.

Sie interessieren sich für IT-Systeme und moderne Informationstechnologie, arbeiten gerne an der Lösung spezifischer Anwenderprobleme und verstehen sich als Dienstleisterin oder

Dienstleister? Dann bewerben Sie sich für den Ausbildungsberuf der Fachinformatikerin bzw. des Fachinformatikers.

Die Ausbildung dauert drei Jahre. Weitere Informationen zu dem Ausbildungsberuf finden Sie im Internet: Bundesagentur für Arbeit www.arbeitsagentur.de, www.planet-beruf.de sowie Bundesinstitut für Berufsbildung (www.bibb.de).

Wir erwarten:

- Abschluss der mittleren Reife / Sekundarabschluss I mit guten Noten in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch
- gutes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen
- eine gute Allgemeinbildung
- EDV-Grundkenntnisse (PC, Internet) sowie Kenntnisse im Umgang mit modernen Medien
- Interesse an der Ausbildung und Lern- sowie Leistungsbereitschaft
- Zuverlässigkeit, Pflichtbewusstsein
- Kommunikations- und Teamfähigkeit
- ein freundliches, aufgeschlossenes Auftreten
- Neugier und Offenheit für die Arbeit mit unterschiedlichsten Menschen.

Wir bieten:

- eine abwechslungsreiche Berufsausbildung
- ein monatliches Ausbildungsentgelt nach dem Tarifvertrag für Auszubildende (1. Ausbildungsjahr: 936,82 Euro, 2. Jahr: 990,96 Euro, 3. Jahr: 1040,61 Euro)
- einmalige Abschlussprämie bei erfolgreichem Ausbildungsabschluss (400,- Euro)
- eine wertschätzende und teamorientierte Arbeitsatmosphäre und Zusammenarbeit.

Darüber hinaus bieten wir geeignete Rahmenbedingungen, um berufliche und familiäre Aufgaben zu vereinbaren. Dies gewährleisten wir durch unsere Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG - ein familienfreundlicher Arbeitgeber“.

Das Land fördert aktiv die Gleichstellung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir freuen uns daher auf interessante Bewerbungen, unabhängig von Geschlecht, einer Behinderung, dem ethnischen Hintergrund, der Religion, Weltanschauung oder sexuellen Identität. Bei entsprechender Eignung werden Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz führt ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren durch. Wir bitten Sie, Ihre Bewerbung ausschließlich mit dem dazu vorgesehenen Online-Bewerbungsformular **bis zum 9. März 2018** an die Neutrale Stelle in unserem

Ministerium zu senden. Den entsprechenden Link mit dem Vordruck finden Sie direkt in der Stellenausschreibung unter

www.mffjiv.rlp.de

oder im Karriereportal des Landes Rheinland-Pfalz unter

www.karriere.rlp.de

Weitere Informationen zu unserem Ministerium finden Sie auf unserer Internetseite.

802.

Das Land Rheinland-Pfalz stellt zum nächstmöglichen Zeitpunkt beim DIENSTLEISTUNGSZENTRUM LÄNDLICHER RAUM RHEINHESSEN-NAHE-HUNSRÜCK in BAD KREUZNACH

eine Diplom-Ingenieurin (FH) / einen Diplom-Ingenieur (FH) bzw. Bachelor of Science der Fachrichtung Agrarwirtschaft

in einem bis 30. September 2021 befristeten Arbeitsverhältnis in Vollzeit für das Projekt „Hühner werden mobil - Ausweitung der Verwendung von Legehennenmobilställen im ökologischen Landbau in Rheinland-Pfalz“ ein.

Aufgaben

Der wahrzunehmende Aufgabenbereich umfasst im Wesentlichen

- Grundlagenerarbeitung nach wissenschaftlichen Kriterien
- Durchführung von Erhebungen und Auswertung der Ergebnisse
- Erstellung von Beratungsgrundlagen für die Praxis / Veröffentlichungen
- Evaluierung der Implementierung der Beratungsempfehlungen in die Betriebe
- Berichterstattung

Erwartet werden

- abgeschlossenes Hochschulstudium (Dipl.-Ing. (FH) / Bachelor of Science) der Fachrichtung Agrarwirtschaft
- Kenntnisse und Erfahrungen in der landwirtschaftlichen Produktionstechnik, v. a. in der Legehennenhaltung
- gute EDV-Kenntnisse (MS-Office Produkte)
- selbstständiges, eigenverantwortliches und strukturiertes Arbeiten, hohe Belastbarkeit, zeitliche Flexibilität, sicheres Auftreten
- gute Kommunikations- und Teamfähigkeit
- Erfahrungen im Bereich Präsentation und Wissenstransfer
- Führerschein Kl. B und Bereitschaft zu Dienstreisen

Das Beschäftigungsverhältnis richtet sich nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) und die Entgeltzahlung erfolgt nach Entgeltgruppe 12 TV-L.

Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine weitere Erhöhung des Frauenanteils an und sind daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt. Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei

der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Die Bewerbung mit den üblichen Unterlagen senden Sie bitte **bis 5. März 2018** an die

**Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion
Referat 12
Willy-Brandt-Platz 3
54290 Trier**

Wir bitten Sie, Ihre Bewerbungsunterlagen nur als Kopien (ohne Mappen) einzureichen, da keine Rücksendung erfolgt.

803.

Bei der AUFSICHTS- UND DIENSTLEISTUNGSDIREKTION (ADD) ist am Standort in TRIER im Referat 21 b „Kommunale Entwicklung, Sport und Denkmalschutz“ zum 1. August 2018 eine unbefristete Vollzeitstelle für eine / n

Diplomingenieurin / Diplomingenieur (FH) / Bachelor of Science / Art der Fachrichtung Architektur oder Stadt- / Raumplanung oder Sachbearbeiterin / Sachbearbeiter des dritten Einstiegsamtes der Fachrichtung Verwaltung oder vergleichbare Beschäftigte mit langjähriger Erfahrung im Bereich des Förderwesens mit Schwerpunkt in der Dorferneuerung / Dorferneuerung

zu besetzen.

Die Dorferneuerung ist ein Förderinstrument des Landes Rheinland-Pfalz zur Unterstützung der Gemeinden zur Entwicklung des ländlichen Raumes. Durch die Dorferneuerung soll eine nachhaltige und zukunftsbeständige Entwicklung des Dorfes unterstützt und das Dorf als eigenständiger Wohn-, Arbeits-, Sozial- und Kulturraum erhalten und weiterentwickelt werden.

Zu den Tätigkeiten gehören insbesondere:

- Eigenverantwortliche Sachbearbeitung im vorgenannten Bereich
- Beratung von Kommunen bei der Vorbereitung und Umsetzung von Dorferneuerungsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit den Dorferneuerungsbeauftragten der jeweiligen Landkreise
- Bewertung, Optimierung und Koordinierung von vorbereitenden Unterlagen, Entwicklungskonzepten und Fachplanungen von Freiflächen- und Hochbaumaßnahmen
- Bearbeitung der jährlichen Förderanträge, Mitwirkung bei der Vorbereitung, Durchführung und Abrechnung von Fördermaßnahmen im Bereich der Dorferneuerung, Abstimmung mit dem zuständigen Ministerium des Innern und für Sport.
- Kostensteuerung, Fördermittelmanagement, Abrechnung und Abschluss sowie Datenpflege von Fördermaßnahmen

Erwartet werden:

- abgeschlossenes (Fach-) Hochschulstudium / Dipl. Ing. (FH), B. Sc. / B. Arts) der Fachrichtung Architektur, Stadt- oder Raumplanung; alternativ:

Stelleninhaber / -in im dritten Einstiegsamt der Fachrichtung Verwaltung oder vergleichbare Beschäftigte, vorzugsweise mit langjähriger Erfahrung im Bereich des Förderwesens (z.B. Dorf-, Stadterneuerung)

- Fähigkeit zur Bewertung und Optimierung von Konzepten von Freiflächen und Hochbaumaßnahmen (Bestand und Neubau) sowie Einschätzung der Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen
- Kenntnisse im Umgang mit Gebäudebeständen, ortsbildprägende und regional typische Bausubstanz und Siedlungsstrukturen im ländlichen Raum erhalten und erneuern
- Kenntnisse im Vergaberecht (VOB, HOAI, Vergabeverordnung, etc.)
- Gute Kenntnisse in der Anwendung einschlägiger EDV-Software (insbesondere Excel, Word, CorelDraw etc.),
- Bereitschaft zu selbstständigem und eigenverantwortlichem Handeln, Teamorientierung, Flexibilität, Kommunikationsfähigkeit und Überzeugungskraft, kooperatives und bürgerfreundliches Auftreten, Innovations- und Entscheidungsfreude,
- Führerschein Klasse B

Die Beschäftigung von bisher nicht beamteten Personen erfolgt nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder unter Eingruppierung in die Entgeltgruppe 10 / 11 (TV-L); bei Vorliegen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen ist eine spätere Übernahme in das Beamtenverhältnis möglich.

Schwerbehinderte Bewerberinnen / Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt. Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an und sind daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Auf Wunsch wird die Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung geprüft.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Bewerbungen mit aussagekräftigen Unterlagen erbitten wir **bis 19. März 2018** an die

**Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion
Personalreferat
Willy-Brandt-Platz 3
54290 Trier**

Eine Rückgabe der Bewerbungsunterlagen erfolgt nur, sofern der Bewerber ein Freiumschlag beiliegt. Ansonsten werden die Unterlagen nach Abschluss des Auswahlverfahrens datenschutzgerecht vernichtet.

804.

DIE STRUKTUR- UND GENEHMIGUNGSDIREKTION NORD ist eine Obere Landesbehörde in Rheinland-Pfalz mit einem vielseitigen Aufgabenspektrum. Von der Überwachung der gewerblichen

Bestimmungen, über den Schutz unseres Bodens, der Gewässer und der Natur sorgen wir dafür, dass die Menschen in den Regionen Mittelrhein und Trier in einer gesunden Umwelt leben können.

Im Referat 24 - Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier - ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

einer Beamtin / eines Beamten im zweiten Einstiegsamt der Laufbahnfachrichtung Naturwissenschaft und Technik

zu besetzen.

Bewerber können sich Handwerksmeisterinnen / Handwerksmeister oder staatlich geprüfte Technikerinnen / Techniker vorzugsweise der Fachrichtungen des Bauhaupt-, Bauausbau- und Baunebengewerbes (z. B. Baufachhandwerker, Straßenbauer, Zimmerer, Dachdecker, Schreiner, Heizungs- und Klimatechnikbereich, Elektrotechnik oder vergleichbarer Berufsbilder).

Die Tätigkeit umfasst im Wesentlichen folgende Aufgaben:

- Beratung und Überwachung der Vorschriften des Arbeitsschutzes (Arbeitsplätze, Arbeitszeiten, Gefahrstoffe, Jugendarbeitsschutz u. a.), des Umweltschutzes (Lärm, Gerüche, Lichteinwirkung u. a.) und der technischen Produktsicherheit (Maschinen und Geräte) auf Baustellen und in Betrieben des Bauhaupt-, Bauausbau- und Baunebengewerbes mit bis zu 20 Beschäftigten
- Beratung und Überwachung der Vorschriften des Arbeitsschutzes (Arbeitsplätze, Arbeitszeiten, Gefahrstoffe, Jugendarbeitsschutz u. a.), des Umweltschutzes (Lärm, Gerüche, Lichteinwirkung u. a.) und der technischen Produktsicherheit in sonstigen Betrieben und Betriebsstätten gewerblicher Branchen (Handel, Dienstleistungen und produzierendes Gewerbe)
- Untersuchung von Arbeitsunfällen und Schadensfällen
- Anfertigung von fachtechnischen Stellungnahmen zu Baugesuchen nach Landesbauordnung zu den Aufgabenbereichen des Arbeits- und Umweltschutzes bei gewerblichen Bauvorhaben
- Erteilung von Genehmigungen und Erlaubnissen nach Betriebssicherheitsverordnung, Arbeitssicherheitsgesetz
- Bearbeitung von Eingaben und Bescheiden zu den vorgenannten Aufgaben

Zur Erfüllung der beschriebenen Aufgaben sind erforderlich:

- berufliche Praxis, vorzugsweise im Bauhaupt-, Bauausbau- und Baunebengewerbe
- Kenntnisse im Bereich der Arbeitssicherheit sind sehr wünschenswert
- Engagement, Leistungsbereitschaft, Integrations- und Teamfähigkeit
- Bereitschaft, sich in das gesetzliche Regelwerk einzuarbeiten
- Kommunikative Fähigkeiten und ein selbstbewusstes Auftreten
- Kenntnisse in der Anwendung der MS-Office Produkte (Word, Outlook, Excel etc.)

Die Bereitschaft und körperliche Tauglichkeit zur Übernahme von Außendiensten ist zwingend erforderlich. Bewerberinnen und Bewerber müssen im Besitz des Führerscheins der Klasse B bzw. 3 sein und bereit sein, das eigene Fahrzeug - gegen Reisekostenentschädigung - auch dienstlich einzusetzen.

Wir bieten eine vielfältige und interessante Tätigkeit, eigenverantwortliches Arbeiten, und bedarfsorientierte Fortbildungen. Eine umfassende Einarbeitung wird gewährleistet.

Die Einstellung erfolgt mit dem Ziel der Übernahme in einem Beamtenverhältnis (Besoldungsgruppe A 7 LBesG). Die allgemeinen beamtenrechtlichen Voraussetzungen müssen gegeben sein. In das Beamtenverhältnis kann grds. nur berufen werden, wer das 45. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Abhängig von den persönlichen Voraussetzungen erfolgt zuvor die Einweisung in die Aufgaben des Gewerbeaufsichtsdienstes in einem Beschäftigungsverhältnis (Entgeltgruppe 7) nach den Bestimmungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L).

Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes wird eine weitere Erhöhung des Frauenanteils angestrebt. Daher besteht ein besonderes Interesse an der Bewerbung von Frauen.

Schwerbehinderte Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch familienfreundliche Rahmenbedingungen und Maßnahmen.

Wir wünschen uns Bewerbungen aller Menschen, unabhängig von Geschlecht, einer Behinderung, dem ethnischen Hintergrund, der Religion, Weltanschauung oder sexuellen Orientierung.

Die ausgeschriebene Stelle ist grundsätzlich auch für Teilzeitkräfte geeignet. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten entsprochen werden kann.

Nähere Informationen über die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord sind im Internet unter <https://sgdnord.rlp.de> zu ersehen.

Bewerbungen mit den üblichen Bewerbungsunterlagen werden **bis spätestens 12. März 2018** erbeten an die

**Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord
Personaleferat (Referat 11)
(Kennziffer: 2/2018/TR-24)
Stresemannstraße 3 - 5
56068 Koblenz**

Eine Rückgabe der Bewerbungsunterlagen erfolgt nur, sofern der Bewerbung ein ausreichend frankierter Rückumschlag beiliegt. Ansonsten werden die Unterlagen nach Abschluss des Auswahlverfahrens datenschutzgerecht vernichtet.

805.

Beim LANDESBIBLIOTHEKSZENTRUM RHEINLAND-PFALZ ist in der Abteilung 1.3 (Service) am Standort Koblenz zum nächstmöglichen Zeitpunkt

eine befristete Teilzeitstelle

im Rahmen einer Elternzeitvertretung zu besetzen.

1. Stellenumfang / Teilzeitfähigkeit / Befristungsdauer

Der Umfang der Stelle beträgt 50 % einer Vollzeitstelle bei 39 Wochenstunden regelmäßiger Arbeitszeit (somit 19,5 Stunden). Die Stelle ist nicht teilbar. Die Befristung ist für 2 Jahre vorgesehen.

2. Stellenbewertung / Eingruppierung

Die Eingruppierung der Bewerberinnen und Bewerber erfolgt nach TV-L unter Berücksichtigung der derzeitigen Qualifikation bis zur Entgeltgruppe 5 TV-L.

3. Organisatorische Anbindung

Abteilung 1.3 „Service“ des LBZ. Standort: Koblenz

4. Aufgaben

Mitarbeit an den Theken im Lesesaal und der Ausleihe mit den Aufgabenschwerpunkten:

- Lesesaalaufsicht
- Verwaltung u. Betreuung der Benutzerarbeitsplätze
- Verbuchung, Ausgabe und Rücknahme von Medien
- Pflege und Revision der Abholregale
- Allgemeiner Auskunftsdienst
- Berechnen und Kassieren von Gebühren und Kosten
- Benutzeranmeldungen

Die Bereitschaft zur Übernahme anderer Aufgaben im Bereich der Abteilung Service unter Berücksichtigung der bestehenden Eingruppierung wird erwartet.

5. Formale Voraussetzungen

Ausbildung als Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Bibliothek, Laufbahnprüfung für das zweite Einstiegsamt im Bibliothekswesen (ehemals mittlerer Dienst) oder vergleichbare Ausbildung

6. Aufgabenbezogene Kompetenzen

- Wünschenswert: Erfahrungen in der Benutzung
- Wünschenswert: Kenntnisse des SISIS-Ausleihclients
- Wünschenswert: Praktische Erfahrungen im Bereich der Fernleihe und der Ausleihe

7. Persönliche Kompetenzen

- Freude am Umgang mit Menschen
- Belastbarkeit
- Flexibilität
- Teamfähigkeit
- Sorgfalt
- Konzentrationsfähigkeit
- Hilfsbereitschaft
- Bereitschaft zu wöchentlichen Spätdiensten bis 19 Uhr und zu Diensten am Samstag bis 13 Uhr

8. Gleichstellung / Frauenförderung / Berücksichtigung Schwerbehinderter

Das Land Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern. Bewerbungen von Frauen werden daher besonders begrüßt. In den Bereichen, in denen Frauen noch unterrepräsentiert sind, werden sie bei gleicher Eignung, Leistung und Befähigung nach Maßgabe des Landesgleichstellungsgesetzes bevorzugt berücksichtigt, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen. Schwerbehinderte Menschen und gleichgestellte behinderte Menschen im Sinne des § 2 SGB IX werden bei entsprechender Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt. Bewerbungen Älterer sind erwünscht.

9. Bewerbungsfrist / weitere Information

Ihre Bewerbung richten Sie bitte **unter Angabe der Kennziffer 2018-B02 bis 16. März 2018** an das

**Landesbibliothekszentrum Rheinland-Pfalz
Zentrale Verwaltung
Bahnhofplatz 14
56068 Koblenz**

Bitte sehen Sie von der Einsendung von Originalunterlagen ab, da Ihre Bewerbung nicht zurückgesendet, sondern nach Abschluss des Verfahrens datenschutzgerecht vernichtet wird. Bewerbungsmappen sind entbehrlich. Wünschen Sie eine Rücksendung, legen Sie bitte einen ausreichend frankierten und adressierten Rückumschlag bei. Bewerbungs- oder Reisekosten können nicht übernommen werden. Bewerbungen per elektronischer Post können im Format pdf (bitte als eine Datei mit maximal 5 MB Größe) unter der Adresse

vw@lbz-rlp.de

eingereicht werden.

Für weitere Informationen stehen Ihnen als Ansprechpartner zur Verfügung: für fachliche Fragen Frau Gingele (0261 91500-404), für tarifrechtliche Fragen Herr Helwing (0261 91500-153).

806.

Im LANDESAMT FÜR SOZIALES, JUGEND UND VERSORGUNG DES LANDES RHEINLAND-PFALZ ist in der Abteilung 3 „Landesjugendamt“, dort im Referat 36 „Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum“ (SPFZ) zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

**einer sozialpädagogischen Fachkraft
(Entgeltgruppe 11 TV-L)**

mit 50 v. H. der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit befristet bis zum 31. Dezember 2019 am Dienort Mainz zu besetzen.

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist eine obere Landesbehörde, die dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie untersteht. Es nimmt für das Land die Aufgaben eines überörtlichen Trägers der Jugend- und Sozialhilfe und übergeordnete Aufgaben im Bereich des Gesundheitswesens sowie der Qualitätssicherung im sozialen Bereich wahr.

Das Aufgabengebiet umfasst im Wesentlichen folgende Bereiche:

- Planung, Konzeptionierung, Begleitung und / oder Moderation von Fort- und Weiterbildungen sowie Fachtagungen für Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe
- Evaluation der durchgeführten Veranstaltungen
- Beratung und Unterstützung der Jugendämter und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe bei der Planung, Konzeptionierung und Durchführung von Fortbildungen
- Zusammenarbeit mit den freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des SPFZ
- Teilnahme an Arbeitsgruppen und Gremien des Landesjugendamtes und des Landesjugendhilfeausschusses bzw. der fachlich zuständigen Ministerien

An Sie werden folgende Anforderungen gestellt:

- Ein mit einem Bachelorgrad oder einem gleichwertigen Abschluss abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Sozialpädagogik / Sozialarbeit mit staatlicher Anerkennung
- Mehrjährige Berufserfahrung sowie möglichst Erfahrungen in der öffentlichen Verwaltung
- Erfahrungen und Kenntnisse in sozialpädagogischen Arbeitsfeldern vorzugsweise in der Kinder- und Jugendhilfe
- Didaktische und methodische Kompetenzen im Bereich der Erwachsenenbildung
- Freundliches, sicheres und kommunikatives Auftreten mit der Fähigkeit zur Moderation und Gesprächsführung
- Gutes schriftliches und mündliches Ausdrucksvermögen
- Eine sich durch Eigeninitiative, Belastbarkeit, Engagement und Verantwortungsbewusstsein auszeichnende Selbstkompetenz sowie Teamfähigkeit
- Darüber hinaus ist Flexibilität, Organisationsfähigkeit und Kreativität wünschenswert

Als moderne Dienstleistungsbehörde bieten wir Ihnen interessante Aufgaben, Fortbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, eine betriebliche Altersversorgung bei Tarifbeschäftigten und Mitverantwortlichkeit für das soziale Klima im Land. Wir sind als familienfreundliche und familienbewusste Behörde im Rahmen des Audits „berufundfamilie®“ und im Qualitätsmanagement nach der ISO 9001:2015 durch die Deutsche Gesellschaft zur Zertifizierung von Managementsystemen zertifiziert.

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist barrierefrei. Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt. Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an. Wir sind daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Bewerbungen Älterer sind erwünscht.

Nähere Informationen über das Landesamt für Soziales, Jugend und

Versorgung finden Sie auf unserer Homepage unter www.lsjv.rlp.de.

Bitte richten Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen in Kopie und ohne Bewerbungsmappe (eine Rücksendung der Unterlagen erfolgt nicht) **unter Angabe des Bearbeitungszeichens MZ-36-3-6/2018 bis 2. März 2018** an das:

**Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung
Referat Personal und Organisation
Rheinallee 97 - 101
55118 Mainz**

Gerne können Sie Ihre Bewerbungsunterlagen auch per E-Mail (eine Datei im pdf-Format, maximale Größe von 10 MB) an folgendes Postfach senden:

bewerbung@lsjv.rlp.de

807.

Bei LANDESFORSTEN RHEINLAND-PFALZ ist im FORSTAMT SAARBURG die Stelle

einer Sachbearbeiterin / eines Sachbearbeiters

zum nächstmöglichen Zeitpunkt (April / Mai 2018) vorerst zeitlich befristet für 1 Jahr im Stellenumfang von 40 % einer Vollzeitstelle zu besetzen, es besteht die Option einer Entfristung.

Die Eingruppierung erfolgt gemäß den Bestimmungen des TV-L zunächst in der Entgeltgruppe 5. Im Falle einer Entfristung des Vertrages ist eine spätere Höhergruppierung in die Entgeltgruppe E 6 möglich.

Ihre Aufgaben im Überblick:

- Abwicklung Posteingang und Postausgang
- Telefondienst
- Allgemeine Verwaltungstätigkeiten (incl. Sachbearbeitung) und Buchführung
- Bearbeitung von Verträgen mündliche und schriftliche Korrespondenz, Materialwesen, Ausschreibungen, Terminplanung und -Koordinierung u. a.
- ggf. Zuarbeit beim Holzverkauf

Wir erwarten:

- Erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildung in einem Büroberuf (z. B. Verwaltungsfachangestellte / r, Bürokaufmann / frau o. ä.).
- Fähigkeit und Bereitschaft, sich mit entsprechender Anleitung in die Materie einzuarbeiten.
- Gute Auffassungsgabe, Zuverlässigkeit und Sorgfalt.
- Eigenverantwortliches Arbeiten, Verantwortungsbereitschaft, Engagement, Organisationsvermögen.
- Kommunikationsfähigkeit, soziale Kompetenz, Belastbarkeit und Teamfähigkeit.
- Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift.
- Bereitschaft zur Arbeit an Nachmittagen

Wir bieten:

- Flexible Arbeitszeiten unter Berücksichtigung familiärer Belange
- Kooperativen und teamorientierten Führungsstil
- Kollegiale Arbeitsatmosphäre

- Eine spannende Tätigkeit im Zusammenhang mit Wald und Forstwirtschaft

Im Rahmen der Regelungen des Landesgleichstellungsgesetzes ist Landesforsten besonders an der Bewerbung von Frauen interessiert. Bewerbungen schwerbehinderter Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Nähere Informationen können über Büroleiter Herrn Peter Schmitt, Forstamt Saarburg, Tel. 06581 926321, erfragt werden.

Bitte senden Sie Ihre vollständige Bewerbung per Mail im PDF-Format mit max. 50 MB (Anschreiben, Lebenslauf, alle relevanten Zeugnisse und Fortbildungsnachweise, Arbeitszeugnisse in deutscher Sprache) **bis 11. März 2018** an die nachfolgende Adresse

bew.tvl@wald-rlp.de

808.

Im LANDESKRIMINALAMT RHEINLAND-PFALZ ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt innerhalb der Abteilung 5 - Politisch motivierte Kriminalität -

eine Sachbearbeiterstelle im Dezernat 53 - Politisch motivierte Ausländerkriminalität / Internationaler Terrorismus -

zu besetzen.

Aufgabenbeschreibung:

- Aktive, anlassbezogene Informationssammlung, deren Ordnung, Auswertung und Steuerung an die Polizeidienststellen des Landes
- Zentrale Fortschreibung strategischer Auswerteprodukte als Planungsgrundlage operativer und strategischer Maßnahmen
- Mitarbeit bei der Erstellung und Umsetzung von landesweiten Konzeptionen im Bereich der politisch motivierten Ausländerkriminalität / des internationalen Terrorismus
- Mitarbeit beim Erstellen und Fortschreiben des Kriminalitätslagebildes des Landes als Planungsgrundlage operativer und strategischer Maßnahmen
- Ermittlungsarbeit im Bereich der politisch motivierten Ausländerkriminalität / des internationalen Terrorismus
- Gefährdersachbearbeitung

Anforderungsprofil:

- Bewerben können sich rheinland-pfälzische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mit der Befähigung für das dritte Einstiegsamt (ehemals gehobener Dienst) mit Bachelorabschluss oder vergleichbarem Studium an einer Hochschule der Polizei oder vergleichbarer Ausbildung
- Eine möglichst mehrjährige Verwendung in der polizeilichen Sachbearbeitung wäre von Vorteil

Die Bereitschaft zur Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen wird vorausgesetzt. Kenntnisse im Bereich Recherchen im Internet, insbesondere in sozialen Netzwerken, sind wünschenswert.

Herausragende Befähigung:

Auffassungsgabe, Denk- und Urteilsvermögen, mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Belastbarkeit, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit, Verhandlungsgeschick.

Aufgrund der teilweise recht anspruchsvollen Fortbildungsmaßnahmen und der Erforderlichkeit einer intensiven Einarbeitung ist die Bereitschaft zu einer mittelfristigen Dienstverrichtung im Landeskriminalamt (mindestens 5 Jahre) erforderlich.

Das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt grundsätzlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten. Über eine mögliche Berücksichtigung zeitweiseschäftigter Bewerberinnen und Bewerber kann insofern nur unter Beachtung von Umfang, Lage und Verteilung der täglichen Arbeitszeit entschieden werden. Diese Daten sind in der Bewerbung anzugeben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Für Fragen zum Verfahren steht Ihnen Herr Brantzen (Leitung Dezernat Personal), Telefon: 06131 65-2116 zur Verfügung, für Fachfragen Herr Bäcker (Leitung Dezernat 53), Telefon: 06131 65-2484.

Entsprechende Bewerbungen bitten wir auf dem Dienstweg an das

**Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz
Personaldezernat
Valenciaplatz 1 - 7
55118 Mainz**

oder elektronisch an:

LKA.14.L@polizei.rlp.de

zu richten. Die Bewerbungsfrist endet **mit Ablauf des 18. März 2018.**

Mit der Bewerbung ist gleichzeitig das schriftliche Einverständnis zur Einsichtnahme in die Personalakten zu erteilen.

809.

Im LANDESKRIMINALAMT RHEINLAND-PFALZ sind zum nächstmöglichen Zeitpunkt

zwei Stellen einer / eines Sachbearbeiterin / Sachbearbeiters Interne IT (w / m)

innerhalb der Abteilung 1 - Zentralabteilung - beim Dezernat 13 - Interne Informationstechnologie (IT) - zu besetzen.

Allgemeine Aufgabenbeschreibung:

- Zentrale Verwaltung der IT-Arbeitsumgebungen

(workplacemanagement), Bereitstellung, Softwareverwaltung, Updates

- Mitwirkung in verschiedenen Arbeitsbereichen
 - Netzwerkverwaltung
 - Installation / Aufsetzen von Arbeitsplatzrechnern und Servern sowie selbstständige Lösung von dabei auftretenden Hard- und Softwareproblemen
 - Überwachen des Virenschutzes im LKA (Datensicherheit)
 - Benutzerverwaltung
 - Datensicherung und Archivierung

Anforderungsprofil:

- Abgeschlossene Ausbildung zum / zur Fachinformatiker / in oder vergleichbare Ausbildung
- Sehr gute Kenntnisse in der Konfiguration, Benutzerverwaltung und Dateisystem der aktuellen Windows-Betriebssysteme
- Kenntnisse in der Administration eines Servers mit Microsoft-Betriebssystem
- Kenntnisse in der Netzwerktechnik (LAN, WAN, Switch, Router etc.)
- Berufserfahrung in der IT-Organisation oder IT-Systemtechnik erwünscht
- Kenntnisse im Bereich IT-Sicherheit, insbesondere vertiefte Kenntnisse der Datensicherung (Backup)

Herausragende Befähigung:

Erwartet werden u. a. Fachkompetenz, eine gute Auffassungsgabe, gutes Denk- und Urteilsvermögen sowie mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Belastbarkeit, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamfähigkeit sowie analytisches Denkvermögen.

Die arbeitsvertraglichen Bedingungen und das Entgelt richten sich nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Bei Erfüllung der tarifrechtlichen Voraussetzungen ist eine Eingruppierung in Entgeltgruppe 9 des TV-L möglich.

Das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt im Hinblick auf das Audit Beruf und Familie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten. Über eine mögliche Berücksichtigung zeitweiseschäftigter Bewerberinnen und Bewerber kann insofern nur unter Beachtung von Umfang, Lage und Verteilung der täglichen Arbeitszeit entschieden werden. Diese Daten sind in der Bewerbung anzugeben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Für Fragen stehen Ihnen Herr Brantzen (Dezernat Personal), Telefon: 06131

65-2116, und Herr Quandt (Dezernat Interne IT), Telefon: 06131 65-2586, zur Verfügung.

Bewerbungen mit aussagekräftigen Unterlagen bitten wir an das

**Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz
Dezernat 14 - Personal
Valenciaplatz 1 - 7
55118 Mainz**

oder vorzugsweise elektronisch in einer PDF-Datei (max. 5 MB) an

LKA.14.L@polizei.rlp.de

zu richten. Die Bewerbungsfrist endet **mit Ablauf des 19. März 2018.**

Eine Rücksendung der Bewerbungsunterlagen kann nicht erfolgen. Es wird daher um Vorlage entsprechender Kopien und Abschriften gebeten. Eine datenschutzgerechte Vernichtung nach Abschluss des Auswahlverfahrens wird zugesichert.

810.

Im GESCHÄFTSBEREICH DES POLIZEIPRÄSIDIUMS MAINZ, Abteilung Polizeiverwaltung, suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt, spätestens jedoch zum 1. Juni 2018

eine / n Leiter / in des Referates PV 3 - Personal und Soziales -.

Das Polizeipräsidium Mainz erfüllt die Aufgaben der Gefahrenabwehr im Rahmen des Zuständigkeitsbezirks. Organisatorisch ist das Polizeipräsidium Mainz in zwei große Bereiche eingeteilt. Zum einen in die Abteilung „Polizeieinsatz“, die den operativen Bereich organisiert und zum anderen in die Abteilung „Polizeiverwaltung“, die für den administrativen Bereich zuständig ist.

Die Abteilung Polizeiverwaltung gliedert sich in die Referate: Rechtsangelegenheiten (PV 1), Organisation (PV 2), Personal / Soziales (PV 3), Haushalt / Finanzen (PV 4), Liegenschaften (PV 5).

Das Personalreferat (PV 3) verantwortet die gesamte Personalsachbearbeitung aller Beschäftigten des Polizeipräsidiums Mainz mit derzeit 11 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die rechtssichere Ausgestaltung der Geschäftsprozesse der Personalverwaltung gehört dabei zu den Kernaufgaben. Grundsätzliche Fragen des Beamten- bzw. Tarif- und Arbeitsrechts sind referatsübergreifend zu koordinieren. Die durchschnittlich über 1700 Beschäftigten des Polizeipräsidiums Mainz werden in allen personalverwaltungsbezogenen und personalrechtlichen Fragestellungen vom Personalreferat betreut.

Aufgaben:

- Zielgerichtete verantwortliche Planung, Koordination und Leitung des internen Dienstbetriebes des Referates PV 3 (Personal und Soziales)
- Wahrnehmung der Dienst- und Fachaufsicht sowie der Fürsorgepflicht für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Referates
- Weiterentwicklung der Arbeitsverfahren und Geschäftsprozesse im Zuständigkeitsbereich, insbesondere

- auch im Sinne der Serviceorientierung
- Bearbeiten von Grundsatz- und Organisationsangelegenheiten im Aufgabenspektrum des Referates PV 3
- Personalplanung, Personalhaushalt, Personalentwicklung und Personaleinsatz
- Konzeptionelle Bearbeitung von Themen in Zusammenarbeit mit den Abteilungsleitungen und der Behördenleitung
- Federführende Bearbeitung von schwierigen Sachverhalten komplexen und differenzierten Inhalts
- Beauftragte / r für den Haushalt der Hauptgruppe 4 (Personalausgaben)
- Zusammenarbeit mit Personalräten, Gleichstellungsbeauftragten und Schwerbehindertenvertrauensperson
- Steuerung der Ausbildungsmaßnahmen für Berufe nach dem BBiG
- Mitarbeit in verschiedenen Arbeitsgruppen

Eine Ergänzung der Aufgaben bleibt vorbehalten.

Anforderungsprofil:

- Abschluss des Studiums an der Hochschule für öffentliche Verwaltung, mit Laufbahnprüfung für die dritte Qualifikationsebene z. B. als Diplom-Verwaltungswirt / -in (FH), Diplom-Verwaltungsbetriebswirt / -in (FH) bzw. Bachelor of Arts (Fachrichtung Verwaltung und Finanzen) oder vergleichbare Ausbildung für Tarifbeschäftigte (z. B. erfolgreicher Abschluss des Verwaltungslehrgangs II) und Teilnahme an der für die Führung vorgesehenen Führungsfortbildung (vor oder nach Entscheidung über die Stellenvergabe)
- Mindestens dreijährige Verwendung im gehobenen Dienst oder vergleichbare Tätigkeit
- Sehr gute Kenntnisse im Beamten- sowie Arbeits- und Tarifrecht einschließlich des Personalvertretungsrechts
- Weitergehende Rechts- und Fachkenntnisse im o. a. Aufgabenbereich
- Gute Anwenderkenntnisse im Bereich der Office-Produkte und SAP-Anwenderprogramme
- Wünschenswert sind Erfahrungen in der Personalführung einer Organisationseinheit in der öffentlichen Verwaltung und Kenntnisse der Aufbau- und Ablauforganisation der rheinland-pfälzischen Polizei

Herausragende Befähigungen:

- Fachkompetenz, weit ausgeprägte Sozial- und Führungskompetenz, insbesondere in den Bereichen
 - Überzeugungskraft und Durchsetzungsvermögen
 - Konflikt- und Motivationsfähigkeit
 - Fähigkeit zur Selbstreflexion
 - Hohes Maß an Belastbarkeit
- Überdurchschnittliches Maß an Handlungskompetenz, vor allem
 - Entscheidungsfähigkeit, Eigenverantwortung sowie ein hohes Maß an Eigeninitiative und Einsatzbereitschaft
 - Verhandlungsgeschick
 - Konstruktiver Umgang mit Konfliktsituationen, Problemlösungsfähigkeit

- Analytisches und konzeptionelles Denken sowie
- Methodische und organisatorische Kompetenz, insbesondere in Bezug auf Optimierung und Anpassung von Arbeitsabläufen
- Kooperation und Teamarbeit
- Fähigkeit zur leitbildorientierten Mitarbeiterführung

Wir bieten:

Die Einstellung erfolgt je nach Vorliegen der persönlichen Voraussetzungen im Beamten- oder Beschäftigungsverhältnis. Die vakante Stelle ist nach der Besoldungsgruppe A 13 (III. Einstiegamt) des Landesbesoldungsgesetzes bewertet.

Im Hinblick auf das Frauenförderprogramm der Landesregierung sind Bewerbungen von Frauen besonders erwünscht.

Schwerbehinderte Menschen und gleichgestellte behinderte Menschen im Sinne des § 2 SGB IX werden bei entsprechender Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Das Polizeipräsidium Mainz unterstützt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible Arbeitsgestaltung im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten. Über eine mögliche Berücksichtigung teilzeitbeschäftigter Bewerberinnen und Bewerber kann unter Beachtung von Umfang, Lage und Verteilung der täglichen Arbeitszeit entschieden werden. Diese Daten sind in der Bewerbung insofern anzugeben.

Bewerbungen:

Bei Interesse richten Sie bitte Ihre Bewerbung mit aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen **bis zum 9. März 2018** an das:

**Polizeipräsidium Mainz
Referat PV 3
z. Hd. Herrn Härter
Valenciaplatz 2
55118 Mainz**

oder elektronisch an:

ppmainz.pv3.bewerbungen@polizei.rlp.de

Für weitere Informationen steht Ihnen Herr Volker Härter, Tel.-Nr. 06131 653140 gerne zur Verfügung.

Bei Bewerbungen per E-Mail bitten wir darauf zu achten, dass die Bewerbungsunterlagen als eine zusammenhängende Datei versendet werden, die 5 Megabyte nicht überschreitet. Eingereichte Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgesandt, daher bitten wir um Zusendung von Kopien. Nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens werden die Unterlagen nach den Bestimmungen des Datenschutzes vernichtet.

811.

Im GESCHÄFTSBEREICH DES POLIZEIPRÄSIDIUMS MAINZ ist bei der POLIZEIDIREKTION WORMS zum nächstmöglichen Zeitpunkt die

Leitung der Polizeiwache in Wörrstadt

neu zu besetzen.

Aufgaben:

- Führung der Polizeiwache
- Dienst- und Fachaufsicht über die nachgeordneten Mitarbeiter
- Beurteilung der Sicherheitslage im Dienstbezirk
- Brennpunktorientierte Schwerpunktbildung und Herausgabe entsprechender durch Zielvereinbarungen erreichte Einsatzvorgaben und deren ergebnisorientierte Kontrolle
- Führung von Sofortentsätzen und Sofortlagen nach Weisung
- Steuerung, Koordination und Kontrolle von Einsätzen nach Weisung

Anforderungen:

- Rheinland-pfälzische Beamtinnen / Beamte der Schutzpolizei ab Besoldungsgruppe A 11
 - mit Abschluss des Studiums an der Hochschule der Polizei (früher: Hochschule für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Polizei) mit Führungsausbildung oder
- Abschluss der Aufstiegsausbildung für den gehobenen Polizeidienst (Aufstiegsausbildung) und Teilnahme an der für die Funktion vorgesehenen Führungsfortbildung
- Dreijährige Verwendung im gehobenen Polizeidienst

Herausragende Befähigungen:

- Fachkompetenz, Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit, Verhandlungsgeschick
- Fähigkeit zur leitbildorientierten Mitarbeiterführung
- Bereitschaft, die im Rahmen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und des Gender Mainstreamings angestrebten Ziele umzusetzen.

Im Rahmen der Vorschriften des Landesgleichstellungsgesetzes strebt das Polizeipräsidium Mainz eine weitere Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen in seinem Geschäftsbereich an und ist daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert.

Die zu besetzende Funktion ist grundsätzlich für Teilzeitkräfte geeignet. Über eine mögliche Berücksichtigung teilzeitbeschäftigter Bewerberinnen und Bewerber kann unter Beachtung von Umfang, Lage und Verteilung der täglichen Arbeitszeit entschieden werden. Diese Daten sind in der Bewerbung insofern anzugeben.

Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Im Bereich des Polizeipräsidiums Mainz wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen unterstützt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der

Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Bei Interesse richten Sie bitte Ihre Bewerbung **innerhalb einer Frist von drei Wochen nach Veröffentlichung** dieser Ausschreibung an das

Polizeipräsidium Mainz

**Referat PV 3
Valenciaplatz 2
55118 Mainz**

812.

POLIZEIPRÄSIDIUM MAINZ

Zum 1. April 2018 suchen wir im Führungsstab, Stabsbereich 1, Sachbereich 11,

eine / n

Herausgehobene Sachbearbeiterin / Herausgehobenen Sachbearbeiter.

Aufgaben:

- Mitarbeit bei der Entscheidungsvorbereitung und Entschlussumsetzung
- Mitarbeit bei der Erarbeitung direktionsübergreifender Einsatzkonzeptionen, Planentscheidungen und Übungen
- Mitarbeit bei der Koordination der Kräftegestellung zur Einsatzbewältigung
- Mitarbeit bei der Personalzumessung des Polizeipräsidiums
- Abwesenheitsvertretung der Sachbereichsleitung

Anforderungsprofil:

- Rheinland-pfälzische Polizeibeamten und -beamte ab Besoldungsgruppe A 10
- mit Abschluss des Studiums an der Hochschule für Polizei (früher: Hochschule für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Polizei) oder der Aufstiegsausbildung und
- dreijährige Verwendung in der polizeilichen Sachbearbeitung
- mehrjährige Erfahrungen in der Stabsarbeit auf Ebene Führungsstab oder Führungsgruppe einer Direktion sowie in der Personalzumessung sind von Vorteil

Herausragende Befähigungen:

- Fachkompetenz, Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen, schriftliches Ausdrucksvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Belastbarkeit, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit
- Taktisches Verständnis, Erfahrungen in der internen Organisation

Im Hinblick auf das Frauenförderprogramm der Landesregierung sind Bewerbungen von Frauen besonders erwünscht.

Über eine mögliche Berücksichtigung teilschwerbehinderter Bewerberinnen und Bewerber kann unter Beachtung von Umfang, Lage und Verteilung der täglichen Arbeitszeit entschieden werden. Diese Daten sind in der Bewerbung insofern anzugeben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Im Bereich des Polizeipräsidiums Mainz wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen unterstützt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Bei Interesse richten Sie bitte Ihre Bewerbung **innerhalb einer Frist von drei Wochen nach Veröffentlichung** dieser Ausschreibung an das

Polizeipräsidium Mainz

**Referat PV 3
Valenciaplatz 2
55118 Mainz**

813.

Das POLIZEIPRÄSIDIUM RHEINPFALZ ist als eines von sechs Polizeipräsidien in Rheinland-Pfalz zuständig für die Sicherheit von rund 870.000 Menschen. Der Dienstbezirk umfasst mit etwa 2400 km² die gesamte Vorder- und Südpfalz. Die Behörde beschäftigt ca. 2000 Mitarbeiter, wovon etwa 1650 Polizei- und Verwaltungsbeamte sowie 480 Tarifbeschäftigte sind.

Weitere Informationen zur Organisation der rheinland-pfälzischen Landespolizei, des Polizeipräsidiums Rheinland-Pfalz und zur Zentralen Bußgeldstelle finden Sie auf unserer Homepage www.polizei.rlp.de.

In der ZENTRALEN BUßGELDSTELLE RHEINLAND-PFALZ am STANDORT SPEYER ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt folgende Stelle unbefristet zu besetzen:

IT / System- und Anwendungsbetreuung (m / w) Entgeltgruppe 9, Fallgruppe 3 TV-L (Einstiegsgehalt 2.749,89 EUR)

Die Zentrale Bußgeldstelle Rheinland-Pfalz ist landesweit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im fließenden Straßenverkehr sowie bei Verkehrsunfällen zuständig. Dazu zählen insbesondere Geschwindigkeits- und Abstandsverstöße, Drogen- und Alkoholkonsum im Straßenverkehr sowie Verstöße nach dem Gefahrgutbeförderungsgesetz.

Das Aufgabengebiet der ausgeschriebenen Stelle umfasst im Wesentlichen:

- Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft der IT-Infrastruktur des gesamten Standortes (Soft- und Hardware)
- Administrationsaufgaben und Systemüberwachung
- Analyse komplexer individueller oder übergreifender IT-Probleme, einschließlich dem Erarbeiten von Lösungen

- Selbstständige Beratung und Unterstützung aller Mitarbeiter / innen am Standort im Umgang mit ihrem EDV-Arbeitsplatz (First-Level-Support)
- Wahrnehmung von IT-Sicherheitsaufgaben
- Durchführung der Datensicherung und Archivierung, Virenschutz
- Zukünftig: Support von Mitarbeiter / innen in Telearbeit

Was wir von Ihnen erwarten

Der / Die künftige Stelleninhaber / in trifft auf ein motiviertes Team, das sich durch ein aufgeschlossenes, hilfsbereites und kollegiales Miteinander auszeichnet; diese kooperative Arbeitsphilosophie wird ebenso wie kommunikative Fähigkeiten, ein sicheres und korrektes Auftreten und ein hohes Maß an Flexibilität von dem / der künftigen Stelleninhaber / in erwartet.

Zwingende Einstellungsvoraussetzungen

1) Ausbildungsqualifikation:

Erfolgreich abgeschlossene einschlägige Berufsausbildung / Weiterbildung im IT-Bereich:

- Fachinformatiker / in
- Elektroniker / in für Informations- und Systemtechnik
- IT-Administrator / in

oder inhaltlich vergleichbar.

2) Kenntnisse und Fähigkeiten:

- Mehrjährige, einschlägige und aktuelle Berufserfahrung
- Sehr gute Praxiskenntnisse bezüglich der Installation von PCs sowie unterschiedlichen Peripheriegeräten (auch im Netzwerk)
- Netzwerkkennnisse sowie gute Anwenderkenntnisse in Windows 7 / Windows 10 und den Programmen MS-Office (Word, Excel, Powerpoint, Outlook)
- Bereitschaft zur Einarbeitung in SAP-basierter Software
- Selbstständige Arbeitsweise sowie eine außerordentliche Belastbarkeit, Motivation und Stressfestigkeit
- Ausgeprägte Kommunikations- und Kooperationsbereitschaft, Teamfähigkeit und Serviceorientierung

Auf www.oeffentlicher-dienst.info können Sie sich über die zu erwartende Vergütung informieren (Navigation: TV-L, West).

Was wir Ihnen bieten:

- Eingruppierung in die Entgeltgruppe 9, Fallgruppe 3 TV-L
- Ein interessantes und herausforderndes Aufgabengebiet
- Kreative und eigenverantwortliche Gestaltung des eigenen Arbeitsplatzes
- Zentral gelegener Arbeitsplatz mit guter Verkehrsanbindung
- Einen zeitlich flexiblen Arbeitsplatz durch unser Gleitzeitmodell und der unkomplizierten Möglichkeit zum Arbeitszeitausgleich und Einbringen von Erholungsurlaub
- Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes (VBL)
- Zuzahlung zu den vermögenswirksamen Leistungen

Das Polizeipräsidium Rheinpfalz fördert aktiv die Gleichstellung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt. Die Stelle ist für die Besetzung mit Teilzeitkräften geeignet.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs.1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Wenn Sie sich bewerben wollen

Bitte senden Sie uns eine Bewerbung mit den üblichen Unterlagen, insbesondere

- Lebenslauf
- Kopien der Berufsschul-, Prüfungs-, und Arbeitszeugnisse
- Dienstliche Beurteilungen (sofern vorhanden)

unter Nennung der Kennziffer

ZBS-SAB-SP-2018 bis zum 18. März 2018 an das

**Polizeipräsidium Rheinpfalz
Referat PV 3 - Tarif -
Wittelsbachstraße 3
67061 Ludwigshafen**

Die Bewerbung bitte ohne Bewerbungsmappen oder Folien einreichen. Eine Rückgabe erfolgt nur bei Übersendung eines ausreichend frankierten Umschlags. Nach Möglichkeit bitte eine E-Mail-Adresse zur Kontaktaufnahme angeben.

Kosten, die im Zusammenhang mit der Bewerbung entstehen, können grundsätzlich nicht erstattet werden.

Ihre Bewerbung via E-Mail senden Sie bitte, unbedingt als zusammenhängende PDF-Datei mit einer Gesamtgröße von maximal 5 MB, an

pprrheinpfalz.pv3.bewerbung@polizei.rlp.de

Bei Angabe einer E-Mail-Adresse erfolgt die gesamte Kommunikation ausschließlich auf dem elektronischen Wege.

Die Einstellungstermine sind zeitlich flexibel, auf Kündigungsfristen oder dergleichen wird Rücksicht genommen.

Wenn Sie Fragen haben

Für fachliche Informationen zum Aufgabengebiet stehen Ihnen Herr Glaser (06232 8720824) oder Herr Goldhagen (06232 8720666) gerne zur Verfügung.

Bei personalrechtlichen Fragen steht Ihnen Herr Matzenbacher (0621 963-1674) gerne zur Verfügung.

814.

Das POLIZEIPRÄSIDIUM RHEINPFALZ ist als eines von sechs Polizeipräsidien in Rheinland-Pfalz zuständig für die Sicherheit von rund 870.000 Menschen. Der Dienstbezirk umfasst mit etwa 2400 km² die gesamte Vorder- und Südpfalz. Die Behörde beschäftigt ca. 2000 Mitarbeiter, wovon etwa 1650 Polizei- und Verwaltungsbeamte sowie 480 Tarifbeschäftigte sind.

Weitere Informationen zur Organisation der rheinland-pfälzischen Landespolizei und des Polizeipräsidiums Rheinpfalz finden Sie auf unserer Homepage www.polizei.rlp.de.

Beim POLIZEIPRÄSIDIUM RHEINPFALZ ist ab sofort eine Stelle unbefristet zu besetzen:

**Fachkraft für Arbeitssicherheit (m / w)
Entgeltgruppe 9 TV-L
(Einstiegsgehalt mind. 2.749,89 EUR)**

Aufgabengebiet

Das Aufgabengebiet der ausgeschriebenen Stelle umfasst im Wesentlichen:

- Beraten der verantwortlichen Führungskräfte unter anderem in Fragen des Arbeitsschutzes, des Brandschutzes und der Tätigkeit mit Gefahrstoffen.
- Insbesondere Erarbeiten von Sicherheitskonzepten und Stellungnahmen unter Beachtung der rechtlichen Grundlagen
- Aufbau der rechtssicheren Organisation im Arbeits-, Gesundheits- und Umweltrecht

Was wir von Ihnen erwarten

Der / Die künftige Stelleninhaber / in trifft auf ein motiviertes Team, das sich durch ein aufgeschlossenes, hilfsbereites und kollegiales Miteinander auszeichnet; diese kooperative Arbeitsphilosophie wird auch von dem / der künftigen Stelleninhaber / in erwartet.

Zwingende Einstellungsvoraussetzung:
Abgeschlossene Ausbildung als Meister, Techniker oder Bachelor- / Masterabschluss der Studienrichtung Ingenieurwissenschaften (FH / BA) mit abgeschlossener Qualifikation als Fachkraft für Arbeitssicherheit.

Sonstige Anforderungen:

- Kooperations- und Kommunikationsfähigkeit
- Verantwortungsbewusstsein
- Analyse und selbstständiges Lösen von Problemen
- Ausgeprägte Teamfähigkeit
- Führerschein Klasse B

Was wir Ihnen bieten

- Ein interessantes und herausforderndes Aufgabengebiet
- Unbefristete Einstellung
- Eingruppierung in die Entgeltgruppe 9 TV-L
- Unterstützung bei der Einarbeitung durch fachkundige Kollegen / innen und Vorgesetzte
- Einen zeitlich flexiblen Arbeitsplatz durch unser Gleitzeitmodell und der unkomplizierten Möglichkeit zum Arbeitszeitausgleich und Einbringen von Erholungsurlaub

Die Polizei Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten. Teilzeitwünsche geben Sie bitte unter Angabe von Umfang und Verteilung der täglichen Arbeitszeit in der Bewerbung an.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Auf www.oeffentlicher-dienst.info können Sie sich über die zu erwartende Vergütung informieren (Navigation: TV-L, West).

Wenn Sie sich bewerben wollen

Bitte senden Sie uns eine schriftliche Bewerbung mit den üblichen Unterlagen, insbesondere Kopien der Schul-, Prüfungs-, und Dienstzeugnisse **unter Nennung der Kennziffer PP-FASI-2018 bis zum 18. März 2018 an das**

**Polizeipräsidium Rheinpfalz
Referat PV 3
Wittelsbachstraße 3
67061 Ludwigshafen**

Die schriftliche Bewerbung ist ohne Bewerbungsmappen oder Folien einzureichen; eine Rückgabe erfolgt nur bei Übersendung eines ausreichend frankierten Umschlags. Kosten, die im Zusammenhang mit der Bewerbung entstehen, werden grundsätzlich nicht erstattet.

Elektronisch

Ihre Bewerbung per E-Mail (eine zusammenhängende PDF-Datei) senden Sie bitte an

pprrheinpfalz.pv3.bewerbung@polizei.rlp.de

Wenn Sie Fragen haben

Für weitere Informationen steht Ihnen Herr Kohl unter Tel. 0621 963-1639 gerne zur Verfügung.

815.

Das POLIZEIPRÄSIDIUM RHEINPFALZ ist als eines von sechs Polizeipräsidien in Rheinland-Pfalz zuständig für die Sicherheit von rund 870.000 Menschen. Der Dienstbezirk umfasst mit etwa 2400 km² die gesamte Vorder- und Südpfalz. Die Behörde beschäftigt ca. 2000 Mitarbeiter, wovon etwa 1650 Polizei- und Verwaltungsbeamte sowie 480 Tarifbeschäftigte sind.

Weitere Informationen zur Organisation der rheinland-pfälzischen Landespolizei, des Polizeipräsidiums Rheinpfalz finden Sie auf unserer Homepage www.polizei.rlp.de.

Bei der POLIZEIDIREKTION LUDWIGSHAFEN sind für die Standorte der POLIZEIINSPEKTION FRANKENTHAL (Teilzeit, 30 Stunden) sowie der POLIZEIINSPEKTION SPEYER (Vollzeit) unbefristete und befristete Stellen im

**Sekretariat des Dienststellenleiters (m / w)
Entgeltgruppe 5 / 6 TV-L
(Einstiegsgehalt 2.291,51 EUR)**

zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu besetzen.

Das Aufgabengebiet der ausgeschriebenen Stelle umfasst im Wesentlichen:

- Postbearbeitung
- Erledigung telefonischer und schriftlicher Anfragen von Bürgern, Beamten, Rechtsanwälten,

- Polizeiverwaltung und anderer Behörden
- Aktualisieren von Dokumentenreihen und Loseblattsammlungen von Fachbüchern
 - Verwaltung des Bürobedarfs
 - Sachbearbeitung im Bereich der Zeiterfassung
 - Terminüberwachungen und Führen von Wiedervorlagen
 - Statistiksachbearbeitung und Qualitätssicherung

Was wir von Ihnen erwarten

Der / Die künftige Stelleninhaber / in trifft auf ein motiviertes Team, das sich durch ein aufgeschlossenes, hilfsbereites und kollegiales Miteinander auszeichnet; diese kooperative Arbeitsphilosophie wird ebenso wie kommunikative Fähigkeiten, ein sicheres und korrektes Auftreten und ein hohes Maß an Flexibilität von dem / der künftigen Stelleninhaber / in erwartet.

Weiterhin werden gute Kenntnisse in den Anwendungen von MS-Office vorausgesetzt.

Zwingende Einstellungsvoraussetzung

Erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildung bzw. Fortbildung (oder die Beendigung erfolgt demnächst) in folgenden Ausbildungsberufen:

- Rechtsanwaltsfachangestellte / r
- Sozialversicherungsfachangestellte / r
- Steuerfachangestellte / r
- Fachangestellte / r für Arbeitsmarktdienstleistungen
- Notarfachangestellte / r
- Justizfachangestellte / r
- Verwaltungsfachangestellte / r
- Verwaltungswirt / in (erfolgreich abgeschlossener Vorbereitungsdienst für das zweite Einstiegsamt in der Laufbahn Verwaltung und Finanzen oder vergleichbar)
- Angestelltenlehrgang 1

Die Ausschreibung richtet sich ausschließlich an den vorgenannten Absolventenkreis; andere Bildungsabschlüsse werden nicht berücksichtigt.

Was wir Ihnen bieten:

- Eingruppierung in die Entgeltgruppe 5 TV-L oder 6 TV-L.
- Ein interessantes und herausforderndes Aufgabengebiet.
- Unterstützung bei der Einarbeitung durch fachkundige Kollegen / innen und Vorgesetzte.
- Einen zeitlich flexiblen Arbeitsplatz durch unser Gleitzeitmodell und der unkomplizierten Möglichkeit zum Arbeitszeitausgleich und Einbringen von Erholungsurlaub.
- Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes (VBL).
- Zuzahlung zu den vermögenswirksamen Leistungen.

Das Polizeipräsidium Rheinpfalz fördert aktiv die Gleichstellung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt. Die Stelle ist für die Besetzung mit Teilzeitkräften geeignet.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der

Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs.1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Auf www.oeffentlicher-dienst.info können Sie sich über die zu erwartende Vergütung informieren (Navigation: TV-L, West).

Wenn Sie sich bewerben wollen

Bitte senden Sie uns eine schriftliche Bewerbung mit den üblichen Unterlagen, insbesondere

- Lebenslauf
- Kopien der Berufsschul-, Prüfungs-, und Dienstzeugnisse
- Dienstliche Beurteilungen (sofern vorhanden)

unter Nennung des gewünschten Arbeitsortes sowie der Kennziffer GZ-FT/SP-2018 bis zum 18. März 2018 an das

Polizeipräsidium Rheinpfalz

Referat PV 3

Wittelsbachstraße 3

67061 Ludwigshafen

Die Bewerbung bitte ohne Bewerbungsmappen oder Folien einreichen. Eine Rückgabe erfolgt nur bei Übersendung eines ausreichend frankierten Umschlags. Nach Möglichkeit bitte eine E-Mail-Adresse zur Kontaktaufnahme angeben.

Kosten, die im Zusammenhang mit der Bewerbung entstehen, können grundsätzlich nicht erstattet werden.

Ihre Bewerbung via E-Mail senden Sie bitte, unbedingt als zusammenhängende PDF-Datei mit einer Gesamtgröße von maximal 5 MB, an

pprheinpfalz.pv3.bewerbung@polizei.rlp.de

Bei Angabe einer E-Mail-Adresse erfolgt die gesamte Kommunikation ausschließlich auf dem elektronischen Wege.

Die Einstellungstermine sind zeitlich flexibel, auf Kündigungsfristen oder dergleichen wird Rücksicht genommen.

Wenn Sie Fragen haben

Für weitere Informationen steht Ihnen Herr Ralf Matzenbacher, Tel.: 0621 963-1674, gerne zur Verfügung.

816.

Im GESCHÄFTSBEREICH DES POLIZEIPRÄSIDIUMS KOBLENZ / POLIZEIDIREKTION MONTABAU ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

der / des Leiterin / Leiters der Führungsgruppe

neu zu besetzen.

Um die Funktionsstelle können sich ausschließlich rheinland-pfälzische Polizeibeamtinnen / Polizeibeamte der Schutzpolizei ab der Besoldungsgruppe A 12 bewerben, sofern die nachfolgenden Bewerbungsvoraussetzungen gegeben sind:

Aufgabenbeschreibung:

- Leitung der Führungsgruppe, Dienst- und Fachaufsicht über die nachgeordneten Mitarbeiter, Unterstützung und Beratung des PD-Leiters o. V. i. A.
- Ständige Beurteilung der Direktionslage und Erarbeitung von

- Entschlusalternativen sowie direktionsinterner (Plan-) Entscheidungen und (Einsatz-) Konzeptionen
- Vor- und Nachbereitung von BAO-Einsätzen auf Direktionsebene; Leitung der Befehlsstelle und im Einzelfall Übernahme der Führung eines Einsatzes
- Mitwirkung bei der Dienst- und Fachaufsicht über die Inspektionen; Erarbeitung von Dienstvereinbarungen; Urlaubsplanungen und Zeitwirtschaft (Mehrarbeit und Verfall)
- Organisation und Durchführung von Plan- und Führungskräftebesprechungen sowie Planübungen
- Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Organisationen z. B. bei der Entwicklung / Umsetzung von Kooperationsvereinbarungen
- Planung der direktionsweiten Ausstattung mit Führungs- und Einsatzmitteln und Mitwirkung bei der Liegenschaftsverwaltung
- Mitwirkung bei der Planung und Umsetzung von Personalmaßnahmen der Direktion
- Koordinierung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auf Direktionsebene in Abstimmung mit internen und externen Pressesprechern sowie der PP-Pressestelle
- Beschwerde- und Anfragewesen incl. Stellungnahmen
- Koordination und Verbindungsbeamter MEG-Führung
- Koordination und (weitere) Sachbearbeitung von G2P-Fällen

Anforderungsprofil:

- Abschluss des Studiums an der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz (zuvor FHÖV - Fachbereich Polizei -) oder Abschluss der Aufstiegsausbildung (Befähigung für das dritte Einstiegsamt)
- Führungsqualifizierung - Teilnahme an der für die Funktion vorgesehenen Führungsqualifizierung (vor oder nach Entscheidung über die Stellenvergabe)
- Mindestens vierjährige Verwendung im dritten Einstiegsamt sowie Führungserfahrung in Stab und / oder Linie
- Absolute Bereitschaft zu Sonderdiensten außerhalb der Kernarbeitszeit und an Wochenenden
- Erfahrung in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Herausragende Befähigungen:

Fachkompetenz, Auffassungsgabe, Denk- und Urteilsvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Belastbarkeit, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit, Verhandlungsgeschick und taktisches Verständnis. Ferner erwarten wir die Fähigkeit zur leitbildorientierten Mitarbeiterführung.

Das Polizeipräsidium Koblenz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible Arbeitsgestaltung im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten.

Die zu besetzende Funktionsstelle ist grundsätzlich auch für Teilzeitkräfte geeignet. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten ggf. entsprochen werden kann. Allerdings wird dann die Bereitschaft erwartet, die Arbeitszeit nach den dienstlichen Erfordernissen flexibel zu gestalten.

Im Rahmen der Vorschriften des Landesgleichstellungsgesetzes strebt das Polizeipräsidium Koblenz eine weitere Erhöhung des Frauenanteils in seinem Geschäftsbereich an und ist daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerberinnen und Bewerber, die in der Polizeidienstfähigkeit eingeschränkt sind, werden bei gleicher Eignung und Befähigung ggf. bevorzugt. Die eingeschränkte Dienstfähigkeit darf aber nicht die Ausübung der Funktion beeinträchtigen.

Im Rahmen des Stellenbesetzungsverfahrens sind Bewerbungsgespräche vorgesehen.

Bewerbungen erbitten wir **bis drei Wochen nach Veröffentlichung** dieser Stellenausschreibung auf dem Dienstweg an das

Polizeipräsidium Koblenz
Referat PV 3
Moselring 10 - 12
56068 Koblenz

817.

Im GESCHÄFTSBEREICH DES POLIZEIPRÄSIDIUMS KOBLENZ / POLIZEIDIREKTION KOBLENZ ist zum 1. Juni 2018 die nachgenannte Führungsfunktion neu zu besetzen.

Stellv. Leiterin / Leiter der Polizeiinspektion Lahnstein.

Um diese Stelle können sich rheinland-pfälzische Beamtinnen / Beamte der Schutzpolizei mit der Befähigung für das dritte Einstiegsamt (geh. Polizeidienst) ab der Besoldungsgruppe A 12 bewerben, sofern die nachaufgeführten Bewerbungsvoraussetzungen gegeben sind:

Aufgabenbeschreibung:

Führung des Kriminal- und Bezirksdienstes bzw. Führung des Wechselschichtdienstes; Dienst- und Fachaufsicht über die nachgeordneten Mitarbeiter; Organisation, Koordination und Kontrolle der Geschäfts- und Informationsabläufe der Polizeiinspektion; Mitwirkung bei der Abstimmung der Zusammenarbeit zwischen Kriminal- und Bezirksdienst und Wechselschichtdienst; Mitwirkung bei der Planung, Vorbereitung und Führung von herausragenden Lagen auf Inspektionsebene; Vertretung des Leiters der Polizeiinspektion.

Anforderungsprofil:

- Abschluss des Studiums an der Hochschule (zuvor Fachhochschule) für öffentliche Verwaltung - Fachbereich Polizei - oder Abschluss

der Aufstiegsausbildung (Befähigung für das dritte Einstiegsamt)

- Führungsqualifizierung - Teilnahme an der für die Funktion vorgesehenen Führungsqualifizierung (vor oder nach Entscheidung über die Stellenvergabe)
- Mindestens vierjährige Verwendung in einem Amt ab dem dritten Einstiegsamt sowie Führungserfahrung in Stab und / oder Linie

Herausragende Befähigungen:

Fachkompetenz, Auffassungsgabe, Denk- und Urteilsvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Belastbarkeit, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit, Verhandlungsgeschick sowie die Fähigkeit zur leitbildorientierten Mitarbeiterführung.

Das Polizeipräsidium Koblenz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible Arbeitsgestaltung im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten.

Die zu besetzende Funktion ist grundsätzlich auch für Teilzeitkräfte geeignet. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten entsprochen werden kann.

Im Rahmen des rheinland-pfälzischen Frauenförderprogrammes wird eine Erhöhung des Frauenanteils angestrebt, da Frauen in Führungsfunktionen bisher nicht angemessen repräsentiert sind. Wir haben daher an Bewerbungen von Frauen besonderes Interesse.

Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung und Befähigung besonders berücksichtigt.

Auch Bewerberinnen und Bewerber, die in der Polizeidienstfähigkeit eingeschränkt sind, werden bei gleicher Eignung und Befähigung ggf. bevorzugt, sofern diese Einschränkung nicht die Ausübung der Funktion beeinträchtigt.

Im Rahmen des Stellenbesetzungsverfahrens sind Bewerbungsgespräche vorgesehen.

Bewerbungen erbitten wir **bis drei Wochen nach Veröffentlichung** dieser Stellenausschreibung an das

Polizeipräsidium Koblenz
Referat PV 3
Moselring 10 - 12
56068 Koblenz

818.

Bei dem POLIZEIPRÄSIDIUM TRIER / Abteilung Polizeieinsatz / Führungsstab / Stabsbereich 2 / Sachbereich 23 „Polizei- und Kriminaltechnik“ ist zum 1. Juli 2018 die Stelle

der Leiterin / des Leiters

zu besetzen. Die ausgeschriebene Stelle ist nach der Besoldungsgruppe A 13 (3. Einstiegsamt) bewertet.

Um diese Stelle können sich Beamtinnen und Beamte der Schutz- und Kriminalpolizei bewerben,

die sich mindestens in einem Amt der Besoldungsgruppe A 11 befinden. Bewerber / innen der Kriminalpolizei erklären mit Abgabe ihrer Bewerbung ihr Einverständnis zum Spartenwechsel im Falle des Obsiegens im Stellenbesetzungsverfahren.

Aufgabenbeschreibung:

- Führung des Sachbereichs,
- Dienst- und Fachaufsicht über die nachgeordneten Mitarbeiter,
- Erarbeitung und Mitwirkung bei der Umsetzung von Lösungsvorschlägen zur Einsatzplanung und -vorbereitung,
- Planung der Beschaffungsmaßnahmen, Verwaltung zugewiesener Haushaltsmittel gemäß Landeshaushaltsordnung,
- Aufgabenwahrnehmung gemäß PDV 600, Gestaltung der Geschäftsprozesse mithilfe des SAP-basierten Elektronischen Materialmanagements (EMM)
- Beratung der Führungskräfte bezüglich der Verwendung von Führungs- und Einsatzmitteln

Anforderungsprofil:

Bewerben können sich Beamtinnen und Beamte mit der Befähigung für das dritte Einstiegsamt, die über einen Abschluss des Studiums an der Hochschule der Polizei oder über einen Abschluss der Aufstiegsausbildung verfügen.

Vierjährige Verwendung in der entsprechenden Laufbahn.

Herausragende Befähigungen:

Fachkompetenz, Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit, Verhandlungsgeschick.

Erwartet werden Kenntnisse im Bereich Haushalt und Informationstechnik, die Fähigkeit zur leitbildorientierten Mitarbeiterführung, die Beachtung der Grundsätze des Gender Mainstreaming und ein gleichstellungsorientiertes Führungsverhalten.

In Rahmen des Förderprogrammes der rheinland-pfälzischen Landesregierung besteht an Bewerbungen von Frauen besonderes Interesse. Aufgrund bestehender Unterrepräsentanz in Führungspositionen werden sie bei gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Schwerbehinderte Bewerberinnen oder Bewerber werden bei entsprechender Eignung ebenfalls bevorzugt berücksichtigt.

Der ausgeschriebene Dienstposten ist teilszeit geeignet.

Bewerbungen werden **innerhalb von drei Wochen nach der Veröffentlichung**

dieser Stellenausschreibung schriftlich erbeten an das

**Polizeipräsidium Trier
Referat PV 3 (Personal)
Salviastraße 9
54290 Trier**

oder elektronisch (eine zusammenhängende PDF-Datei, maximal 5 MB) an

pptrier.pv3.bewerbungen@polizei.rlp.de

819.

Bei dem POLIZEIPRÄSIDIUM TRIER / Abteilung Polizeieinsatz ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Stelle mit den beiden Aufgabengebieten

zentrale Koordinatorin / zentraler Koordinator „Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte“ und zentrale Sachbearbeiterin / zentraler Sachbearbeiter „Behördeninterne Ermittlungen“

zu besetzen. Die ausgeschriebene Stelle ist nach der Besoldungsgruppe A 13 (3. Einstiegsamt) bewertet. Die organisatorische Anbindung erfolgt unmittelbar auf Ebene des Polizeivizepräsidenten.

Um diese Stelle können sich Beamtinnen und Beamte der Schutz- und Kriminalpolizei bewerben, die sich mindestens in einem Amt der Besoldungsgruppe A 12 befinden.

Beschreibung des Aufgabengebiets „Koordination Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte“:

- Fachaufsicht in Bezug auf den Themenbereich „Straftaten zum Nachteil von Polizeibeamtinnen und -beamten“.
- Auswertung aller Ermittlungsakten von Widerstandsdelikten einschließlich der Anlasstaten im Polizeipräsidium Trier, bei denen Polizeibeamtinnen oder Polizeibeamte geschädigt wurden.
- Erstellung des diesbezüglichen präsidialweiten Lagebildes.
- Zusammenführen von getrennt bearbeiteten Ermittlungsverfahren.
- Einholung des Strafantrags des Dienstvorgesetzten (Mitteilung an die betroffenen Polizeibeamtinnen / -beamte).
- Anhörung des Dienstvorgesetzten Nr. 90 RiStBV (Einstellungen gem. §§ 153, 153 a oder 170 Abs. 2 StPO).

Beschreibung des Aufgabengebiets „Zentrale Sachbearbeitung Behördeninterne Ermittlungen“:

- Abschließende Bearbeitung aller strafverfahrensbezogenen Ermittlungsvorgänge, die sich gegen Bedienstete des Polizeipräsidiums Trier richten und im Dienst oder mit Bezug zur Dienstverrichtung begangen wurden. Verbrechenstatbestände sind grundsätzlich ausgenommen.
- Abschließende Bearbeitung strafverfahrensbezogener Ermittlungsvorgänge gegen Polizeibeamtinnen und -beamte anderer Polizeibehörden mit Bezug zur Dienstverrichtung und Tatort im

Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Trier.

- Informationssteuerung - vom Zeitpunkt des Bekanntwerdens bis zum Rücklauf der Mitteilung in Strafsachen (MiStra) - an die Behördenleitung und die Abteilungsleitung.
- Ansprechpartner für die betroffenen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, andere involvierte Organisationseinheiten sowie die Staatsanwaltschaften.
- verantwortliche Vernehmungen der betroffenen Bediensteten.
- Vernehmungen von Zeugen.
- Durchführung aller sonstigen, erforderlichen Ermittlungsmaßnahmen.

Anforderungsprofil:

Bewerben können sich Beamtinnen und Beamte mit der Befähigung für das dritte Einstiegsamt, die über einen Abschluss des Studiums an der Hochschule der Polizei oder über einen Abschluss der Aufstiegsausbildung verfügen.

Vierjährige Verwendung in der entsprechenden Laufbahn und umfassende Erfahrungen in der Sachbearbeitung polizeilicher Ermittlungsverfahren.

Herausragende Befähigungen:

Fachkompetenz, Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Belastbarkeit, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Verhandlungsgeschick.

In Rahmen des Förderprogrammes der rheinland-pfälzischen Landesregierung besteht an Bewerbungen von Frauen besonderes Interesse. Aufgrund bestehender Unterrepräsentanz in Führungspositionen werden sie bei gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Schwerbehinderte Bewerberinnen oder Bewerber werden bei entsprechender Eignung ebenfalls bevorzugt berücksichtigt.

Der ausgeschriebene Dienstposten ist teilzeitgeeignet.

Bewerbungen werden **innerhalb von drei Wochen nach der Veröffentlichung** dieser Stellenausschreibung schriftlich erbeten an das

**Polizeipräsidium Trier
Referat PV 3 (Personal)
Salviastraße 9
54290 Trier**

oder elektronisch (eine zusammenhängende PDF-Datei, maximal 5 MB) an

pptrier.pv3.bewerbungen@polizei.rlp.de

820.

An der FEUERWEHR- UND KATASTROPHENSCHUTZSCHULE RHEINLAND-PFALZ ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

der / des stellvertretenden Leiterin / Leiters der Abteilung Landestechnik

zu besetzen.

Das Aufgabengebiet umfasst:

- die Wahrnehmung der Funktion der stellvertretenden Abteilungsleitung in fachberatender Tätigkeit, Projektmanagement und Gremienarbeit
- Durchführung von Abnahmeprüfungen der Feuerwehrfahrzeuge und Geräte bei den Herstellerfirmen bzw. den Standorten i. R. der Zuständigkeit nach der VV über die Gewährung von Zuwendungen für den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz
- Organisation und Überwachung des Prüfdienstes
- Verwaltung, Kontrolle und Aussonderung der Feuerwehrmehrzweckfähren und Verwaltung und Kontrolle der Hilfeleistungslöschboote
- Durchführung von Unterrichtseinheiten in Aus- und Fortbildungsveranstaltungen.

Von den Bewerberinnen und Bewerbern wird erwartet:

- Erfüllung der laufbahn- und beamtenrechtlichen Voraussetzungen für den Zugang zum dritten Einstiegsamt insb. für die Laufbahn der Fachrichtung Polizei und Feuerwehr (ehemals gehobener feuerwehrtechnischer Dienst) oder einer vergleichbaren Qualifikation im Bereich der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)
- Mehrjährige Erfahrung im technischen Bereich der BOS im Haupt- oder Ehrenamt
- tiefgehende und umfassende Kenntnisse und Erfahrungen im gesamten Bereich der Feuerwehrfahrzeugtechnik, der Gerätetechnik und der Wasserfahrzeugtechnik
- Sicheres Auftreten und Teamfähigkeit, ausgeprägtes Denk- und Urteilsvermögen
- Organisationsgeschick, Durchsetzungsvermögen, Selbstständigkeit
- Bereitschaft zu mehrjährigen Dienstreisen, und bei Bedarf auch Dienst außerhalb der üblichen Arbeitszeit
- Sicherer Umgang mit EDV-Standardprogrammen

Bewerben können sich Beamtinnen und Beamte insb. des feuerwehrtechnischen Dienstes ab Bes.-Gr. A 10 bis zur Bes.-Gr. A 12 sowie vergleichbare Beschäftigte.

Im Rahmen des rheinland-pfälzischen Frauenförderprogramms streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an und sind dabei besonders an Bewerbungen von Frauen interessiert. Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt. Bewerbungen

Älterer sind erwünscht. Gegebenenfalls kann die Stelle auch mit zwei Teilzeitkräften besetzt werden.

Sollten wir Ihr Interesse geweckt haben, so richten Sie bitte Ihre Bewerbung mit den üblichen Bewerbungsunterlagen **bis spätestens zum 29. März 2018** an die

**Abteilung Verwaltung der Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule Rheinland-Pfalz
Lindenallee 41 - 43
56077 Koblenz**

Bitte reichen Sie Ihre Bewerbungsunterlagen nur als unbeglaubigte Kopien ein und verwenden Sie keine Mappen / Klarsichtfolien, da eine Rückgabe aus Kostengründen nicht erfolgt. Eine datenschutzgerechte Vernichtung der vorgelegten Bewerbungsunterlagen nach Abschluss des Stellenbesetzungsverfahrens wird zugesichert.

821.

Beim NATIONALPARKLANDKREIS BIRKENFELD ist die Stelle

der Landrätin / des Landrats

wegen Ablaufs der Amtszeit des derzeitigen Stelleninhabers zum 20. Februar 2019 neu zu besetzen. Der Amtsinhaber wird sich um eine Wiederwahl bewerben.

Der Nationalparklandkreis Birkenfeld (rd. 83.000 Einwohner) besteht aus 4 Verbandsgemeinden (Baumholder, Birkenfeld, Herrstein, Rhaunen) und der großen kreisangehörigen Stadt Idar-Oberstein. Im Jahr 2019 werden die Verbandsgemeinden Herrstein und Rhaunen voraussichtlich fusionieren.

Der Sitz der Kreisverwaltung befindet sich in der Stadt Birkenfeld.

Die Landrätin / Der Landrat wird am Sonntag, 26. August 2018 von den Wahlberechtigten des Nationalparklandkreises Birkenfeld für eine Amtszeit von acht Jahren direkt gewählt (Urwahl).

Die Wahl wird nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl durchgeführt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen auf sich vereinigt. Erhält keine Bewerberin / kein Bewerber diese Mehrheit, so findet am Sonntag, 16. September 2018 eine Stichwahl unter den zwei Bewerberinnen / Bewerbern statt, die bei der ersten Wahl die höchste Stimmenzahl erhalten haben.

Wählbar zur Landrätin / zum Landrat ist, wer Deutsche / r im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes oder Staatsangehörige / Staatsangehöriger eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland ist, am Tag der Wahl (26. August 2018) das 23. Lebensjahr vollendet hat, nicht von der Wählbarkeit im Sinne des § 4 Abs. 2 des Kommunalwahlgesetzes Rheinland-Pfalz ausgeschlossen ist, sowie die Gewähr dafür bietet, dass sie / er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt.

Zur Landrätin / Zum Landrat kann nicht gewählt werden, wer am Tag der

Wahl (26. August 2018) das 65. Lebensjahr vollendet hat.

Es erfolgt eine Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit. Die Besoldung richtet sich nach der Kommunal-Besoldungsverordnung für das Land Rheinland-Pfalz. Danach ist das Amt in die Besoldungsgruppe B 4 / B 5 eingestuft. Daneben wird eine Dienstaufwandsentschädigung gewährt.

Zur Teilnahme an der Wahl ist neben der beamtenrechtlich notwendigen Bewerbung die Einreichung eines förmlichen Wahlvorschlages durch die Einzelbewerberin / den Einzelbewerber oder durch eine Partei im Sinne des Artikels 21 des Grundgesetzes bzw. durch eine Wählergruppe gemäß § 62 Kommunalwahlgesetz erforderlich.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Frist zur Einreichung eines förmlichen Wahlvorschlages am 9. Juli 2018, 18.00 Uhr, abläuft (Ausschlussfrist).

Weitere Einzelheiten - insbesondere die Ausschlussfrist für die Aufforderung zur Einreichung der Wahlvorschläge - ergeben sich aus der Wahlbekanntmachung in dem Bekanntmachungsorgan „Landkreis Birkenfeld aktuell“ in der Westricher-Rundschau, dem Birkenfelder Anzeiger, der Dorfschelle, der Idarwald-Rundschau, der Stadtfacette Idar-Oberstein und im Internet unter www.landkreis-birkenfeld.de.

Mit der Bewerbung kann gleichzeitig das Einverständnis erklärt werden, dass politischen Parteien und Wählergruppen die eingegangene Bewerbung bekannt gegeben oder Einsicht in die weiteren Unterlagen gewährt wird. Ein solches Einverständnis kann auf eine oder mehrere Parteien und / oder Wählergruppen beschränkt werden. Die Abgabe oder Nichtabgabe einer solchen Erklärung hat auf die Ordnungsmäßigkeit der eingereichten Bewerbung keinen Einfluss.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Führungszeugnis, Lichtbild, Zeugnisabschriften und lückenlosem Nachweis der bisherigen Tätigkeiten) werden erbeten **innerhalb von zwei Wochen nach Veröffentlichung (keine Ausschlussfrist)** an die

Kreisverwaltung Birkenfeld

z. Hd. Herrn Klaus Beck

**1. Kreisbeigeordneter und Kreiswahlleiter
Schneewiesenstraße 25
55765 Birkenfeld**

822.

STADT BAD KREUZNACH

Die Stadt Bad Kreuznach ist eine große kreisangehörige Stadt mit mehr als 50.000 Einwohner / -innen. Wir suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Abteilung Personal einen /eine

Abteilungsleiter / Abteilungsleiterin.

Die Stelle ist in Vollzeit zu besetzen. Die Besoldung richtet sich nach Besoldungsgruppe A 12 LBesG.

Zu den wesentlichen Aufgaben der Stelle gehören u. a.:

- fachliche und personelle Leitung der Abteilung Personal,

- Wahrnehmung von Grundsatzaufgaben der Personalarbeit,
- Bewirtschaftung des Stellenplans,
- Bearbeitung von Dienstvergehen (Dienstaufsichtsbeschwerden, Entscheidungen über die Konsequenzen von Fehlverhalten des Personals),
- die Zusammenarbeit mit den Gremien sowie der Personalvertretung der Verwaltung,
- die Personalakquise für die Gesamtverwaltung aufgrund des Personalbedarfsplanes: Personal gewinnen und auswählen.

Anforderungsprofil:

Wir suchen eine engagierte Abteilungsleitung mit Sozialkompetenz, Konflikt- und Kommunikationsfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein, Durchsetzungs- und Einfühlungsvermögen.

Wenn Sie über eine Zugangsbefähigung zum 3. Einstiegsamt (Dipl.-Verwaltungswirt (FH), Bachelor oder eine erfolgreich abgelegte Angestelltenprüfung II und über mehrjährige Berufserfahrung in der öffentlichen Verwaltung verfügen, freuen wir uns über Ihre Bewerbung.

Voraussetzung sind fundierte und umfassende Kenntnisse im Bereich des Öffentlichen Dienstrechtes (Beamtenrecht sowie Tarifrecht und alle damit in Verbindung stehenden Vorschriften) sowie Erfahrung in der Personalführung.

Bewerben können sich Beamte / Beamtinnen mit einer Besoldung bis A 12 LBesG oder vergleichbare Beschäftigte. Bei Beschäftigten erfolgt die Vergütung nach den Bestimmungen des TVöD.

Schwerbehinderte Bewerber / -innen werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingestellt.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbungsunterlagen **unter Angabe der Kennziffer 18-18 bis spätestens 20. März 2018** an die

**Stadtverwaltung Bad Kreuznach
Personalabteilung
Wilhelmstraße 7 - 11
55543 Bad Kreuznach**

Wir bitten um die Zusendung von Kopien, da die Bewerbungsunterlagen nicht zurückgesandt werden. Nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens werden die Unterlagen nach den Bestimmungen des Datenschutzes vernichtet. Wir versenden keine Eingangsbestätigungen.

Selbstverständlich können die Bewerbungsunterlagen bei Nichtberücksichtigung zurückgesandt werden, wenn ein frankierter Rückumschlag beigelegt ist. Auch ist es möglich, die Bewerbungsunterlagen persönlich innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens bei der Personalabteilung abzuholen.

Bekanntmachungen der Gerichte

823.

Öffentliche Aufforderung

Am 21. 5. 2017 verstarb Reinhard Alfred Löwer, geboren am 7. 5. 1963 in Hofgeismar, letzte Anschrift: 54657 Neidenbach.

Erben konnten nicht ermittelt werden. Alle Personen, denen Erbrechte am Nachlass zustehen, werden aufgefordert, diese Rechte innerhalb von 6 Wochen ab Veröffentlichung beim Nachlassgericht Bitburg anzumelden, andernfalls wird gemäß § 1964 BGB festgestellt, dass ein anderer Erbe als der Fiskus des Landes Rheinland-Pfalz nicht vorhanden ist. Die Rechte vorhandener Erben am Nachlass bleiben durch die gerichtliche Feststellung unberührt.

Bitburg, den 7. Februar 2018

- 7 VI 4/18 -

Das Amtsgericht

824.

Am 20. 12. 2017 verstarb Hannelore Maria Mayer geb. Bauer, geb. am 5. 5. 1946 in Bad Kreuznach, letzte Anschrift: Erfurter Straße 32, 55743 Idar-Oberstein. Die Beteiligten Stefanie Bauer geb. am 1. 10. 1966, Algenrodt Straße 2a, 55743 Idar-Oberstein, Ursula Endres geb. Bauer, geb. am 25. 5. 1960, Jenaer Straße 3, 55743 Idar-Oberstein, und Nadine Munsteiner geb. Bauer, geb. am 24. 1. 1979, Erfurter Straße 6, 55743 Idar-Oberstein, haben das Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung der Nachlassgläubiger der am 20. 12. 2017 verstorbenen Hannelore Maria Mayer geb. Bauer, geb. am 5. 5. 1946 in Bad Kreuznach, letzte Anschrift: Erfurter Straße 32, 55743 Idar-Oberstein, beantragt gemäß §§ 1970 ff BGB.

Die betroffenen Nachlassgläubiger werden daher aufgefordert, ihre Forderungen gegen den Nachlass der Verstorbenen **bis spätestens zum 23. April 2018** bei dem unterzeichneten Gericht anzumelden. Die Anmeldung hat die Angabe des Gegenstandes und des Grundes der Forderung zu enthalten. Urkundliche Beweisstücke sind in Urschrift oder Abschrift beizufügen. Nachlassgläubiger, die sich nicht melden, können - unbeschadet des Rechts, vor den Verbindlichkeiten aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen berücksichtigt zu werden - von den Erben nur insoweit Befriedigung verlangen, als sich nach Befriedigung der nicht ausgeschlossenen Gläubiger noch ein Überschuss ergibt. Auch haftet ihnen dann jeder Erbe nach der Teilung des Nachlasses nur für den seinem Erbteil entsprechenden Teil der Verbindlichkeit (§§ 458, 460 FamFG). Die Gläubiger aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen sowie die Gläubiger, denen der Erbe unbeschränkt haftet, werden durch das Aufgebot nicht betroffen. Bei Nichtanmeldung dieser Forderung tritt jedoch der Rechtsnachteil ein, dass diesen Gläubigern jeder Erbe nach Teilung des Nachlasses nur für den seinem Erbteil entsprechenden Teil der Verbindlichkeit haftet.

Idar-Oberstein, den 16. Februar 2018

- 62 VI 42/18 -

Das Amtsgericht

825.

Am 25. 3. 2016 verstarb Anette Martha Pick geb. Gnädig, geb. am 9. 6. 1961 in Idar-Oberstein, letzte Anschrift: Wasenstraße 48, 55743 Idar-Oberstein. Der Erbe, das Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch das Finanzamt Idar-Oberstein hat am 29. Januar 2018 das Aufgebot zum Zwecke der Aus-

schließung der Nachlassgläubiger der am 25. 3. 2016 verstorbenen Anette Martha Pick geb. Gnädig, geb. am 9. 6. 1961, verstorben am 25. 3. 2016, letzte Anschrift: Wasenstraße 48, 55743 Idar-Oberstein, beantragt gem. §§ 1970 ff BGB.

Die betroffenen Nachlassgläubiger werden daher aufgefordert, ihre Forderungen gegen den Nachlass der Verstorbenen **bis spätestens zum 30. April 2018** bei dem unterzeichnenden Gericht anzumelden. Die Anmeldung hat die Angabe des Gegenstandes und des Grundes der Forderung zu enthalten. Urkundliche Beweisstücke sind in Urschrift oder Abschrift beizufügen. Nachlassgläubiger, die sich nicht melden, können - unbeschadet des Rechts, vor den Verbindlichkeiten aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen berücksichtigt zu werden - von dem Erbe nur insoweit Befriedigung verlangen, als sich nach Befriedigung der nicht ausgeschlossenen Gläubiger noch ein Überschuss ergibt. Auch haftet ihnen dann jeder Erbe nach der Teilung des Nachlasses nur für den seinem Erbteil entsprechenden Teil der Verbindlichkeit (§§ 458, 460 FamFG). Die Gläubiger aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen sowie die Gläubiger, denen der Erbe unbeschränkt haftet, werden durch das Aufgebot nicht betroffen. Bei Nichtanmeldung dieser Forderung tritt jedoch der Rechtsnachteil ein, dass diesen Gläubigern jeder Erbe nach Teilung des Nachlasses nur für den seinem Erbteil entsprechenden Teil der Verbindlichkeit haftet.

Idar-Oberstein, den 16. Februar 2018

- 62 VI 84/18 -

Das Amtsgericht

826.

Öffentliche Aufforderung

Am 5. 4. 2012 verstarb Heinz Werner Walter, geboren am 25. 12. 1927 in Edenkoben, letzte Anschrift: Spitalstraße 17, 67480 Edenkoben.

Die bekannten Erben haben die Erbschaft ausgeschlagen. Weitere Erben konnten nicht ermittelt werden. Alle Personen, denen Erbrechte am Nachlass zustehen, werden aufgefordert, diese Rechte innerhalb von 6 Wochen ab Veröffentlichung beim Nachlassgericht Landau in der Pfalz anzumelden, andernfalls wird gemäß § 1964 BGB festgestellt, dass ein anderer Erbe als der Fiskus des Landes Rheinland-Pfalz nicht vorhanden ist. Die Rechte vorhandener Erben am Nachlass bleiben durch die gerichtliche Feststellung unberührt.

Landau, den 16. Februar 2018

- 2 VI 136/18 -

Das Amtsgericht

827.

Öffentliche Zustellung

An die Schuldnerin Neli Veranyan, letzte bekannte Adresse Gartenstraße 2, 56357 Weyer, wird ein Schriftstück vom 18. Dezember 2017 öffentlich zugestellt. Das Schriftstück kann in den Räumen des Vollstreckungsgerichts des Amtsgerichts St. Goar, Bismarckweg 3 - 4, 56329 St. Goar, Zimmer 224, 2. OG, eingesehen werden. Mit der Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

St. Goar, den 14. Februar 2018

- 1 K 39/17 -

Das Amtsgericht

Ausschließungsbeschlüsse / Ausschlussurteile

828.

Ausschließungsbeschluss: Der im Grundbuch des Amtsgerichts Altenkirchen Gemarkung Altenkirchen Blatt 1809 eingetragene Eigentümer Herr Louis Held, letzter bekannter Wohnsitz: 57610 Altenkirchen, wird mit seinen Rechten ausgeschlossen.

Altenkirchen, den 24. Januar 2018

- 71 UR II 10/17 -

Das Amtsgericht

829.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Neuenahr-Ahrweiler Gemarkung Ahrweiler Blatt 5136 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 31.000,- DM mit 10 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Bad Neuenahr-Ahrweiler,
den 5. Februar 2018

- 30 UR II 20/17 -

Das Amtsgericht

830.

Ausschließungsbeschluss: Die Grundschuldbriefe über die im Grundbuch des Amtsgerichts Betzdorf Gemarkung Birken Blatt 885 in Abteilung III eingetragenen Grundschulden: - lfd. Nr. 2 erstrangiger Teilbetrag in Höhe von 61.000,- DM (aus 72.000,- DM nebst 14 % Zinsen jährlich für die Kreissparkasse Altenkirchen in Altenkirchen; - lfd. Nr. 2a letztangiger Teilbetrag in Höhe von 11.000,- DM (aus 72.000,- DM) nebst 14 % Zinsen jährlich für die Bausparkasse Schwäbisch Hall AG in Schwäbisch Hall; - lfd. Nr. 3 in Höhe von 17.700,- DM nebst 15 % Zinsen jährlich für die Leonberger Bausparkasse AG in Leonberg; werden für kraftlos erklärt.

Betzdorf, den 8. Februar 2018

- 41 UR II 17/17 -

Das Amtsgericht

831.

Ausschließungsbeschluss: Der im Grundbuch des Amtsgerichts Bitburg Gemarkung Gemünd Blatt 276 Bezeichnung: lfd. Nr. 2 Flur 2 Nr. 30/5, Gebäude- und Freifläche, 270 qm, sowie lfd. Nr. 3 Flur 2 Nr. 30/6, Gebäude- und Freifläche, 13 qm, eingetragene Eigentümer Frau Maria Magdalena Nosbüsch geb. Kohn, wird mit seinen Rechten ausgeschlossen.

Bitburg, den 2. Februar 2018

- 5 UR II 6/17 -

Das Amtsgericht

832.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Frankenthal (Pfalz) Gemarkung Lamsheim Blatt 4368 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 25.564,59 EUR mit 17 % Zinsen jährlich sowie 5 % Nebenleistungen einmalig wird für kraftlos erklärt.

Frankenthal, den 8. Februar 2018

- 3 UR II 599/17 (2) -

Das Amtsgericht

833.

Ausschließungsbeschluss: Das Sparbuch der Sparkasse Koblenz (Zuwachssparen flexibel der Sparkasse Koblenz, Sparbuch-

nummer 3715015875: ausgestellt für das Konto 3715015875 - heute IBAN: DE44570501203715015875 -; eröffnet am 9. Februar 1978; letzter Eintrag im Sparkassenbuch vom 6. Oktober 2014; Buchsaldo von 45.411,56 EUR und lautet auf: Frau Ottilie Luise Eich, geb. Niel, zuletzt wohnhaft: Mühlweg 1, 56321 Brey) wird für kraftlos erklärt.

Koblenz, den 5. Februar 2018

- 142 UR II 75/16 - Das Amtsgericht

834.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief (Gruppe 02, Briefnummer 6941086) über die im Grundbuch des Amtsgerichts Koblenz Gemarkung Güls Blatt 4816 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 197.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich, mit dem Zusatz: noch gültig über 135.000,- DM (Eingetragene Berechtigte: Sparkasse Koblenz, Bahnhofstraße 11, 56072 Koblenz) sowie der Teil-Grundschuldbrief (Gruppe 03, Briefnummer 0294566) über die im Grundbuch des Amtsgerichts Koblenz Gemarkung Güls Blatt 4816 in Abteilung III Nr. 1a eingetragene Grundschuld zu 62.000,- DM (Teilbetrag der Grundschuld von 197.000,- DM) mit 15 % Zinsen jährlich (Eingetragener Berechtigter: Debeka Lebensversicherungsverein auf Gegenseitigkeit, Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18, 56072 Koblenz) werden für kraftlos erklärt.

Koblenz, den 7. Februar 2018

- 142 UR II 45/17 - Das Amtsgericht

835.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief (Gruppe 02, Briefnummer 13954810) über die im Grundbuch des Amtsgerichts Koblenz Gemarkung Neuendorf Blatt 4829 in Abteilung III Nr. 10 eingetragene Grundschuld zu 500.000,- DM mit 18 % Zinsen jährlich sowie 10 % Nebenleistungen einmalig (Eingetragene Berechtigte: Landesbank Rheinland-Pfalz - Girozentrale - in Mainz / Abtretung außerhalb des Grundbuchs an die Sparkasse Koblenz mit Abtretungsurkunde vom 27. Juli 2000) wird für kraftlos erklärt.

Koblenz, den 5. Februar 2018

- 412 UR II 40/17 - Das Amtsgericht

836.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 8904969, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Lahnstein Gemarkung Lautert Blatt 466 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 26.075,89 EUR nebst 18 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Lahnstein, den 14. Februar 2018

- 26 UR II 14/17 - Das Amtsgericht

837.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 9418321 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Landau in der Pfalz Gemarkung Wernersberg Blatt 1302 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 50.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Landau, den 5. Februar 2018

- 1 UR II 13/17 - Das Amtsgericht

838.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 09990213 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Landau in der Pfalz Gemarkung Kirrweiler Blatt 1052 in Abteilung III Nr. 7 eingetragene Grundschuld zu 200.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich und der Grundschuldbrief Gruppe 02 Briefnummer 8408576 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Landau in der Pfalz Gemarkung Kirrweiler Blatt 1052 in Abteilung III Nr. 6 eingetragene Grundschuld zu 50.000,- DM mit 18 % Zinsen jährlich werden für kraftlos erklärt.

Landau, den 1. Februar 2018

- 1 UR II 16/17 - Das Amtsgericht

839.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief Gruppe 1, Briefnummer 015703 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Landstuhl Gemarkung Sand Blatt 779 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 2783,44 EUR mit 5 - 6 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Landstuhl, den 8. Februar 2018

- 2 UR II 5/17 - Das Amtsgericht

840.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 6119385 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Landstuhl Gemarkung Niedermohr Blatt 84 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 30.000,- DM mit 15 % Zinsen sowie 5 % Nebenleistungen wird für kraftlos erklärt.

Landstuhl, den 8. Dezember 2017

- 2 UR II 6/17 - Das Amtsgericht

841.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 3838951, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Landstuhl Gemarkung Miesenbach Blatt 959 in Abteilung III Nr. 5 eingetragene Grundschuld zu 13.800,- DM mit 15 - 16 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Landstuhl, den 31. Januar 2018

- 2 UR II 10/17 - Das Amtsgericht

842.

Der Hypothekenbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Schwabsburg Blatt 1186 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Hypothek zu 15.000,- DM mit 10 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Mainz, den 14. Februar 2018

- 73 UR II 48/17 - Das Amtsgericht

843.

Der Hypothekenbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Gonsenheim Blatt 25623 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Hypothek zu 6.950,52 EUR mit 5 % Zinsen jährlich, unter Umständen 6 % jährlich, Nebenkosten bis zu 280,- DM wird für kraftlos erklärt.

Mainz, den 14. Februar 2018

- 73 UR II 58/17 - Das Amtsgericht

844.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mayen Gemarkung Mayen

Blatt 171 in Abteilung III Nr. 4 eingetragene Grundschuld zu 30.000,- DM mit 10 % Zinsen jährlich, im Verzuge 0,5 % mehr wird für kraftlos erklärt.

Mayen, den 5. Februar 2018

- 2 UR II 7/17 - Das Amtsgericht

845.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mayen Gemarkung Niedermendig Blatt 2841 in Abteilung III Nr. 7 eingetragene Grundschuld zu 35.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich sowie 5 % Nebenleistung einmalig wird für kraftlos erklärt.

Mayen, den 5. Februar 2018

- 2 UR II 15/17 - Das Amtsgericht

846.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mayen Gemarkung Niedermendig Blatt 2861 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 60.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Mayen, den 5. Februar 2018

- 2 UR II 18/17 - Das Amtsgericht

847.

Der Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 0296960, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Pirmasens Gemarkung Höhrfroschen Blatt 325 in Abteilung III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 4600,- DM wird für kraftlos erklärt.

Pirmasens, den 2. Februar 2018

- 1 UR II 29/16 - Das Amtsgericht

848.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 12052254, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Pirmasens Gemarkung Pirmasens Blatt 12259 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 122.710,05 EUR wird für kraftlos erklärt.

Pirmasens, den 1. Februar 2018

- 1 UR II 17/17 - Das Amtsgericht

849.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief Gruppe 4, Briefnummer 123083, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Pirmasens Gemarkung Münchweiler Blatt 2779 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 5573,08 EUR wird für kraftlos erklärt.

Pirmasens, den 2. Februar 2018

- 1 UR II 30/17 - Das Amtsgericht

850.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Simmern / Hunsrück Gemarkung Argenthal Blatt 1927 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 7800,- DM mit 8 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Simmern, den 15. Februar 2018

- 33 UR II 18/17 - Das Amtsgericht

851.

Ausschlussbeschluss: Die Sparbücher der Kreissparkasse Rhein-Hunsrück, ausgestellt für die Konten 304201684, 304214711, 304215643, 404002412 und 454184706, Sparbuchberechtigter laut Eintrag: Frau Marianne Volk, Antoniusstraße 17, 56154 Boppard, werden für kraftlos erklärt.

Simmern, den 15. Februar 2018

- 33 UR II 19/17 - Das Amtsgericht

852.

Ausschlussbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 0857677, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Gusterath Blatt 2053 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 40.903,35 EUR mit 10 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Trier, den 14. Februar 2018

- 50A UR II 48/17 - Das Amtsgericht

853.

Ausschlussbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 6969929, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Sankt Matthias Blatt 7458 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 22.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Trier, den 14. Februar 2018

- 50A UR II 55/17 - Das Amtsgericht

854.

Ausschlussbeschluss: Das Sparbuch der Sparkasse Trier, Sparbuchnummer 363463563, ausgestellt für das gleichnamige Konto, Sparbuchberechtigter laut Eintrag: Frau Leonore Simons, Irminenfreihof 2, 54290 Trier, wird für kraftlos erklärt.

Trier, den 9. Februar 2018

- 50A UR II 67/17 - Das Amtsgericht

855.

Ausschlussbeschluss: Das Sparbuch der Sparkasse Trier, Sparbuchnummer 349488452, ausgestellt für das gleichnamige Konto, Sparbuchberechtigter laut Eintrag: Herr Tassilo Gall, Friedhofstraße 26, 54293 Trier, wird für kraftlos erklärt.

Trier, den 9. Februar 2018

- 50A UR II 69/17 - Das Amtsgericht

856.

Ausschlussbeschluss: Das Sparbuch der Sparkasse Trier, Sparbuchnummer 401039763, ausgestellt für das gleichnamige Konto, Sparbuchberechtigter laut Eintrag: Frau Nadine Hein, Reulandstraße 48, 54294 Trier, wird für kraftlos erklärt.

Trier, den 14. Februar 2018

- 50A UR II 72/17 - Das Amtsgericht

857.

Ausschlussbeschluss: Der im Grundbuch des Amtsgerichts Westerburg Gemarkung Irmtraut in Blatt 892 an dem Grundstück Flur 2 Nr. 137 eingetragene Eigentümer Georg Hörle in Berlin, geb. am 8. 8. 1892, verstorben am 15. 11. 1966, wird mit seinen Rechten ausgeschlossen.

Westerburg, den 2. Februar 2018

- 26d UR II 9/16 - Das Amtsgericht

Aufgebote

858.

Herr Georg Ruhnau, Josef-Schell-Straße 13, 53121 Bonn, Herr Bruno Ruhnau, Am Klostergarten 39, 53121 Bonn und Frau Ilona Ruhnau, Eppsteiner Straße 19, 61462 Königstein im Taunus, haben den Antrag auf Kraftloserklärung mehrerer abhanden gekommener Urkunden bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Neuenahr-Ahrweiler Gemarkung Ahrbrück Blatt 739 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 3000,- DM mit 9 u. U. 10 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Kreissparkasse Ahrweiler, Wilhelmstraße, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler. Des Weiteren handelt es sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Neuenahr-Ahrweiler Gemarkung Ahrbrück Blatt 739 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 7.000,- DM mit 8 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Kreissparkasse Ahrweiler, Wilhelmstraße, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Der Inhaber der Grundschuldbriefe wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 15. Juni 2018** vor dem Amtsgericht Bad Neuenahr-Ahrweiler anzumelden und die Urkunden vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung der Briefe erfolgen wird. Der Beschluss ist mit Rechtsmitteln nicht anfechtbar.

Bad Neuenahr-Ahrweiler,
den 31. Januar 2018

- 30 UR II 1/18 - Das Amtsgericht

859.

Frau Gabriele Schlarb-Mengler, Melatenerstraße 109, 52074 Aachen, Frau Juliane Lerch, Kurfürstenring 1A, 46562 Voerde, und Herr Peter Schlarb, Am Hügel 5, 52074 Aachen, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 7770292, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Sobernheim Gemarkung Meisenheim Blatt 4002 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 70.000,- DM mit 12 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Sparkasse Bad Kreuznach, Bad Kreuznach. Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 18. Mai 2018** vor dem Amtsgericht Bad Sobernheim anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Bad Sobernheim, den 18. Januar 2018

- 6 UR II 14/17 - Das Amtsgericht

860.

Die Eheleute Wilhelm und Rita Rink, Priesterstraße 24, 56850 Enkirch, und Herr Andreas Rink, Am Laubloch 1, 56841 Traben-Trarbach, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 2, Briefnummer 280191, über die vormals im Grundbuch des Amtsgerichts Bernkastel-Kues Gemarkung Enkirch Blatt 5449 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 12.100,- DM (jetzt Enkirch Blatt 7808 Abt. III Nr. 1 Grundschuld zu 6186,63 EUR). Eingetragener Berechtigter: Deutsche Union Bausparkasse Aktiengesellschaft, Dortmund; jetzt BHW Bausparkasse AG, Hameln.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 15. Mai 2018** vor dem Amtsgericht Bernkastel-Kues anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Bernkastel-Kues, den 13. Februar 2018

- 4b UR II 12/17 - Das Amtsgericht

861.

Herr Dipl.-Rpfl. Torsten Lechner, Julius-Leber-Straße 29, 67549 Worms, hat als Nachlasspfleger für die unbekannten Erben des am 28. 2. 2017 verstorbenen Erblassers, den Antrag auf Ausschließung von Nachlassgläubigern bei Gericht eingereicht. Erblasser: Herr Hans Willi Muck. Letzte Anschrift des Erblassers: Ostring 25, 67227 Frankenthal, 67227 Frankenthal (Pfalz).

Die Nachlassgläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen gegen den Nachlass des Erblassers **spätestens bis zu dem 2. Mai 2018** vor dem Amtsgericht Frankenthal (Pfalz) anzumelden. In der Anmeldung sind Gegenstand und Grund der Forderung anzugeben. Beweisurkunden sind der Anmeldung in Urschrift oder Abschrift beizufügen. Nachlassgläubiger, die sich nicht melden, können von den Erben nur insoweit Befriedigung ihrer Forderungen verlangen, als sich nach Befriedigung der nicht ausgeschlossenen Gläubiger noch ein Überschuss ergibt; das Recht, vor den Verbindlichkeiten aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen berücksichtigt zu werden, bleibt unberührt.

Frankenthal, den 5. Februar 2018

- 3 UR II 680/17 (2) - Das Amtsgericht

862.

Die Kreishandwerkerschaft Birkenfeld, vertreten durch den Insolvenzverwalter Herr Rechtsanwalt Jürgen Roth hat den Antrag auf Kraftloserklärung abhanden gekommener Urkunden bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um die Sparbücher der Kreissparkasse Birkenfeld (Birkenfelder Landesbank), Auf Idar 2, 55743 Idar-Oberstein: Sparbuchnummer 3310005099, ausgestellt für das Konto 3310005099; Sparbuchnummer 3310036636, ausgestellt für das Konto 3310036636; Sparbuchnummer 3312028800, ausgestellt für das Konto 3312028800; Sparbuchnummer 3310005102, ausgestellt für das Konto 3310005102; Sparbuchnummer 3310036660, ausgestellt für das Konto 3310036660; Sparbuchnummer 3310036644, ausgestellt für das Konto 3310036644. Die Sparbücher lauten jeweils auf: Kreishandwerkerschaft Birkenfeld, Mainzer Straße 188, 55743 Idar-Oberstein.

Der Inhaber der Sparbücher wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 24. April 2018** vor dem Amtsgericht Idar-Oberstein anzumelden und die Urkunden vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung der Sparbücher erfolgen wird.

Idar-Oberstein, den 7. Februar 2018

- 38 UR II 1/18 - Das Amtsgericht

863.

Herr Edward Rakus und Frau Wanda Cieslar-Rakus haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um das Sparbuch der Frankfurter Sparkasse 1822, Alt-Hausen 20, 60488 Frankfurt, Sparbuchnummer 3190652486, ausgestellt für das Konto 3190652486. Das Sparbuch lautet auf: Herr Edward Rakus und Frau Wanda Cieslar-Rakus jeweils wohnhaft: Lauersmühle 2, 55776 Ruschberg.

Der Inhaber des Sparbuchs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 30. April 2018** vor dem Amtsgericht Idar-Oberstein anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Sparbuches erfolgen wird.

Idar-Oberstein, den 15. Februar 2018

- 38 UR II 2/18 - Das Amtsgericht

864.

Frau Julia Galler, Jakob-Böhme-Straße 2, 51065 Köln, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Koblenz Gemarkung Moselweiß Blatt 2956 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 130.000,- DM. Eingetragener Berechtigter: Badische Beamtenbank e.G. in Karlsruhe, Zweigstelle Hessen / Rheinland-Pfalz in Darmstadt.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 15. Juni 2018** vor dem Amtsgericht Koblenz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Koblenz, den 15. Februar 2018

- 152 UR II 4/18 - Das Amtsgericht

865.

Herr Dr. Herbert Gluch, Heiligblutstraße 4, 83026 Rosenheim, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Briefnummer 10516894, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Koblenz Gemarkung Mallendar Blatt 99 Abt. III Nr. 11 Blatt 1475 Abt. III Nr. 4 und Blatt 1523 Abt. III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 220.000,- DM mit 16 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Sparkasse Koblenz, Bahnhofstraße 11, 56068 Koblenz.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 6. Juni 2018** vor dem Amtsgericht Koblenz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Koblenz, den 6. Februar 2018

- 153 UR II 1/18 - Das Amtsgericht

866.

Frau Adelheid Stadel, Hauptstraße 61, 76831 Birkweiler, hat den Antrag auf Ausschließung des Eigentümers eines Grundstücks gestellt. Betroffen ist das folgende Grundstück: Gemarkung Albersweiler, Flurstück 1525, eingetragen im Grundbuch des Amtsgerichts Landau in der Pfalz für Albersweiler, Blatt 1053. Eigentümer laut Grundbucheintrag: Eva Doll geb. Leonhard. Letzter bekannter Wohnsitz des Grundstückseigentümers: Birkweiler.

Die im Grundbuch eingetragene Eigentümerin bzw. deren Rechtsnachfolger werden aufgefordert, ihre Eigentümerrechte **spätestens bis zu dem 18. Mai 2018** vor dem Amtsgericht Landau in der Pfalz anzumelden, da ansonsten die Ausschließung ihrer Rechte als Eigentümer erfolgen wird.

Landau, den 15. Februar 2018

- 1 UR II 14/17 - Das Amtsgericht

867.

Frau Gaby Hoffmann, Rhodter Straße 15, 67480 Edenkoben, und Frau Ute Kortyka, Windthorststraße 11, 67346 Speyer, haben

den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 3174107, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Landau in der Pfalz Gemarkung Edenkoben Blatt 1009 in Abteilung III Nr. 4 eingetragene Grundschuld zu 41.500,- DM mit 10 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Schwäbisch Hall AG.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 29. Mai 2018** vor dem Amtsgericht Landau in der Pfalz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Landau, den 29. Januar 2018

- 1 UR II 33/17 - Das Amtsgericht

868.

Frau Erna Walter, Speyerer Straße 52, 67141 Neuhofen, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um das Sparbuch der Hypovereinsbank Ludwigshafen, ausgestellt für das Konto 0013619964. Das Sparbuch lautet auf: Eheleute Karl und Erna Margarete Walter, Speyerer Straße 52, 67141 Neuhofen.

Der Inhaber des Sparbuchs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 30. Mai 2018** vor dem Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Sparbuches erfolgen wird.

Ludwigshafen, den 31. Januar 2018

- 14 UR II 35/17 - Das Amtsgericht

869.

Herr Otto Niemann, Albert-Weisgerber-Straße 29, 67105 Schifferstadt, und Frau Taina Niemann, Albert-Weisgerber-Straße 29, 67105 Schifferstadt, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Ludwigshafen Gemarkung Dannstadt Blatt 4034 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 53.000,- DM. Eingetragener Berechtigter: Bank für Gemeinwirtschaft AG, Niederlassung Mannheim.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 30. Mai 2018** vor dem Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Ludwigshafen, den 31. Januar 2018

- 14 UR II 36/17 - Das Amtsgericht

870.

Herr Martin Jesberger, In den Weihergärten 54a, 67071 Ludwigshafen am Rhein, und Frau Isabella Jesberger, In den Weihergärten 54a, 67071 Ludwigshafen am Rhein, haben den Antrag auf Ausschluss unbekannter Grundpfandrechtsgläubiger bei Gericht eingereicht. Bei dem Grundpfandrecht handelt es sich um die im Grundbuch des Amtsgerichts Ludwigshafen Gemarkung Friesenheim Blatt 3492 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Sicherungshypothek zu 1000,- Goldmark. Eingetragener Grundpfandrechtsgläubiger laut Grundbucheintrag: Herr Keller, Ludwig, Bauunternehmer. Letzter bekannter Wohnsitz des Grundpfandrechtsgläubigers: im Jahre 1932 Ludwigshafen.

Die Grundpfandrechtsgläubiger werden aufgefordert, ihre Rechte **spätestens bis zu dem 1. Juni 2018** vor dem Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein anzumelden, da ansonsten ihre Ausschließung der Gläubigerrechte erfolgen und der Grundstückseigentümer das Grundpfandrecht erwerben kann.

Ludwigshafen, den 31. Januar 2018

- 14 UR II 37/17 - Das Amtsgericht

871.

Herr Martin Will, Ebernburgstraße 78, 67065 Ludwigshafen am Rhein, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um das Sparbuch der Sparkasse Vorderpfalz, Sparbuchnummer 3410067841, ausgestellt für das Konto 932582. Das Sparbuch lautet auf: Herr Martin Will, Ebernburgstraße 78, 67065 Ludwigshafen am Rhein.

Der Inhaber des Sparbuchs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 30. Mai 2018** vor dem Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Sparbuches erfolgen wird.

Ludwigshafen, den 31. Januar 2018

- 14 UR II 40/17 - Das Amtsgericht

872.

Herr Dr. Herbert Zimmermann, Neues Dorf 3, 99998 Weinbergen, und Frau Anni Kröter, Duvalstraße 4 a, 37308 Heiligenstadt, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Bretzenheim Blatt 4332 in Abteilung III Nr. 5 eingetragene Grundschuld zu 12.200,- DM mit 10 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Schwäbisch Hall Aktiengesellschaft - Bausparkasse der Volksbanken und Raiffeisenkassen, Schwäbisch Hall.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 7. Juni 2018** vor dem Amtsgericht Mainz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Mainz, den 7. Februar 2018

- 73 UR II 75/17 - Das Amtsgericht

873.

1. Herr Claus Heß, Adam-Karillon-Straße 10, 55116 Mainz, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Hechtsheim Blatt 3083 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 97.900,- DM mit 12 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot, gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 14. Mai 2018** vor dem Amtsgericht Mainz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird. 2. Der Gegenstandswert wird auf 12.513,86 EUR (25% des Wertes des Grundpfandrechts) festgesetzt.

Mainz, den 14. Februar 2018

- 73 UR II 1/18 - Das Amtsgericht

874.

1. Frau Bärbel Günther, Bahnhofstraße 67a, 55234 Framersheim, Herr Philipp Günther, Große Rittergasse 49 - 51, 60594 Frankfurt am Main, und Herr Sebastian Günther, Bahnhofstraße 28, 67585 Dorn-Dürkheim, haben den Antrag auf Kraftloserklärung mehrerer abhanden gekommenen Urkunden bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Dorn-Dürkheim Blatt 1354 und 1355 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 46.016,27 EUR mit 16 % Zinsen jährlich sowie 10 % Nebenleistungen. Eingetragener Berechtigter: Wüstenrot Bausparkasse AG, Ludwigsburg, Gesamthaft im Grundbuch von Dorn-Dürkheim Blatt 1354 und 1355. Des Weiteren handelt es sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Dorn-Dürkheim Blatt 1354 und 1355 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 15.338,76 EUR mit 16 % Zinsen jährlich sowie 10 % Nebenleistungen. Eingetragener Berechtigter: Wüstenrot Bausparkasse AG, Ludwigsburg, Gesamthaft im Grundbuch von Dorn-Dürkheim Blatt 1354 und 1355. Des Weiteren handelt es sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Dorn-Dürkheim Blatt 1354 und 1355 in Abteilung III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 25.564,59 EUR mit 16 % Zinsen jährlich sowie 10 % Nebenleistungen. Eingetragener Berechtigter: Wüstenrot Bausparkasse AG, Ludwigsburg, Gesamthaft im Grundbuch von Dorn-Dürkheim Blatt 1354 und 1355.

Die Inhaber der Grundschuldbriefe werden aufgefordert, ihre Rechte **spätestens bis zu dem 4. Juni 2018** vor dem Amtsgericht Mainz anzumelden und die Urkunden vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung der Briefe erfolgen wird. 2. Der Gegenstandswert wird auf 21.729,91 EUR (25 % des Wertes der Grundpfandrechte) festgesetzt.

Mainz, den 2. Februar 2018

- 73 UR II 6/18 - Das Amtsgericht

875.

Die Volksbank Alzey-Worms eG, Marktplatz 19, 67547 Worms, hat den Antrag auf Kraftloserklärung mehrerer abhanden gekommenen Urkunden bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Gonsenheim Blatt 9964 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 80.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich sowie 5 % Nebenleistungen. Eingetragener Berechtigter: Volksbank Gonsenheim eingetragene Genossenschaft, Mainz. Des Weiteren handelt es sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Gonsenheim Blatt 9964 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 130.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich sowie 5 % einmaliger Nebenleistung. Eingetragener Berechtigter: Volksbank Gonsenheim eingetragene Genossenschaft, Mainz. Sowie um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Gonsenheim Blatt 9964 in Abteilung III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 150.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich sowie 5 % einmaliger Nebenleistung. Eingetragener Berechtigter: Volksbank Gonsenheim eingetragene Genossenschaft, Mainz.

Der Inhaber der Grundschuldbriefe wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 8. Juni 2018** vor dem Amtsgericht Mainz anzumelden und die Urkunden vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung der Briefe erfolgen wird.

Mainz, den 8. Februar 2018

- 73 UR II 7/18 - Das Amtsgericht

876.

Frau Irmgard Fürstenberg, Zeisigpfad 11, 56564 Neuwied, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Neuwied Gemarkung Roßbach Blatt 1098 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 28.000,- DM mit 12 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot, gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Ludwigsburg.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 25. April 2018** vor dem Amtsgericht Neuwied anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Neuwied, den 1. Februar 2018

- 40 UR II 31/17 - Das Amtsgericht

877.

Frau Marianne Elisabeth Schultheis, geb. Bimber, Feldbergstraße 19, 66510 Hünstetten-Beuerbach, und Herr Jürgen Otto Bimber, Hohbühlstraße 25, 88410 Bad Wurzach, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 04, Briefnummer 243646, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Pirmasens Gemarkung Eppenbrunn Blatt 2158 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 7618,25 EUR. Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, Bausparkasse der Volksbanken und Raiffeisenbanken in Schwäbisch Hall.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 4. Juni 2018** vor dem Amtsgericht Pirmasens anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Pirmasens, den 2. Februar 2018

- 1 UR II 29/17 - Das Amtsgericht

878.

Frau Rosemarie Wilhelm, Am Steinbruch 25, 66969 Lemberg, hat den Antrag auf Kraftloserklärung mehrerer abhanden gekommenen Urkunden bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 4, Briefnummer 191925, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Pirmasens Gemarkung Lamberg Blatt 1562 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 21.300,- DM. Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot, gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Des Weiteren handelt es sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 4, Briefnummer 205887, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Pirmasens Gemarkung Lemberg Blatt 1562 in Abteilung III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 9.300,- DM. Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot, gemeinnützige GmbH in Ludwigsburg.

Der Inhaber der Grundschuldbriefe wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 7. Juni 2018** vor dem Amtsgericht Pirmasens anzumelden und die Urkunden vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung der Briefe erfolgen wird.

Pirmasens, den 7. Februar 2018

- 1 UR II 4/18 - Das Amtsgericht

879.

Herr Hans Maier, Ringelsbergstraße 5, 76833 Frankweiler, und Herr Michael Maier, Hauptstraße 9, 67308 Lautersheim, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um das Sparbuch der Sparkasse Donnersberg, Sparbuchnummer 302140611, ausgestellt für das Konto 302140611. Das Sparbuch lautet auf: Herr Wilhelm Weber, verstorben am 26. 12. 2016. Die Sparkasse hat im Auftrag der o. g. Antragsteller einen Antrag auf Kraftloserklärung des vorgenannten Sparbuches gestellt. Bei den Antragstellern handelt es sich um die Erben des verstorbenen Sparbuchinhabers Wilhelm Weber.

Der Inhaber des Sparbuchs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 6. Juni 2018** vor dem Amtsgericht Rockenhausen anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Sparbuches erfolgen wird.

Rockenhausen, den 6. Februar 2018

- 3 UR II 3/18 - Das Amtsgericht

880.

Frau Anna-Luise Diether, Bahnhofstraße 21, 55497 Ellern, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Simmern/Hunsrück Gemarkung Ellern Blatt 714 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 11.700,- DM mit 8 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Ludwigsburg.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 13. Mai 2018** vor dem Amtsgericht Simmern/Hunsrück anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Simmern, den 13. Februar 2018

- 33 UR II 1/18 - Das Amtsgericht

881.

Die Volksbank RheinAhrEifel eG, Hauptstraße 119, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Sinzig Gemarkung Bodendorf Blatt 2000 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 15.000,- DM mit 10 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Raiffeisenkasse Bodendorf eGmbH in Bodendorf.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 10. April 2018** vor dem Amtsgericht Sinzig anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Sinzig, den 1. Februar 2018

- 5a UR II 17/17 - Das Amtsgericht

882.

Frau Gertrud Schirmbeck, Boffertsweg 63, 53489 Sinzig, Frau Barbara Braun, Keplerstraße 142, 41236 Mönchengladbach, und Frau Daniela Viola, Tannenstraße 11, 53859 Niederkassel, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Sinzig Gemarkung Bodendorf Blatt 1856 in Abteilung III

Nr. 4 eingetragene Grundschuld zu 5000,- DM mit 10 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Kreissparkasse Ahrweiler zu Ahrweiler.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zum 6. Juni 2018** vor dem Amtsgericht Sinzig anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Sinzig, den 6. Februar 2018

- 5a UR II 1/18 - Das Amtsgericht

883.

Frau Reinhilde Schwarz, Am Bungert 3, 50389 Wesseling, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 3811675, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Sankt Goar Gemarkung Dellhofen Blatt 828 (vormals Blatt 379) in Abteilung III Nr. 1 (vormals Nr. 4) eingetragene Grundschuld zu 47.000,- DM mit 12 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Kreissparkasse Rhein-Hunsrück in Simmern.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zum 5. Juni 2018** vor dem Amtsgericht St. Goar anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

St. Goar, den 5. Februar 2018

- 3 UR II 2/18 - Das Amtsgericht

884.

Willi Wahl, geb. 6. 4. 1927, Mozartstraße 17, 67578 Gimsheim, Antragsteller: Der genannte Antragsteller hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um das Sparbuch der VR Bank eG mit Sitz in Alsheim, Bachstraße 38, 67577 Alsheim - Filiale Gimsheim -, Lessingstraße 10, 67578 Gimsheim, ausgestellt für die Sparkonto-IBAN - DE65 5536 1202 0033 0056 66 -. Das Sparbuch lautet auf: Herr Willi Wahl, Mozartstraße 17, 67578 Gimsheim.

Der Inhaber des Sparbuchs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zum 11. April 2018** vor dem Amtsgericht Worms anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Sparbuches erfolgen wird.

Worms, den 2. Februar 2018

- 9062 UR II 19/17 - Das Amtsgericht

885.

1. Gerhard Kleßinger, geb. 11. 4. 1944, 2. Gisela Irma Wally Kleßinger geb. Arndt, geb. 27. 11. 1939, beide Maroldstraße 43 A, 85229 Markt Indersdorf, Antragsteller, Verfahrensbevollmächtigter: Notar Dr. jur. Martin Scheuengflug, Weinbrennerstraße 12, 67551 Worms: Die genannten Antragsteller haben den Antrag auf Ausschluss eines unbekannten Grundpfandrechtsgläubigers bei Gericht eingereicht, § 1170 BGB. Bei dem Grundpfandrecht handelt es sich um die im Grundbuch des Amtsgerichts Worms Grundbuch von Monsheim Blatt 1306 in Abteilung III Nr. 8 eingetragene Sicherungshypothek für eine Restkaufpreisforderung über 798,89 EUR nebst 5 % Zinsen jährlich (Ersteintragung der Sicherungshypothek am 2. April 1952 im Grundbuch von Heppenheim Blatt 1603 über 1562,50 DM). Eingetragene Gläubigerin im Grundbuch ist Witwe Philipp Hohlwein, Magdalena, geb. Krehbiel, letzter bekannter Wohnsitz in Hanau.

Der Grundpfandrechtsgläubiger wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zum 11. April 2018** vor dem Amtsgericht Worms anzumelden, da ansonsten seine Ausschließung der Gläubigerrechte erfolgen kann, und die Grundstückseigentümer das Grundpfandrecht erwerben können.

Worms, den 1. Februar 2018

- 9062 UR II 20/17 - Das Amtsgericht

886.

Isolde Agnes Jockisch, geb. Bösing, geb. 5. 3. 1958, Reipoldskirchergasse 3, 67593 Westhofen, Antragstellerin, Verfahrensbevollmächtigter: Notar Dr. Peter Liessem, Sickingenstraße 1, 67574 Osthofen. Die genannte Antragstellerin hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Worms Grundbuch von Westhofen Blatt 3010 in Abteilung III Nr. 1 am 22. Januar 1981 eingetragene Grundschuld über 66.600,- DM nebst 12 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Beamtenheimstättenwerk, Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst mbH, in Hameln.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zum 11. April 2018** vor dem Amtsgericht Worms anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Grundschuldbriefes erfolgen wird.

Worms, den 31. Januar 2018

- 9062 UR II 26/17 - Das Amtsgericht

887.

Lieselotte Emma Kaiser, geb. Reich, geb. 6. 7. 1938, Im Zehnthof 3, 67575 Eich, Antragstellerin, Verfahrensbevollmächtigter: Notar Dr. Peter Liessem, Sickingenstraße 1, 67574 Osthofen. Die genannte Antragstellerin hat den Antrag auf Kraftloserklärung von vier abhanden gekommenen Urkunden bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um die Grundschuldbriefe über die im Grundbuch des Amtsgerichts Worms, Grundbuch von Eich Blatt 4139 jeweils eingetragenen Grundschulden, und zwar a) Abt. III Nr. 1: Grundschuld über 5112,92 EUR nebst 12 % Zinsen jährlich, für die Spar- und Darlehenskasse Eich eGmbH, in Eich (Ersteintragung der Grundschuld am 20. Juli 1959 im Grundbuch von Eich Blatt 317 in Abt. III Nr. 3 über 10.000,- DM; b) Abt. III Nr. 2: Grundschuld über 5112,92 EUR nebst 12 % Zinsen jährlich, für die Spar- und Darlehenskasse Eich eGmbH, in Eich (Ersteintragung der Grundschuld am 25. Juli 1967 im Grundbuch von Eich Blatt 2186 in Abt. III Nr. 2 über 10.000,- DM; c) Abt. III Nr. 3: Grundschuld über 12.782,30 EUR nebst 12 % Zinsen jährlich, für die Spar- und Darlehenskasse Eich eGmbH, in Eich (Ersteintragung der Grundschuld am 17. April 1968 im Grundbuch von Eich Blatt 2186 in Abt. III Nr. 3 und im Grundbuch von Eich Blatt 480 in Abt. III Nr. 2 über 25.000,- DM; d) Abt. III Nr. 4: Grundschuld über 15.338,76 EUR nebst 15 % Zinsen jährlich, für die Volksbank Wonnegau eG Osthofen, in Osthofen (Ersteintragung der Grundschuld am 12. Februar 1986 im Grundbuch von Eich Blatt 2186 in Abt. III Nr. 4 über 30.000,- DM).

Der Inhaber der Grundschuldbriefe wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zum 11. April 2018** vor dem Amtsgericht Worms anzumelden und die Urkunden vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung der Grundschuldbriefe erfolgen wird.

Worms, den 31. Januar 2018

- 9062 UR II 27/17 - Das Amtsgericht

888.

1. Lieselotte Muth, geb. Koch, geb. 5. 2. 1941, 2. Silke Hildegard Muth, geb. 3. 1. 1975, beide Bismarckstraße 16, 67596 Dittelsheim-Heßloch, Antragstellerinnen, Verfahrensbevollmächtigter: Notar Dr. Peter Liessem, Sickingenstraße 1, 67574 Osthofen. Die genannten Antragstellerinnen haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Worms Grundbuch von Dittelsheim Blatt 2083 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld über 25.564,59 EUR nebst 15 % Zinsen jährlich (Ersteintragung der Grundschuld am 5. Juli 1979 über 50.000,- DM für die Volksbank Heßloch-Dittelsheim eG, in Dittelsheim-Heßloch. Eingetragener Berechtigter: Badenia Bausparkasse Aktiengesellschaft in Karlsruhe.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zum 11. April 2018** vor dem Amtsgericht Worms anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Grundschuldbriefes erfolgen wird.

Worms, den 31. Januar 2018

- 9062 UR II 28/17 - Das Amtsgericht

889.

Gertrude Herziger, geb. Holl, geb. 7. 7. 1931, Evangelisches Alten- und Pflegeheim Martin-Luther-Haus e.V., Odenwaldstraße 1, 67551 Worms, Antragstellerin, vertreten durch Lara Herziger, Spitzenbergstraße 17, 55234 Freimersheim. Verfahrensbevollmächtigter: Notar Martin Dümmler, Kronenplatz 8, 55232 Alzey. Die genannte Antragstellerin hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Worms Grundbuch von Herrnsheim Blatt 6913 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld über 766,94 EUR nebst 15 % Zinsen jährlich (Ersteintragung der Grundschuld am 20. August 1951 im Grundbuch von Herrnsheim Blatt 2014 über 1500,- DM). Eingetragener Berechtigter: Kreis- und Stadtparkasse Worms in Worms.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zum 11. April 2018** vor dem Amtsgericht Worms anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Grundschuldbriefes erfolgen wird.

Worms, den 31. Januar 2018

- 9062 UR II 29/17 - Das Amtsgericht

890.

Michaela Anneliese Hammel, geb. Schuch, geb. 20. 12. 1955, Dunantstraße 45, 67549 Worms, Antragstellerin, Verfahrensbevollmächtigter: Notar Dr. Lutz Schöllhammer, Siegfriedstraße 7, 67547 Worms. Die genannte Antragstellerin hat den Antrag auf Kraftloserklärung zweier abhanden gekommener Urkunden bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um die Grundschuldbriefe über die im Grundbuch des Amtsgerichts Worms Grundbuch von Herrnsheim Blatt 6915 jeweils für die Kreis- und Stadtparkasse Worms in Worms eingetragenen Grundschulden, und zwar a) Abt. III Nr. 1: Grundschuld über 30.677,51 EUR nebst 15 % Zinsen jährlich (Ersteintragung der Grundschuld am 29. April 1976 im Grundbuch von Herrnsheim Blatt 2141 in Abt. III Nr. 2 über 60.000,- DM); b) Abt. III Nr. 2: Grundschuld über 30.677,51 EUR nebst 15 % Zinsen jährlich (Ersteintragung der Grundschuld am 2. Dezember 1976 im Grundbuch von

Herrnsheim Blatt 2141 in Abt. III Nr. 3 über 60.000,- DM).

Der Inhaber der Grundschuldbriefe wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zum 11. April 2018** vor dem Amtsgericht Worms anzumelden und die Urkunden vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung der Grundschuldbriefe erfolgen wird.

Worms, den 31. Januar 2018

- 9062 UR II 30/17 - Das Amtsgericht

891.

Wüstenrot Bausparkasse AG, Wüstenrotstraße 1, 71638 Ludwigsburg, Antragstellerin. Die genannte Antragstellerin hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Worms Grundbuch von Weinsheim Blatt 960 in Abteilung III Nr. 4 am 15. Oktober 1974 eingetragene Grundschuld über 48.600,- DM nebst 12 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot, gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Ludwigsburg.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zum 11. April 2018** vor dem Amtsgericht Worms anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Grundschuldbriefes erfolgen wird.

Worms, den 31. Januar 2018

- 9062 UR II 31/17 - Das Amtsgericht

892.

Heike Christina Köhler, geb. Nagel, geb. 27. 2. 1956, Paracelsusstraße 21, 67550 Worms, Antragstellerin, Verfahrensbevollmächtigter: Notar Dr. Peter Liessem, Sickingenstraße 1, 67574 Osthofen. Die genannte Antragstellerin hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Worms Grundbuch von Hochheim Blatt 4457 in Abteilung III Nr. 2 und im Grundbuch von Pfiffelgheim Blatt 3084 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld über noch 10.276,97 EUR nebst 12 % Zinsen jährlich (Ersteintragung der Grundschuld am 9. Oktober 1967 im Grundbuch von Hochheim Blatt 1356 in Abteilung III Nr. 5 über damals 73.000,- DM). Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot, gemeinnützige GmbH in Ludwigsburg.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zum 11. April 2018** vor dem Amtsgericht Worms anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Grundschuldbriefes erfolgen wird.

Worms, den 31. Januar 2018

- 9062 UR II 32/17 - Das Amtsgericht

893.

1. Klaus Georg Armbrüster, geb. 4. 4. 1957, Lutherbaumstraße 48, 67549 Worms; 2. Bärbel Mia Bähr, geb. Armbrüster, 19. 6. 1953, Liebenauer Straße 62, 67549 Worms, Antragsteller, Verfahrensbevollmächtigter: Notar Dr. jur. Martin Scheugenpflug, Weinbrennerstraße 12, 67551 Worms. Die genannten Antragsteller haben den Antrag auf Kraftloserklärung zweier abhanden gekommener Urkunden bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um die Grundschuldbriefe über die im Grundbuch des Amtsgerichts Worms Grundbuch von Worms Blatt 4662 jeweils eingetragenen Grundschulden, und zwar a) Abt. III

Nr. 7: Grundschuld über 10.000,- DM nebst 12 % Zinsen jährlich, für die Kreis- und Stadtparkasse Worms in Worms, eingetragen am 17. Januar 1964; b) Abt. III Nr. 8: Grundschuld über 120.000,- DM nebst 18 % Zinsen jährlich, für die Sparkasse Worms in Worms, eingetragen am 24. August 1988.

Der Inhaber der Grundschuldbriefe wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zum 11. April 2018** vor dem Amtsgericht Worms anzumelden und die Urkunden vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung der Grundschuldbriefe erfolgen wird.

Worms, den 31. Januar 2018

- 9062 UR II 35/17 - Das Amtsgericht

894.

VR-Bank eG, Bachstraße 38, 67577 Alsheim, Antragstellerin: Die genannte Antragstellerin hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Worms Grundbuch von Bechtheim Blatt 2123 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld über 25.564,59 EUR nebst 15 % Zinsen jährlich (Ersteintragung der Grundschuld am 30. April 1974 im Grundbuch von Bechtheim Blatt 2023 in Abteilung III Nr. 1 über 50.000,- DM). Eingetragener Berechtigter: Volksbank Bechtheim e.G. in Bechtheim.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zum 11. April 2018** vor dem Amtsgericht Worms anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Grundschuldbriefes erfolgen wird.

Worms, den 31. Januar 2018

- 9062 UR II 37/17 - Das Amtsgericht

895.

Volksbank Alzey-Worms eG, Marktplatz 19, 67547 Worms, Antragstellerin: Die genannte Antragstellerin hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Worms; Grundbuch von Osthofen Blatt 6524 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld über 2556,46 EUR nebst 15 % Zinsen jährlich (Ersteintragung der Grundschuld am 26. September 1977 im Grundbuch von Osthofen Blatt 2724 in Abteilung III Nr. 3 über 5000,- DM). Eingetragener Berechtigter: Volksbank Wonnegau Osthofen e.G. in Osthofen.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zum 11. April 2018** vor dem Amtsgericht Worms anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Grundschuldbriefes erfolgen wird.

Worms, den 1. Februar 2018

- 9062 UR II 39/17 - Das Amtsgericht

896.

1. Axel Müller, geb. 11. 1. 1964, Kastanienweg 3, 69502 Hemsbach; 2. Thomas Müller, geb. 9. 9. 1967, Heylsraße 8, 67550 Worms 3. Reiner Müller, geb. 31. 3. 1971, Eckenbertstraße 65 A, 67549 Worms, Antragsteller, Verfahrensbevollmächtigter: Notar Jochen Schwartner, Petersstraße 17, 67547 Worms. Die genannten Antragsteller haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Worms Grundbuch von Mölsheim Blatt 823 in Abteilung III Nr. 3 am 10. April 1967 eingetragene Grundschuld über 4000,-

DM nebst 12 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Kreis- und Stadtparkasse Worms in Worms.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zum 11. April 2018** vor dem Amtsgericht Worms anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Grundschuldbriefes erfolgen wird.

Worms, den 31. Januar 2018

- 9062 UR II 40/17 - Das Amtsgericht

897.

Patrick Julius Luttringer, geb. 29. 8. 1962, Eleonorenstraße 8, 67550 Worms, Antragsteller, Verfahrensbevollmächtigter: Notar Dr. Peter Liessem, Sickingenstraße 1, 67574 Osthofen: Der genannte Antragsteller hat den Antrag auf Ausschluss unbekannter Grundpfandrechtsgläubiger bei Gericht eingereicht, § 1170 BGB. Bei dem Grundpfandrecht handelt es sich um die im Grundbuch des Amtsgerichts Worms Grundbuch von Rheindürkheim Blatt 1465 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Sicherungshypothek für eine Anschlagspreisforderung über 1800,- DM nebst 4 % Zinsen jährlich (Ersteintragung der Sicherungshypothek am 5. September 1949 im Grundbuch von Rheindürkheim Blatt 82). Eingetragene Gläubiger im Grundbuch sind: A) Klara Luttringer, geb. Orthwein in Rheindürkheim; B) Landarbeiter Willi Luttringer in Eich; C) Bauarbeiter Heinrich Luttringer in Osthofen; D) Landarbeiter Emil Luttringer in Rheindürkheim; E) Landarbeiter Adam Luttringer in Rheindürkheim; F) Korbmacher Josef Luttringer in Rheindürkheim; G) Landarbeiter Jakob Luttringer in Rheindürkheim; H) Maria Bork, geb. Luttringer in Westhofen; I) Magdalena Theobald, geb. Luttringer in Osthofen; J) Katharina Dinger, geb. Luttringer in Rheindürkheim; K) Anna Götz, geb. Luttringer in Hamm; L) Klara Margarete Luczak, geb. Luttringer in Rheindürkheim; als Gesamtgut der zwischen den Eheleuten Emil Luttringer und Klara geb. Orthwein in Rheindürkheim bestanden und beendigten Fahrgemeinschaft und der Erbgemeinschaft vor der Auseinandersetzung.

Die Grundpfandrechtsgläubiger werden aufgefordert, ihre Rechte **spätestens bis zum 11. April 2018** vor dem Amtsgericht Worms anzumelden, da ansonsten ihre Ausschließung der Gläubigerrechte erfolgen kann, und der Grundstückseigentümer das Grundpfandrecht erwerben kann.

Worms, den 1. Februar 2018

- 9062 UR II 1/18 - Das Amtsgericht

898.

Jutta Helga Kulzer, geb. Krebs, geb. 15. 10. 1960, Goldbergstraße 36 a, 67551 Worms, Antragstellerin: Die genannte Antragstellerin hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Worms Grundbuch von Wiesoppenheim Blatt 842 in Abteilung III Nr. 3 am 12. Oktober 1973 eingetragene Grundschuld über 11.000,- DM nebst 10 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Schwäbisch Hall Aktiengesellschaft - Bausparkasse der Volksbanken und Raiffeisenbanken - in Schwäbisch Hall.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zum 11. April 2018** vor dem Amtsgericht Worms anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Grundschuldbriefes erfolgen wird.

Worms, den 1. Februar 2018

- 9062 UR II 4/18 - Das Amtsgericht

Zwangsvorsteigerungsverfahren

– Terminbestimmungen –

Die nachstehenden unter lfd. Nr. 899 bis 956 bezeichneten Grundstücke (Erbbaurechte) sollen zu den dort angegebenen Zeiten versteigert werden. In jeder dieser Zwangsversteigerungssachen erlässt das Gericht folgende Aufforderungen:

Ist ein Recht im Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte es spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger oder der Antragsteller widerspricht. Andernfalls wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung der Ansprüche an Kapital, Zinsen und Kosten der Kündigung und der der Befriedigung aus dem Grundstück bezweckenden Rechtsverfolgung mit Angabe des beanspruchten Rangschritts schriftlich einzureichen oder zu Protokoll der Geschäftsstelle zu erklären.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks, des Erbbaurechtes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, so tritt für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

899.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Mittwoch, dem 25. April 2018, 9.30 Uhr**, Raum 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Bad Kreuznach, John-F.-Kennedy-Straße 17, 55543 Bad Kreuznach, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Gangloff Gemarkung Gangloff Flur 1 Flurstück Nr. 113/1, Gebäude- und Freifläche, Roßbergstraße 236, 1125 m², Blatt 341 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Bebautes Grundstück mit freistehendem, unterkellertem, 1-geschossigem Einfamilienhaus mit angebautem Dachgeschoss und 1-geschossigem Anbau sowie umfangreiche Nebengebäude; 67827 Becherbach-Gangloff; Verkehrswert: 57.000,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Der Versteigerungsvermerk ist am 21. Mai 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bad Kreuznach, den 30. Januar 2018

- 3 K 49/14 -

Das Amtsgericht

900.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Donnerstag, dem 7. Juni 2018, 9.30 Uhr**, Raum 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Bad Kreuznach, John-F.-Kennedy-Straße 17, 55543 Bad Kreuznach, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Stromberg (Hunsrück) Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 49/1000, Sondereigentums-Art: Wohnung westliches Haus Nr. 7

(Erdgeschoss), Sondernutzungsrecht: Terrassen und Grundstücksflächen, Blatt 2457 BV 1 am Erbbaurecht an dem im Grundbuch von Stromberg (Hunsrück) Blatt 20 eingetragenen Grundstück Gemarkung Stromberg (Hunsrück) Flur 7 Flurstück Nr. 639/23, Gebäude- und Freifläche, Holunderweg, 3129 m². Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Wohnung im Erdgeschoss eines 1 - 2-geschossigen Mehrfamilienhauses (Ferienhaus) bestehend aus Schlafzimmer, Wohnküche, Flur-Diele, Dusche mit WC und Abstellraum; Holunderweg 5 - 15; Verkehrswert: 41.000,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Der Versteigerungsvermerk ist am 22. April 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bad Kreuznach, den 16. Januar 2018

- 3 K 31/15 -

Das Amtsgericht

901.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Mittwoch, dem 2. Mai 2018, 13.00 Uhr**, Raum 106, Sitzungssaal, Amtsgericht Bad Neuenahr-Ahrweiler, Wilhelmstraße 55 - 57, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Gimmigen Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 284/1000, Sondereigentumsart an der Wohnung im Untergeschoss nebst Kellerräumen im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. IV, Sondernutzungsrecht: Die Benutzung der Terrasse, des Garagengebäudes, bestehend aus zwei Garagenräumen, Fahrradraum und Gartengeräteraum, dem Unterstand im hinteren Gebäudebereich, sowie einer Grundstücksteilfläche, Blatt 1488 BV 1 an Grundstück Gemarkung Gimmigen Flur 4 Flurstück Nr. 954/1, Grünanlage, Bonnerstraße 26, 224 m²; Gemarkung Gimmigen Flur 4 Flurstück Nr. 950/1, Grünanlage, Bonnerstraße, 11 m²; Gemarkung Gimmigen Flur 4 Flurstück Nr. 951/4, Gebäude- und Freifläche, Bonnerstraße 26, 1021 m²; Gemarkung Gimmigen Flur 4 Flurstück Nr. 954/3, Gebäude- und Freifläche, Bonnerstraße, 116 m². Objektbeschreibung lt. Gutachten: Eigentumswohnung. Verkehrswert: 82.200,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 18. August 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bad Neuenahr-Ahrweiler, den 2. Februar 2018

- 6 K 6/15 -

Das Amtsgericht

902.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am **Mittwoch, dem 16. Mai 2018, 13.00 Uhr**, Raum 106, Sitzungssaal, Amtsgericht Bad Neuenahr-Ahrweiler, Wilhelmstraße 55 - 57, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Heimersheim (Eifel) Gemarkung Heimersheim (Eifel) Flur 36 Flurstück Nr. 46, Gebäude- und Freifläche, Heldenstraße 27, 285 m², Blatt 2855 BV 15. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachver-

ständigen): bebautes Grundstück. Verkehrswert: 110.400,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 12. Mai 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bad Neuenahr-Ahrweiler, den 13. Februar 2018

- 6 K 8/17 -

Das Amtsgericht

903.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das nachbenannte Wohnungseigentum am **Montag, dem 16. Juli 2018, 11.20 Uhr**, Raum 508, Sitzungssaal, Amtsgericht Betzdorf, Friedrichstraße 17, 57518 Betzdorf, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Katzwinkel (Sieg) Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum Miteigentumsanteil: 151,12/1000, Sondereigentumsart: Wohnung im Dachgeschoss mit Keller, Sondereigentums-Nr. 6, Sondernutzungsrecht: Nutzung und Benutzung unter Ausschluss der anderen Miteigentümer des gesamten Dachbodens (Spitzboden) des Hauses Goldenbock 1 als Wohnfläche, Blatt 1384 BV1; an Grundstück Gemarkung Katzwinkel (Sieg) Flur 18 Nr. 52, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Goldenbock 1, 943 m². Objektbeschreibung (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 84.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 8. November 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Betzdorf, den 17. Januar 2018

- 14 K 5/16 -

Das Amtsgericht

904.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die nachbenannten Wohnungs- und Teileigentumsanteile am **Montag, dem 4. Juni 2018, 11.20 Uhr**, Raum 508, Sitzungssaal, Amtsgericht Betzdorf, Friedrichstraße 17, 57518 Betzdorf, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Kirchen Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum lfd. Nr. 1 Miteigentumsanteil: 209/1000, Sondereigentumsart: Wohnung im Erd- und Dachgeschoss mit Keller, Sondereigentums-Nr. W1, Sondernutzungsrecht an einem im Osten des Grundstücks belegenen Carport (PKW-Stellplatz), Blatt 2400 BV 1; lfd. Nr. 2 Miteigentumsanteil: 359/1000, Sondereigentumsart: Wohnung im Dachgeschoss (nördlicher Bereich) mit Keller, Sondereigentums-Nr. W2, Sondernutzungsrecht an zwei im Osten des Grundstücks belegenen Carports (PKW-Stellplätze), Blatt 2401 BV 1; lfd. Nr. 3 Miteigentumsanteil: 432/1000, Sondereigentumsart: Teileigentumsräume im Erdgeschoss sowie einem Raum im Kellergeschoss (ehemalige Gaststätte), Sondereigentums-Nr. W3, Sondernutzungsrecht an vier im Südwesten des Grundstücks, im unmittelbaren östlichen Anschluss des Gebäudes belegenen PKW-Stellplätzen, Blatt 2402 BV 1; an Grundstück Gemarkung Kirchen Flur 5 Nr. 1/3, Gebäude- und Freifläche, An der Siegbürke 4, 365 m². Lfd. Nr. 1 Verkehrswert: 10.800,- EUR; lfd. Nr. 2 Verkehrswert: 19.700,- EUR; lfd. Nr. 3 Verkehrswert: 36.250,- EUR davon entfällt auf Zubehör: 100,- EUR (1 Dunstabzug, ohne Filter); 150,- EUR (Herd mit 3 Feuerstellen, Edelstahl); 100,- EUR (1 Fritteuse, Edelstahl); 100,- EUR (Spülbecken, Edelstahl); 100,- EUR (2 einfache Kühltruhen); 400,- EUR (Kühlraum); 200,- EUR (Doppelspülbecken, Edelstahl).

Der Versteigerungsvermerk ist am 8. Juni 2017 (Wohnung im Erd- und Dachgeschoss mit Keller W1, Wohnung im Dachgeschoss (nördlicher Bereich) mit Keller W2) und

7. Juni 2017 (Teileigentumsräume im Erdgeschoss sowie einem Raum im Kellergeschoss W3) in das Grundbuch eingetragen worden.

Betzdorf, den 26. Januar 2018

- 14 K 21/17 - Das Amtsgericht

905.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das nachbenannte Grundstück **am Montag, dem 11. Juni 2018, 10.40 Uhr**, Raum 508, Sitzungssaal, Amtsgericht Betzdorf, Friedrichstraße 17, 57518 Betzdorf, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Niederdreisbach Gemarkung Niederdreisbach Flur 2 Flurstück Nr. 806, Gebäude- und Freifläche, Hohe Straße 13, 606 m², Blatt 828 BV 3. Objektbeschreibung (lt. Angabe d. Sachverständigen): Doppelgarage und Carport; Verkehrswert: 36.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 28. April 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Betzdorf, den 19. Dezember 2017

- 14 K 36/17 - Das Amtsgericht

906.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das nachbenannte Grundstück **am Montag, dem 11. Juni 2018, 11.20 Uhr**, Raum 508, Sitzungssaal, Amtsgericht Betzdorf, Friedrichstraße 17, 57518 Betzdorf, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Niederdreisbach Gemarkung Niederdreisbach Flur 2 Flurstück Nr. 809, Gebäude- und Freifläche, Hohe Straße 8, 692 m², Blatt 828 BV 2. Objektbeschreibung (lt. Angabe d. Sachverständigen): Zweifamilienwohnhaus; Verkehrswert: 115.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 28. April 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Betzdorf, den 19. Dezember 2017

- 14 K 37/17 - Das Amtsgericht

907.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der nachbenannte Grundstücksanteilsanteil **am Montag, dem 9. Juli 2018, 10.00 Uhr**, Raum 508, Sitzungssaal, Amtsgericht Betzdorf, Friedrichstraße 17, 57518 Betzdorf, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Betzdorf 1/2-Miteigentumsanteil an Gemarkung Betzdorf Flur 5 Flurstück Nr. 1789/41, Gebäude- und Freifläche, Luisenstraße 9, 377 m², Blatt 5466 BV 1. Objektbeschreibung: Mehrfamilienwohnhaus. Verkehrswert (1/2-Anteil): 51.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 18. September 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Betzdorf, den 15. Januar 2018

- 14 K 73/17 - Das Amtsgericht

908.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 24. April 2018, 11.00 Uhr**, Raum 128, Sitzungssaal, Amtsgericht Bitburg, Gerichtsstraße 2 / 4, 54634 Bitburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Büdesheim Gemarkung Büdesheim Flur 3 Flurstück Nr. 68/2, Gebäude- und Freifläche, Schusterweg 4, 344 m², Blatt

1257 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Grundstück bebaut mit zweigeschossigem Wohnhaus, Scheunengebäude mit Garage. Verkehrswert: 86.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.zvrp.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 18. Juli 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bitburg, den 30. Januar 2018

- 10 K 43/17 - Das Amtsgericht

909.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 24. April 2018, 10.00 Uhr**, Raum 128, Sitzungssaal, Amtsgericht Bitburg, Gerichtsstraße 2 / 4, 54634 Bitburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Orenhofen Gemarkung Orenhofen Flur 26 Flurstück Nr. 214, Gebäude- und Freifläche, Auf der Katze 8, 230 m², Blatt 2751 BV 9. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Einfamilienhaus mit Nebenräumen; teilunterkellert; Verkehrswert: 46.400,- EUR.

Weitere Informationen unter: www.zvrp.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 2. August 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bitburg, den 31. Januar 2018

- 10 K 51/17 - Das Amtsgericht

910.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 19. April 2018, 14.00 Uhr**, Raum 110, Sitzungssaal, Amtsgericht Daun, Berliner Straße 3, 54550 Daun, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Daun lfd. Nr. 1 Gemarkung Daun Flur 12 Flurstück Nr. 530/70, Gebäude- und Freifläche, Rosenbergstraße 13, 320 m², Blatt 845 BV 4; lfd. Nr. 2 Gemarkung Daun Flur 12 Flurstück Nr. 530/554, Erholungsfläche, Freiherr-vom-Stein-Straße, 197 m², Blatt 845 BV 8; lfd. Nr. 3 Gemarkung Daun Flur 12 Flurstück Nr. 530/557, Erholungsfläche, Freiherr-vom-Stein-Straße, 51 m², Blatt 845 BV 10. Lfd. Nr. 1, 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Zweigeschossiges Wohnhaus mit angebauter Garage/Lager, vollständig unterkellert, Wohnräume im Erd- und Obergeschoss. Weitere Wohnräume befinden sich im Dachgeschoss, die jedoch aufgrund ihrer geringen Raumhöhe nicht als Wohnräume zugelassen und dementsprechend nur als nicht ausgebauter Speicherraum bewertet wurden. Massivbauweise. Baujahr um 1936. Diverse Um- und Anbauten in den Jahren 1950 bis 1971. Die Grundstücke Nr. 530/70 und 530/554 bilden aufgrund ihrer grenzüberschreitenden Bebauung eine wirtschaftliche Einheit. Verkehrswert: 139.000,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): s. vor; Verkehrswert: 0,- EUR. Lfd. Nr. 3 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Unbebautes Grundstück; vorgelagerte Parzelle zu lfd. Nr. 1, 2. Verkehrswert: 4590,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de und www.hanmark.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 23. Oktober 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Daun, den 19. Februar 2018

- 2 K 39/14 - Das Amtsgericht

911.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 19. April 2018, 11.00 Uhr**, Raum 110, Sitzungssaal, Amtsgericht Daun, Berliner Straße 3, 54550 Daun, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Gerolstein lfd. Nr. 1 Gemarkung Gerolstein Flur 8 Flurstück Nr. 901/102, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 104, 220 m², Blatt 3124 BV 1; lfd. Nr. 2 Gemarkung Gerolstein Flur 8 Flurstück Nr. 103/3, Erholungsfläche, Hauptstraße, 591 m², Blatt 3124 BV 2. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Einfamilienwohnhaus mit einseitigem Anbau, Baujahr 1930, Modernisierungsmaßnahmen in 1980, 2002, 2009, Massivbauweise, teilweise unterkellert, ausgebautem Dachgeschoss; Verkehrswert: 33.800,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Freifläche, unbebautes Grundstück; Verkehrswert: 28.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de und www.zvg.com.

Der Versteigerungsvermerk ist am 15. Juni 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Daun, den 19. Februar 2018

- 2 K 33/15 - Das Amtsgericht

912.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Montag, dem 4. Juni 2018, 10.00 Uhr**, Raum II, Sitzungssaal, Amtsgericht Diez, Schloßberg 11, 65582 Diez, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Diez Gemarkung Diez Flur 7 Flurstück Nr. 48/4, Gebäude- und Freifläche, Schläferweg 10, 657 m², Blatt 3698 BV 1. Zusatz: 2/zu 1: Bebauungsbeschränkung und Fensterrecht an den Grundstücken Diez Flur 7 Flurstück 47 und Flur 48/3, eingetragen im Grundbuch von Diez Blatt 3710 Abt. II Nr. 1 und 2. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Wohnhaus mit Garage; Verkehrswert: 100.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 13. April 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Diez, den 6. Februar 2018

- 10 K 11/17 - Das Amtsgericht

913.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Freitag, dem 4. Mai 2018, 10.00 Uhr**, Raum 12, Sitzungssaal, Amtsgericht Frankenthal (Pfalz), Bahnhofstraße 33, 67227 Frankenthal (Pfalz), öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Frankenthal Gemarkung Frankenthal Flur, Flurstück 379/3, Gebäude- und Freifläche, Speyerer Straße 46, 684 m², Blatt 3921 BV 2. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Mehrfamilienwohnhaus, 5 Geschosse, davon ein Staffelgeschoss, voll unterkellert, insgesamt 12 Wohnungen und 2 Ladengeschäfte; Verkehrswert: 1.800.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.immobilienspool.de.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Herr Roos, Tel. 06322 937-30763.

Der Versteigerungsvermerk ist am 9. August 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Frankenthal, den 1. Februar 2018

- 5 K 28/16 (2) - Das Amtsgericht

914.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Freitag, dem 20. April 2018, 10.30 Uhr**, Raum 12, Sitzungssaal, Amtsgericht Frankenthal (Pfalz), Bahnhofstraße 33, 67227 Frankenthal (Pfalz), öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Bobenheim (Roxheim) lfd. Nr. 1 Gemarkung Bobenheim (Roxheim) Flur, Flurstück 1509/118, Gebäude- und Freifläche, Richard-Wagner-Straße 9, 419 m², Blatt 2543 BV 1; lfd. Nr. 2 Gemarkung Bobenheim (Roxheim) Flur, Flurstück 1509/200, Erholungsfläche, Richard-Wagner-Straße 9, 150 m², Blatt 2543 BV 2. Lfd. Nr. 1: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Einfamilienhaus und Garage; Baujahr Wohnhaus: 1956/57; Wohnfläche: 103 qm; Baujahr Garage: 1977; Nutzfläche ca. 15 qm; Verkehrswert: 250.000,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): unbebautes, als Gartenland genutztes Grundstück; Lage: im Innenbereich des Flurstücks 1509/118 und ausschließlich über dieses erreichbar; Verkehrswert: 15.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.immobilienpool.de.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Herr Litzwitz, Tel.-Nr. 06233 355-2258.

Der Versteigerungsvermerk ist am 4. August 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Frankenthal, den 1. Februar 2018

- 5 K 32/17 - Das Amtsgericht

915.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Sulzbach (Hunsrück) Blatt 538 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundstück **am Montag, dem 7. Mai 2018, 11.00 Uhr**, im Gerichtsgebäude Mainzer Straße 180, Saal 116, versteigert werden. Für Angaben in () keine Gewähr.

Best.Verz.Nr. 1 Gemarkung Sulzbach Flur 12 Flurstück 8, Gebäude- und Freifläche, Im Eck 3, 1188 m² (Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung in 55758 Sulzbach, Im Eck 3). Verkehrswert: 86.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 12. März 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Idar-Oberstein, den 5. Februar 2018

- 11 K 18/14 - Das Amtsgericht

916.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Idar-Oberstein Blatt 14391 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundstück **am Montag, dem 23. April 2018, 9.00 Uhr**, im Gerichtsgebäude Mainzer Straße 180, Saal 116, versteigert werden. Für Angaben in () keine Gewähr.

Gemarkung Idar-Oberstein Best.Verz.Nr. 1 Flur 27 Flurstück 60/3, Gebäude- und Freifläche, Veitsrodter Straße 8, 335 qm (zweigeschossiges Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung, nicht unterkellert und Garage), Verkehrswert: 94.400,- EUR. Im Versteigerungstermin am 5. Februar 2018 wurde der Zuschlag gem. § 85 a ZVG versagt.

Der Versteigerungsvermerk ist am 31. März 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Idar-Oberstein, den 5. Februar 2018

- 11 K 15/17 - Das Amtsgericht

917.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Trippstadt Blatt 1053 eingetragenen, nachstehend bezeichneten

Grundstücke **am Dienstag, dem 15. Mai 2018, 13.00 Uhr**, Sitzungssaal 15, Amtsgericht Kaiserslautern, Justizzentrum, Bahnhofstraße 24, 67655 Kaiserslautern, versteigert werden.

Grundstücke der Gemarkung Trippstadt, nämlich a) Grundstück Flurstück 1767/2, Landwirtschaftsfläche, Nabenberg, zu 3114 qm; b) Grundstück Flurstück 1769, Waldfläche, Nabenberg, zu 2010 qm; c) Grundstück Flurstück 1769/2, Waldfläche, Nabenberg, zu 2010 qm; d) Grundstück Flurstück 1763, Gebäude- und Freifläche, Landwirtschaftsfläche, Eisenhammerstraße 12, zu 1090 qm; e) Grundstück Flurstück 1766, Gebäude- und Freifläche, Landwirtschaftsfläche, Eisenhammerstraße 12, zu 950 qm. Der Verkehrswert ist festgesetzt wie folgt: 1.) Für das unter a) vorgenannte Grundstück auf 4700,-EUR. 2.) Für das unter b) vorgenannte Grundstück auf 3000,-EUR. 3.) Für das unter c) vorgenannte Grundstück auf 3000,- EUR. 4.) Für das unter d) vorgenannte Grundstück auf 65.000,- EUR. 5.) Für das unter e) vorgenannte Grundstück auf 340.000,-EUR.

Der Versteigerungsvermerk wurde am 29. März 2017 in das Grundbuch eingetragen.

Weitere Informationen im Internet unter www.versteigerungspool.de.

Kaiserslautern, den 15. Februar 2018

- 4 K 25/17 - Das Amtsgericht

918.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Stelzenberg Blatt 1080 unter der laufenden Nummer 6 des Bestandsverzeichnisses eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundstück **am Donnerstag, dem 3. Mai 2018, 13.00 Uhr**, Sitzungssaal 15, Amtsgericht Kaiserslautern, Justizzentrum, Bahnhofstraße 24, 67655 Kaiserslautern, versteigert werden.

Grundstück Flurstück 1071 der Gemarkung Stelzenberg, Landwirtschaftsfläche, Waldfläche, Am Zaun, zu 1430 qm. Der Verkehrswert ist festgesetzt auf 1100,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk wurde am 2. Oktober 2017 in das Grundbuch eingetragen.

Weitere Informationen im Internet unter www.versteigerungspool.de.

Kaiserslautern, den 2. Februar 2018

- 4 K 99/17 - Das Amtsgericht

919.

1. Der Termin vom 7. Februar 2018 wird aufgehoben. 2. Neuer Termin wird bestimmt wie folgt: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 10. April 2018, 10.00 Uhr**, Raum 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Kusel, Trierer Straße 71, 66869 Kusel, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Offenbach (Hundheim) lfd. Nr. 1 Gemarkung Offenbach (Hundheim) Flur 9 Flurstück Nr. 272/6, Gebäude- und Freifläche, Hüttenstraße 26, 2582 m², Blatt 1210 BV 25; lfd. Nr. 3 Gemarkung Offenbach (Hundheim) Flur 9 Flurstück Nr. 273/2, Gebäude- und Freifläche, Landwirtschaftsfläche, Hüttenstraße, 472 m², Blatt 1210 BV 23. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): laut Gutachten: dreigeschossiges Dreifamilienhaus, Baujahr 1964, Massivbauweise, Satteldach, drei Garagen; Kellergeschoss: Heizraum, Waschküche; Erdgeschoss: Büroräume; Obergeschoss - Wohnung 1: 3 Zimmer, Küche, Bad, Balkon; Obergeschoss - Wohnung 2: 2 Zimmer, Küche, Bad, Abstellraum / Zugang zum

Schwimmbadanbau; Dachgeschoss - Wohnung 3: 3 Zimmer, Küche, Bad, Abstellraum; es besteht Renovierungs- und Sanierungsbedarf; Verkehrswert: 251.604,- EUR. Lfd. Nr. 3 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Grundstück bebaut mit zwei Garagen; Verkehrswert: 10.000,- EUR; Gesamtverkehrswert: 261.604,- EUR. Die Wertgrenzen der §§ 74 a und 85 a ZVG sind nicht mehr zu beachten.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 28. Juli 2015 (BV 25 Flur 9 Nr. 272/6) und 6. April 2016 (BV 23 Flur 9 Nr. 273/2) in das Grundbuch eingetragen worden.

Kusel, den 6. Februar 2018

- 1 K 34/15 (2) - Das Amtsgericht

920.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 9. Mai 2018, 14.00 Uhr**, Raum 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Kusel, Trierer Straße 71, 66869 Kusel, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Hefersweiler Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 1/2, Sondereigentums-Art alle Räume Nr. 1 laut Aufteilungsplan, Blatt 585 BV 1 an Grundstück Gemarkung Hefersweiler Flur/Flurstück 41, Gebäude- und Freifläche, Wolfsteiner Straße 1, 480 m². Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Lt. Gutachten: Bei dem Anwesen handelt es sich um ein Wohnhaus, bestehend aus einem Altbau und einem Anbau (ehemalige Scheune). Der Altbau ist eingeschossig, teilunterkellert mit ausgebautem Dachgeschoss. Der Anbau ist zweigeschossig, nicht unterkellert mit ausgebautem Dachgeschoss. Die zu versteigernde Wohnung ETW Nr. 1 befindet sich im Erdgeschoss und Obergeschoss des Altbaus sowie tlw. im Erdgeschoss des Anbaus. Insgesamt sind in dem Gebäude zwei Wohnungseigentumseinheiten vorhanden. Auch bzgl. der zweiten Wohnung ETW Nr. 2 ist ein Versteigerungsverfahren anhängig. Wohnflächen ETW Nr. 1: EG: 1 Zimmer, Küche, Bad, Flur, Abstellraum, ca. 82 m²; DG: 2 Zimmer, Flur, ca. 36 m²; Verkehrswert: 34.000,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 9. Juni 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Kusel, den 25. Januar 2018

- 1 K 42/16 (2) - Das Amtsgericht

921.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 9. Mai 2018, 14.00 Uhr**, Raum 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Kusel, Trierer Straße 71, 66869 Kusel, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Hefersweiler Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 1/2, Sondereigentums-Art alle Räume Nr. 2 laut Aufteilungsplan, Blatt 586 BV 1 an Grundstück Gemarkung Hefersweiler Flur/Flurstück Nr. 41, Gebäude- und Freifläche, Wolfsteiner Straße 1, 480 m². Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Lt. Gutachten: Bei dem Anwesen handelt es sich um ein Wohnhaus, bestehend aus einem Altbau und einem Anbau (ehemalige Scheune). Der Altbau ist eingeschossig, teilunterkellert mit ausgebautem

Dachgeschoss. Der Anbau ist zweigeschossig, nicht unterkellert mit ausgebautem Dachgeschoss. Die zu versteigernde Wohnung ETW Nr. 2 befindet sich im Erdgeschoss und Obergeschoss des Altbaus sowie tlw. im Erdgeschoss des Anbaus. Insgesamt sind in dem Gebäude zwei Wohnungseinheiten vorhanden. Auch bzgl. der zweiten Wohnung ETW Nr. 1 ist ein Versteigerungsverfahren anhängig. Wohnflächen ETW Nr. 2: EG: 1 Zimmer, Küche, Bad, Flur, Abstellraum, ca. 44 m²; OG: 4 Zimmer, Bad, Flur, Diele, ca. 82 m²; DG: 2 Zimmer, Bad, Flur, ca. 42 m²; Verkehrswert: 128.000,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 9. Juni 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Kusel, den 25. Januar 2018

- 1 K 43/16 (2) - Das Amtsgericht

922.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 15. Mai 2018, 10.00 Uhr**, Raum 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Kusel, Trierer Straße 71, 66869 Kusel, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Schellweiler Gemarkung Schellweiler Flur/Flurstück Nr. 230, Gebäude- und Freifläche, Schulstraße 14, 345 m², Blatt 828 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Zweifamilienhaus, zweigeschossig, unterkellert mit nicht ausgebautem Dachgeschoss, Wohnflächen: Erdgeschoss: 2 Zimmer, Küche, Essen, Bad, Balkon ca. 68 qm Wohnfläche, Obergeschoss: 3 Zimmer, Kochen/Essen, Bad, Flur, Balkon ca. 76 qm Wohnfläche, Ursprungsbaujahr geschätzt: 1920; Verkehrswert: 42.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 29. Juli 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Kusel, den 6. Februar 2018

- 1 K 64/16 (2) - Das Amtsgericht

923.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 8. Mai 2018, 14.00 Uhr**, Raum 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Kusel, Trierer Straße 71, 66869 Kusel, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Hachenbach lfd. Nr. 1 Gemarkung Hachenbach Flur, Flurstück Nr. 651/4, Gebäude- und Freifläche, Dorfstraße 1, 169 m², Blatt 253 BV 1; lfd. Nr. 1 Gemarkung Hachenbach Flur, Flurstück Nr. 651/5, Verkehrsfläche, K 26 Dorfstraße, 11 m², Blatt 253 BV 1. Eingetragen im Grundbuch von Offenbach (Hundheim) lfd. Nr. 2 Gemarkung Offenbach (Hundheim) Flur 9, Flurstück Nr. 344/28, Gebäude- und Freifläche, Talstraße, 171 m², Blatt 1538 BV 1. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Einfamilienhaus, insgesamt verputzt und gestrichen; Sockel und Fensterfassungen farblich abgesetzt; ausschließlich zu Wohnzwecken genutzt; zweigeschossig; teilunterkellert; nicht ausgebautem Dachgeschoss; einseitig angebaut; Baujahr: aufgrund der Bauweise voraussichtlich vor 1900; Modernisierung: 2004 Einbau einer Öl-Zentralheizung; 2004/2005 Einbau neuer Fenster; 2013 Einbau Bad OG; ab 2003 Renovierung des Innenausbaus nach Auskunft am Ortstermin; Energieausweis liegt nicht vor. Verkehrswert: 55.000,- EUR.

Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Grundstück bebaut mit ehemaligem Bahnhäuschen; massives Gebäude; insgesamt verputzt und gestrichen; Fenster sind durch Holz ersetzt; Baujahr unbekannt; der Stand entspricht voraussichtlich dem Baujahr; Verkehrswert: 2500,- EUR. Der Gesamtverkehrswert beträgt 57.500,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 14. Februar 2017 (Blatt 253 BV 1 Nr. 651/4, Nr. 651/5) und 15. Februar 2017 (Blatt 1538 BV 1 Flur 9, Nr. 344/28) in das Grundbuch eingetragen worden.

Kusel, den 7. Februar 2018

- 1 K 8/17 - Das Amtsgericht

924.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 15. Mai 2018, 9.00 Uhr**, Raum 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Kusel, Trierer Straße 71, 66869 Kusel, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Börsborn Gemarkung Börsborn Flur/Flurstück Nr. 90/12, Gebäude- und Freifläche, Ringstraße 31, 767 m², Blatt 563 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Zweigeschossiges Einfamilienhaus mit ca. 166 qm Wohnfläche und einer Doppelgarage, freistehend, in massiver Bauweise, nicht unterkellert, Dachraum nicht ausgebaut, Baujahr: 2009. Erdgeschoss: Flur, Haustechnikraum, Abstellraum, WC, Küche mit Wohn- und Esszimmer, Arbeitszimmer, das Arbeitszimmer ist nur über das Wohnzimmer zu erschließen. Obergeschoss: Flur, zwei Bäder, zwei Kinderzimmer, Abstellraum und Schlafzimmer mit Ankleide; Verkehrswert: 269.000,- EUR. Entsprechend 134.500,- EUR je hälftigem Miteigentumsanteil.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 24. August 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Kusel, den 6. Februar 2018

- 1 K 44/17 (2) - Das Amtsgericht

925.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Montag, dem 23. April 2018, 10.00 Uhr**, Raum I, Sitzungssaal, Amtsgericht Landstuhl, Kaiserstraße 55, 66849 Landstuhl, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Erbbaurecht, eingetragen im Grundbuch von Landstuhl Blatt 2474 BV 2, an dem im Grundbuch von Landstuhl Blatt 1395 eingetragenen Grundstück Gemarkung Landstuhl Flur/Flurstück 2457/37, Hof- und Gebäudefläche, Bahnstraße, 42 m²; Gemarkung Landstuhl Flur/Flurstück 2457/29, Hof- und Gebäudefläche, Bahnstraße 68, 756 m². Laut Angabe des Sachverständigen: Einfamilienhaus Bj. 1979 mit Gewerbeanbau Bj. 1998; Wfl. ca. 129 qm, Nfl. 55 qm. Verkehrswert: 268.000,- EUR; davon entfällt auf Zubehör: 5000,- EUR (Küche). Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Der Versteigerungsvermerk ist am 11. Juli 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Zur Zuschlagerteilung ist die Zustimmung des Grundstückseigentümers erforderlich.

Landstuhl, den 31. Januar 2018

- K 38/16 - Das Amtsgericht

926.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Freitag, dem 13. April 2018, 11.00 Uhr**, Raum II, Sitzungssaal, Amtsgericht Landstuhl, Kaiserstraße 55, 66849 Landstuhl, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Breitenbach lfd. Nr. 1 Gemarkung Breitenbach Flur/Flurstück 5390/8, Gebäude- und Freifläche, Am Greisling, 460 m², Blatt 203 BV 14; Gemarkung Breitenbach Flur/Flurstück 5390/9, Waldfläche, Dörrenbacher Straße, 3 m², Blatt 203 BV 14; Gemarkung Breitenbach Flur/Flurstück 5390/10, Verkehrsfläche, Dörrenbacher Straße, 0 m², Blatt 203 BV 14; lfd. Nr. 2 Gemarkung Breitenbach Flur/Flurstück 5390/6, Gebäude- und Freifläche, Dörrenbacher Straße, 460 m², Blatt 203 BV 20; Gemarkung Breitenbach Flur/Flurstück 5390/7, Verkehrsfläche, Dörrenbacher Straße, 3 m², Blatt 203 BV 20. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Gewerbeobjekt; Verkehrswert: 23.700,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Gewerbeobjekt mit Lagergebäude; Verkehrswert: 26.300,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 29. Juli 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Landstuhl, den 26. Januar 2018

- K 44/16 - Das Amtsgericht

927.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Montag, dem 9. April 2018, 9.00 Uhr**, Raum I, Sitzungssaal, Amtsgericht Landstuhl, Kaiserstraße 55, 66849 Landstuhl, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Hütschenhausen lfd. Nr. 1 Gemarkung Hütschenhausen Flur, Flurstück 1517/18, Gebäude- und Freifläche, Friedenstraße, 132 m², Blatt 326 BV 10; lfd. Nr. 2 Gemarkung Hütschenhausen Flur, Flurstück 1518/11, Gebäude- und Freifläche, Rosenstraße 14 B, 843 m², Blatt 326 BV 11. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Gewerbeobjekt (Schreinerei); Verkehrswert: 44.000,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Gewerbeobjekt (Schreinerei); Verkehrswert: 137.000,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Der Versteigerungsvermerk ist am 19. Dezember 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Landstuhl, den 5. Februar 2018

- K 68/16 - Das Amtsgericht

928.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 11. April 2018, 11.00 Uhr**, Raum II, Sitzungssaal, Amtsgericht Landstuhl, Kaiserstraße 55, 66849 Landstuhl, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Vogelbach 1/2 Nr. 1a an lfd. Nr. 1 Gemarkung Vogelbach Flur/Flurstück 91/4, Gebäude- und Freifläche, Dorfstraße 17a, 209 m², Blatt 799 BV 1. Eingetragen im Grundbuch von Vogelbach 1/2 Nr. 1b an lfd. Nr. 2 Gemarkung Vogelbach Flur/Flurstück 91/4, Gebäude- und Freifläche, Dorfstraße 17a, 209 m², Blatt 799 BV 1. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Einfamilienhaus; Wfl. ca. 140 qm; Gemeinde Landstuhl; Verkehrswert: 30.000,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen):

digen): Einfamilienhaus; Wfl. ca. 140 qm; Gemeinde Landstuhl; Verkehrswert: 30.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 31. Juli 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Landstuhl, den 29. Januar 2018

- 1 K 31/17 - Das Amtsgericht

929.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 25. April 2018, 11.00 Uhr**, Raum II, Sitzungssaal, Amtsgericht Landstuhl, Kaiserstraße 55, 66849 Landstuhl, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Landstuhl Gemarkung Landstuhl Flur/Flurstück 52/20, Gebäude- und Freifläche, Adolph-Kolping-Platz 11, 102 m², Blatt 4720 BV 2; Gemarkung Landstuhl Flur/Flurstück 52/22, Gebäude- und Freifläche, Adolph-Kolping-Platz, 61 m², Blatt 4720 BV 2; Gemarkung Landstuhl Flur/Flurstück 52/23, Gebäude und Freifläche, Adolph-Kolping-Platz 9, 432 m², Blatt 4720 BV 2. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Wohn- u. Gewerbeobjekt; Bj. ca. 1979, Wfl. / NFl. 920 qm; Stadt Landstuhl; Verkehrswert: 500.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 7. August 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Landstuhl, den 29. Januar 2018

- 1 K 32/17 - Das Amtsgericht

930.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 25. April 2018, 10.15 Uhr**, Raum II, Sitzungssaal, Amtsgericht Landstuhl, Kaiserstraße 55, 66849 Landstuhl, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Dunzweiler Gemarkung Dunzweiler Flur/Flurstück 2284/14, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 5, 534 m², Blatt 576 BV 5. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): bebautes Grundstück; abbruchreifes Gebäude; Verbandsgemeinde Oberes Glantal; Verkehrswert: 16.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 22. September 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Landstuhl, den 29. Januar 2018

- 1 K 43/17 - Das Amtsgericht

931.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 6. Juni 2018, 10.00 Uhr**, Raum III, Sitzungssaal, Amtsgericht Linz am Rhein, Am Konvikt 10, 53545 Linz am Rhein, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Vettelschoß Gemarkung Vettelschoß Flur 1 Flurstück Nr. 39/12, Gebäude- und Freifläche, In der Mark 1a, 468 m², Blatt 3354 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 186.500,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 29. Mai 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Linz, den 15. Januar 2018

- 6 K 33/15 - Das Amtsgericht

932.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 19. April 2018, 14.00 Uhr**, Raum XIII, Sitzungssaal, Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein, Wittelsbachstraße 10,

67061 Ludwigshafen, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Oppau Gemarkung Oppau Flur, Flurstück 585/15, Gebäude- und Freifläche, Gutenbergstraße 8, 240 m², Blatt 5972 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): zweigeschossiges, tlw. unterkellertes Einfamilienhaus mit einseitigem Anbau, Wfl. ca. 165 qm, Bj. ca. 1948, aufgestockt 1958, PKW-Stellplatz im Hof vorhanden - ohne Gewähr -. Verkehrswert: 159.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 29. April 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Ludwigshafen, den 14. Februar 2018

- 3 K 27/16 - Das Amtsgericht

933.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 12. April 2018, 10.00 Uhr**, Raum XIII, Sitzungssaal, Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein, Wittelsbachstraße 10, 67061 Ludwigshafen, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Oppau Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum lfd. Nr. 1 ME-Anteil: 1/2, Sondereigentums-Art: Wohnung im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. I - rot, Blatt 2890 BV 1; lfd. Nr. 2 ME-Anteil: 1/2, Sondereigentums-Art: Wohnung im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. II - blau -, Blatt 2891 BV 1 an Grundstück Gemarkung Oppau Flur/Flurstück 4913/4, Gebäude- und Freifläche, Karl-Otto-Braun-Straße 15, 15 A, 430 m². Zusatz zu lfd. Nr. 1: im Erdgeschoss: Küche, WC, 3 Zimmer und Flur im Obergeschoss: Küche, Bad, Abstellraum, Diele und 3 Zimmer im Kellergeschoss: die mit Ziffer I - rot - eingezeichneten Räume 2 Abstellräume im Erdgeschoss des Verbindungshauses, bezeichnet mit Ziffer II blau. Zusatz zu lfd. Nr. 2: im Erdgeschoss: Diele, Küche, Wohn- und Esszimmer, WC, Bad und WC im Kellergeschoss: die mit Ziffer II - blau - eingezeichneten Keller- und Wohnräume. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Wohneinheit im EG + OG des Vorderhauses, 4 Kellerräume, Bj. 1924, Umbau 1972 und 1976, Bad im EG des Verbindungsbaus, Balkon/Dachterasse über Verbindungsbau, ca. 120 qm Wohnfläche; Verkehrswert: 235.000,- EUR.

Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Wohneinheit im EG + KG des Hinterhauses, ca. 115 qm Wohnfläche, Bj. 1976, Garage, Keller im Verbindungsbau; Verkehrswert: 200.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Frau Weber, Tel.Nr. 0228 920-33522.

Der Versteigerungsvermerk ist am 15. März 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Ludwigshafen, den 6. Februar 2018

- 3 K 18/17 - Das Amtsgericht

934.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 19. April 2018, 10.00 Uhr**, Raum XIII, Sitzungssaal, Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein, Wittelsbachstraße 10, 67061 Ludwigshafen, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Mundenheim Miteigen-

tumsanteil verbunden mit Sondereigentum lfd. Nr. 1 ME-Anteil: 127/10.000, Sondereigentums-Art: Wohnung im 11. Obergeschoss, SE-Nr. 96 H, Blatt 4956 BV 1; lfd. Nr. 2 ME-Anteil: 11/10.000, Sondereigentums-Art: Garage, SE-Nr. 16, Blatt 4972 BV 1 an Grundstück Gemarkung Mundenheim Flur/Flurstück 1917/22, Hof- und Gebäudefläche, Karlsbader Straße, 5065 m². Zusatz zu lfd.Nr. 1: bestehend aus 3 Zimmer, Küche, Diele, Bad/WC, WC, Flur, Abstellraum, Loggia, sowie 1 Kellerraum. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): 3 ZKB im 11. OG, Karlsbader Straße 7, WC, Abstellraum, Loggia, ca. 80 qm Wohnfläche, Kellerraum; Verkehrswert: 77.000,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Garage im UG; Verkehrswert: 8000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Herr Pomp, Tel.Nr. 0621 1282-15139.

Der Versteigerungsvermerk ist am 27. März 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Ludwigshafen, den 8. Februar 2018

- 3 K 22/17 - Das Amtsgericht

935.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Dienstag, dem 10. April 2018, 9.00 Uhr**, Raum 106, Sitzungssaal, Amtsgericht Montabaur, Bahnhofstraße 47, 56410 Montabaur, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Wirges Gemarkung Wirges BV 9 Flur 27 Flurstück Nr. 3578, Landwirtschaftsfläche, Hinter dem Steimel, 1271 m², Blatt 2906 BV 9. Laut Gutachten unbebaut. Verkehrswert: 1907,- EUR.

Montabaur, den 5. Februar 2018

- 14 K 32/17 - Das Amtsgericht

936.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 10. April 2018, 11.00 Uhr**, Raum 106, Sitzungssaal, Amtsgericht Montabaur, Bahnhofstraße 47, 56410 Montabaur, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Hilscheid Gemarkung Hilscheid Flur 18 Flurstück Nr. 51/2, Gebäude- und Freifläche, Mittelstraße 6, 357 m², Blatt 2429 BV 1. Verkehrswert: BV 1 = 116.000,- EUR und Schuldnerisches Zubehör = 25.000,- EUR (Zubehör: 2x Dreischeiden-Maschine; Kristallationsmaschine, 2x Einscheidenmaschinen, Nassschneidisch, Nass-Polier-Flex-Set, Trocken-Polier-Set, Niederdruckstrahlsystem, Entstaubungsanlage, Nasssauger, Schlammsauger, Hochdruckreinigungsanlage, Hochdruckanlage, Diamantsegment). Verkehrswert gesamt: 141.000,- EUR.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Herr Schreck, Tel. 02662 961-281.

Der Versteigerungsvermerk ist am 15. November 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Montabaur, den 2. Februar 2018

- 14 K 38/17 - Das Amtsgericht

937.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der Grundbesitz eingetragen im Grundbuch von Kadenbach Blatt 1653 in der Gemarkung Kadenbach lfd. Nr. 1 Flur 14 Flurst. 46/4, Gebäude- u. Freifläche, Hauptstraße 35 A,

Größe in m²: 848 (laut Gutachten bebaut mit einem eigengenutzten EFH mit Garage, Wfl./Ntzfl. rd. 191 - Bauj. ca. 1900, in 2014 entkernt und ausgebaut; neuwertiger baulicher Zustand; es wird dringend empfohlen das Gutachten einzusehen); **am Dienstag, dem 17. April 2018, um 10.00 Uhr**, an der Gerichtsstelle Montabaur, Bahnhofstraße 47, Saal 106, 1. Stock, versteigert werden.

Verkehrswert: insgesamt 214.500,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 2. Oktober 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Weitere Informationen (Gutachten, Fotos etc.) ca. 4 Wochen vor dem o. a. Termin unter www.versteigerungspool.de bzw. bei der betr. Gläubigerin, Tel. 06131 6260852.

Montabaur, den 8. Februar 2018

- 14 K 40/17 - Das Amtsgericht

938.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der Grundbesitz in der Gemarkung Oberhaid eingetragen im Grundbuch von Oberhaid Blatt 437 lfd. Nr. 2 Flur 3 Flurst. 105/15, Gebäude- u. Freifläche, Hauptstraße 27, 909 m² (laut Gutachten bebaut mit einem leerstehenden, unterkellerten EFH Bauj. ca. 1975/76 Wfl. rd. 212,70 m² mit sep. Garage Bj. ca. 1987/88. / Ntzfl. rd. 93,09 m². Es wird dringend empfohlen das Gutachten einzusehen); **am Dienstag, dem 24. April 2018, um 10.00 Uhr**, an der Gerichtsstelle Montabaur, Bahnhofstraße 47, Saal 106, 1. Stock, versteigert werden.

Verkehrswert: insgesamt 222.500,- EUR (je 1/2-Anteil 111.250,- EUR).

Der Versteigerungsvermerk ist am 11. Dezember 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Weitere Informationen (Gutachten, Fotos etc.) ca. 4 Wochen vor dem o.a. Termin unter www.versteigerungspool.de bzw. bei der betr. Gläubigerin, Tel. 02632 709-509.

Montabaur, den 14. Februar 2018

- 14 K 50/17 - Das Amtsgericht

939.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 18. April 2018, 14.30 Uhr**, Raum C 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Neustadt an der Weinstraße, Robert-Stolz-Straße 20, 67433 Neustadt an der Weinstraße, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Neustadt an der Weinstraße Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 68,26/1000, Sondereigentums-Art: Wohnung im Erdgeschoss, Kellerraum, beide Balkone, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 4, Blatt 12141, BV 1, zu 1; an Grundstück Gemarkung Neustadt an der Weinstraße Flur, Flurstück 5162/6, Gebäude- und Freifläche, Wolfsburgstraße 22, 24, 3667 m². Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): 3-Zimmer Wohnung im Erdgeschoss nebst 2 Balkone in einem Mehrfamilienhaus; Baujahr ca. 1999, 79 qm; Verkehrswert: 98.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.immobilienspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 14. März 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Neustadt an der Weinstraße,
den 13. Februar 2018

- 1 K 51/15 - Das Amtsgericht

940.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 25. April 2018, 13.00 Uhr**, Raum C 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Neustadt an der Weinstraße, Robert-Stolz-Straße 20, 67433 Neustadt an der Weinstraße, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Neustadt an der Weinstraße Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 36,20/1000, Sondereigentums-Art: Wohnung im Erdgeschoss, Kellerraum, Balkon, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 5, Sondernutzungsrecht an den Kfz-Stellplätzen, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nrn. 1, 2, 4, 5, 6, 7, 9, 11, 12, 13, 14, 16, 17, 18, 19, und 20, Blatt 12142, BV 1, zu 1; an Grundstück Gemarkung Neustadt an der Weinstraße Flur, Flurstück 5162/6, Gebäude- und Freifläche, Wolfsburgstraße 22, 24, 3667 m². Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): 1-Zimmer-Wohnung im Erdgeschoss eines Mehrfamilienhauses mit Balkon, Keller und Kfz-Stellplätzen im Freien, 40 qm Wohnfläche, Baujahr ca. 1999. Objektadresse: Wolfsburgstraße 22, 67433 Neustadt; Verkehrswert: 89.750,- EUR.

Weitere Informationen unter www.immobilienspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 14. März 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Neustadt an der Weinstraße,
den 13. Februar 2018

- 1 K 52/15 - Das Amtsgericht

941.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 18. April 2018, 13.00 Uhr**, Raum C 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Neustadt an der Weinstraße, Robert-Stolz-Straße 20, 67433 Neustadt an der Weinstraße, öffentlich versteigert werden,

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Neustadt an der Weinstraße Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 74,67/1000, Sondereigentums-Art: Wohnung im Dachgeschoss, Kellerraum, beide Balkone, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 13, Blatt 12150, BV 1, zu 1; an Grundstück Gemarkung Neustadt an der Weinstraße Flur, Flurstück 5162/6, Gebäude- und Freifläche, Wolfsburgstraße, 3667 m². Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): 4-Zimmer Wohnung im Dachgeschoss eines Mehrfamilienhauses; verfügt über 2 Balkone und Keller, 82 qm Wohnfläche, Baujahr ca. 1999. Objektadresse: Wolfsburgstraße 24, 67433 Neustadt an der Weinstraße; Verkehrswert: 106.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.immobilienspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 14. März 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Neustadt an der Weinstraße,
den 13. Februar 2018

- 1 K 53/15 - Das Amtsgericht

942.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 25. April 2018, 14.30 Uhr**, Raum C 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Neustadt an der Weinstraße, Robert-Stolz-Straße 20, 67433 Neustadt an der Weinstraße, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Neustadt an der Weinstraße Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 33,29/1000, Sondereigentums-Art: Wohnung im Dachgeschoss, Kellerraum, Balkon, im Aufteilungs-

plan bezeichnet mit Nr. 17, Sondernutzungsrecht PKW-Abstellplatz (oberirdisch) Nr. 17, Blatt 12154, BV 1, zu 1; an Grundstück Gemarkung Neustadt an der Weinstraße Flur, Flurstück 5162/6, Gebäude- und Freifläche, Wolfsburgstraße 22, 24, 3667 m². Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): 1-Zimmer-Wohnung im Dachgeschoss eines Mehrfamilienhauses mit Balkon, Keller und Kfz-Stellplatz, 37 qm Wohnfläche, Baujahr ca. 1999.

Objektadresse: Wolfsburgstraße 22, 67433 Neustadt; Verkehrswert: 49.250,- EUR.

Weitere Informationen unter www.immobilienspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 14. März 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Neustadt an der Weinstraße,
den 13. Februar 2018

- 1 K 54/15 - Das Amtsgericht

943.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Montag, dem 16. April 2018, 11.00 Uhr**, Raum 120, Sitzungssaal, Amtsgericht Neuwied, Hermannstraße 39, 56564 Neuwied, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Roßbach (Wied) lfd. Nr. 1 Gemarkung Roßbach (Wied) Flur 3 Flurstück Nr. 23, Gebäude- und Freifläche, Breitscheider Straße 3, 266 m², Blatt 1111 BV 14; lfd. Nr. 2 Gemarkung Roßbach (Wied) Flur 3 Flurstück Nr. 24/2, Gebäude- und Freifläche, Breitscheider Straße 5, 2957 m², Blatt 1111 BV 16. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Wohnhaus; Verkehrswert: 84.700,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): bebaut mit einem ehemaligen Pflegeheim; Verkehrswert: 269.000,- EUR; davon entfällt auf Zubehör: 15.000,- EUR (Zubehör). Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 19. Mai 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Neuwied, den 9. Februar 2018

- 13 K 39/16 - Das Amtsgericht

944.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Montag, dem 16. April 2018, 10.00 Uhr**, Raum 120, Sitzungssaal, Amtsgericht Neuwied, Hermannstraße 39, 56564 Neuwied, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Niederhofen lfd. Nr. 1 Gemarkung Niederhofen Flur 3 Flurstück Nr. 11/32, Erholungsfläche, Steinstraße, 681 m² Blatt 726 BV 3; lfd. Nr. 2 Gemarkung Niederhofen Flur 14 Flurstück Nr. 33/4, Verkehrsfläche, Hauptstraße, K 123, Genaue Fläche 0,41 qm, 0 m² Blatt 726 BV 8; Gemarkung Niederhofen Flur 14 Flurstück Nr. 33/5, Verkehrsfläche, Hauptstraße, 20 m² Blatt 726 BV 8; Gemarkung Niederhofen Flur 14 Flurstück Nr. 33/6, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 39, 427 m², Blatt 726 BV 8. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): unbebautes Grundstück, genutzt als Garten; Verkehrswert: 34.000,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Einfamilienhaus mit ehemaliger Scheune und Garage; Verkehrswert: 97.000,- EUR.

Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 1. Juni 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Neuwied, den 5. Februar 2018

- 13 K 33/17 - Das Amtsgericht

945.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 10. April 2018, 9.20 Uhr**, Raum 27, Sitzungssaal, Amtsgericht Pirmasens, Bahnhofstraße 22 - 26, 66953 Pirmasens, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Pirmasens Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 175,36/1000, Sondereigentums-Art an der Wohnung im Dachgeschoss im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 5; für jeden Anteil ist ein besonderes Grundbuch angelegt (Blatt 13971 bis Blatt 13975); der hier eingetragene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt; keine Veräußerungsbeschränkung; wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums Bezugnahme auf die Bewilligung vom 7. März 1996; eingetragen am 25. Mai 1996, Blatt 13975 BV 1 an Grundstück Gemarkung Pirmasens Flur/Flurstück 3301/20, Gebäude- und Freifläche, Sonnenstraße 7, 160 m². Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Eigentumswohnung zu ca. 52 m² Wohnfläche in 1956 errichtetem Mehrfamilienhaus; am Gemeinschaftseigentum Unterhaltungstau sowie brandschutzrechtliche Mängel - anteiliger Beseitigungsaufwand ca. 9000,- EUR - Wohnung ist vor Beseitigung der Brandschutzmängel nicht legal nutzbar; weiter Beseitigungsaufwand betreffs Mängeln am Sondereigentum: ca. 7400,- EUR; Verkehrswert: 15.000,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Der Versteigerungsvermerk ist am 7. April 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Pirmasens, den 7. Februar 2018

- 2 K 23/16 - Das Amtsgericht

946.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 24. April 2018, 10.15 Uhr**, Raum 27, Sitzungssaal, Amtsgericht Pirmasens, Bahnhofstraße 22 - 26, 66953 Pirmasens, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Erlenbach (bei Dahn) Gemarkung Erlenbach (bei Dahn) Flur/Flurstück 1608, Gebäude- und Freifläche, Landwirtschaftsfläche, Binsenhohlstraße, 2040 m², Blatt 1049 BV 10. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Grundstück in Ortsrandlage mit stark renovierungsbedürftiger Scheune mit Stall und Pferdekoppel; unregelmäßige Grundstücksform; Verkehrswert: 36.100,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 25. Juli 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Pirmasens, den 12. Februar 2018

- 2 K 43/17 - Das Amtsgericht

947.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Dienstag, dem 24. April 2018, 11.10 Uhr**, Raum 27, Sitzungssaal, Amts-

gericht Pirmasens, Bahnhofstraße 22 - 26, 66953 Pirmasens, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Busenberg Gemarkung Busenberg Flur/Flurstück 245/5, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 12, 411 m², Blatt 358 BV 3. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): tatsächliche Grundstücksgröße ca. 340 m²; ca. 1963 errichtetes Zweifamilienhaus mit insgesamt ca. 133 m² Wohnfläche; die tatsächlichen Gegebenheiten weichen von den Planunterlagen des Bauamtes ab. Terrasse ohne Geländer. Wandbeläge sind teilweise entfernt; Kellerwände weisen Feuchtigkeit auf; ca. 21.000,- EUR Schadenbeseitigungsaufwand. Verkehrswert: 130.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 27. Juli 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Pirmasens, den 12. Februar 2018

- 2 K 45/17 - Das Amtsgericht

948.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 17. April 2018, 10.15 Uhr**, Raum 27, Sitzungssaal, Amtsgericht Pirmasens, Bahnhofstraße 22 - 26, 66953 Pirmasens, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Rieschweiler Gemarkung Höhmühlbach Flur/Flurstück 951/7, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Goethestraße 13, 485 m², Blatt 1235 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): zweigeschossiges Mehrfamilienhaus, Baujahr ca. 1970; asbestverdächtige Außenverkleidung mit Eternitplatten; Innenbesichtigung war dem Sachverständigen nicht möglich; lt. Plänen ca. 258 m² Gesamtwohnfläche in vier Wohneinheiten: Kellergeschoss, EG, OG und DG; zwei Garagenstellplätze im KG; erheblicher Unterhaltungstau und allgemeiner Renovierungsbedarf; Verkehrswert berücksichtigt Abschlag wegen fehlender Innenbesichtigung; Verkehrswert: 123.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 4. August 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Pirmasens, den 9. Februar 2018

- 2 K 49/17 - Das Amtsgericht

949.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Dienstag, dem 17. April 2018, 11.10 Uhr**, Raum 27, Sitzungssaal, Amtsgericht Pirmasens, Bahnhofstraße 22 - 26, 66953 Pirmasens, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Vinningen lfd. Nr. 1 Gemarkung Vinningen Flur/Flurstück 5470, Landwirtschaftsfläche, Unten am Schaberwäldchen beim Schaberbrunnen, 1000 m², Blatt 2983 BV 1; lfd. Nr. 2 Gemarkung Vinningen Flur/Flurstück 5470/2, Landwirtschaftsfläche, Unten am Schaberwäldchen beim Schaberbrunnen, 1000 m², Blatt 2983 BV 2; lfd. Nr. 3 Gemarkung Vinningen Flur/Flurstück 5471, Landwirtschaftsfläche, Unten am Schaberwäldchen beim Schaberbrunnen, 1140 m², Blatt 2983 BV 3; lfd. Nr. 4 Gemarkung Vinningen Flur/Flurstück 5471/2, Landwirtschaftsfläche, Unten am Schaberwäldchen beim Schaberbrunnen, 1140 m², Blatt 2983 BV 4. lfd. Nr. 1 Verkehrswert: 500,- EUR; lfd. Nr. 2 Verkehrswert: 500,- EUR; lfd. Nr. 3 Verkehrswert: 570,- EUR; lfd. Nr. 4 Verkehrswert: 570,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 25. Oktober 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Pirmasens, den 9. Februar 2018

- 2 K 73/17 - Das Amtsgericht

950.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Dannenfels Blatt 1362 eingetragene, nachstehend bezeichnete Grundbesitz **am Mittwoch, dem 21. März 2018, um 10.00 Uhr**, im Amtsgericht Rockenhausen, Kreuznacher Straße 37, 67806 Rockenhausen, Erdgeschoss, Sitzungssaal 1, versteigert werden.

1 Dannenfels Fl.St. 1679/8, Gebäude- und Freifläche, Rotsteigstraße 1 B, 779 m². Verkehrswert gemäß §§ 74 a, 64 ZVG: Grundstück: 230.000,- EUR. Gemäß Gutachten handelt es sich um ein freistehendes Einfamilienhaus, eingeschossig, nicht unterkellert, ausgebautes Dachgeschoss, Balkon; Wohnfläche ca. 166 m². Es besteht nach äußerlicher Begutachtung ein mäßiger Fertigstellungsaufwand in Bezug auf den Balkon, die Fassade der Gebäuderückseite und die Außenanlage.

Beschlagnahme: 12. Dezember 2016.

Nähere Informationen unter www.versteigerungspool.de ca. 4 Wochen vor dem Versteigerungstermin.

Rockenhausen, den 13. Dezember 2017

- 2 K 113/16 - Das Amtsgericht

951.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in den Grundbüchern von Mannebach Blatt 1191 bis 1197 eingetragenen, nachstehend bezeichneten Miteigentumsanteile **am Mittwoch, dem 16. Mai 2018, 10.30 Uhr**, an der Gerichtsstelle Trier, Justizstraße 2, 4, 6, Saal 56, versteigert werden.

a) Blatt 1191: 22/100-Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Mannebach Flur 5 Nr. 111, Erholungsfläche, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 3a, 8,02 Ar; Flur 5 Nr. 113/3, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße, 1,68 Ar verbunden mit dem Sondereigentum an den im Erd- und Dachgeschoss gelegenen Räumen einschließlich dem im Kellergeschoss gelegenen Keller-raum, alle bezeichnet mit Nr. 1 laut Aufteilungsplan (202.000,- EUR); b) Blatt 1192: 22/100-Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Mannebach Flur 5 Nr. 111, Erholungsfläche, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 3a, 8,02 Ar Flur 5 Nr. 113/3, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße, 1,68 Ar verbunden mit dem Sondereigentum an den im Erd- und Dachgeschoss gelegenen Räumen (einschließlich Wintergarten) einschließlich dem im Kellergeschoss gelegenen Kellerraum, alle bezeichnet mit Nr. 2 laut Aufteilungsplan (146.000,- EUR); c) Blatt 1193: 22/100-Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Mannebach Flur 5 Nr. 111, Erholungsfläche, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 3a, 8,02 Ar Flur 5 Nr. 113/3, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße, 1,68 Ar verbunden mit dem Sondereigentum an den im Erd- und Dachgeschoss gelegenen Räumen einschließlich dem im Kellergeschoss gelegenen Keller-raum, alle bezeichnet mit Nr. 3 laut Aufteilungsplan (71.700,- EUR); d) Blatt 1194: 2/100-Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Mannebach Flur 5 Nr. 111, Erholungsfläche, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 3a, 8,02 Ar Flur 5 Nr. 113/3, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße, 1,68 Ar verbunden mit dem Sondereigentum an den im Erd- und Dachgeschoss gelegenen Räumen einschließlich dem im Kellergeschoss gelegenen Kellerraum, alle bezeichnet mit

Staatsanzeiger

für das Land Rheinland-Pfalz

G 6436

Postvertriebsstück - Entgelt bezahltStaatskanzlei Rheinland-Pfalz
Postfach 3880, 55028 Mainz

Nr. 4 laut Aufteilungsplan (16.400,- EUR); e) Blatt 1195: 15/100-Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Mannebach Flur 5 Nr. 111, Erholungsfläche, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 3a, 8,02 Ar Flur 5 Nr. 113/3, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße, 1,68 Ar verbunden mit dem Sondereigentum an den im Kellergeschoss gelegenen Räumen, bezeichnet mit Nr. 5 laut Aufteilungsplan (56.900,- EUR); f) Blatt 1196: 8,5/100-Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Mannebach Flur 5 Nr. 111, Erholungsfläche, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 3a, 8,02 Ar Flur 5 Nr. 113/3, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße, 1,68 Ar; verbunden mit dem Sondereigentum an den im Kellergeschoss gelegenen Räumen, bezeichnet mit Nr. 6 laut Aufteilungsplan (46.500,- EUR); g) Blatt 1197: 8,5/100-Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Mannebach Flur 5 Nr. 111, Erholungsfläche, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 3a, 8,02 Ar; Flur 5 Nr. 113/3, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße, 1,68 Ar verbunden mit dem Sondereigentum an den im Kellergeschoss gelegenen Räumen, bezeichnet mit Nr. 7 laut Aufteilungsplan (30.200,- EUR). (Wohn- und Geschäftshaus; Bauj. 2005). Bei den in Klammern gesetzten Beträgen handelt es sich um die nach § 74 a ZVG festgesetzten Verkehrswerte. In einem früheren Versteigerungstermin wurde der Zuschlag wegen Nichterreichens der 5/10-Grenze versagt, § 85 a ZVG.

Der Versteigerungsvermerk ist am 4. Juli 2016 in die Grundbücher eingetragen worden.

Trier, den 1. Februar 2018

- 23 K 75/16 -

Das Amtsgericht

952.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Donnerstag, dem 19. April 2018, 11.30 Uhr**, Raum 56, Sitzungssaal, Amtsgericht Trier, Justizstraße 2, 4, 6, 54290 Trier, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Schweich Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 25,17/100, Sondernutzungsrecht an den nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumen im Kellergeschoss, im Aufteilungsplan jeweils bezeichnet mit Nr. 1, sowie dem Sondernutzungsrecht an dem Kfz-Stellplatz Nr. 3 und an der Terrasse vor dem Kellergeschoss, Blatt 7758 BV 1; an Grundstück Gemarkung Schweich Flur 70 Flurstück Nr. 307, Gebäude- und Freifläche, Unter Ma-stein, 384 m²; Verkehrswert: 83.400,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 6. März 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Trier, den 7. Februar 2018

- 23 K 25/17 -

Das Amtsgericht

953.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Mittwoch, dem 16. Mai 2018, 9.45 Uhr**, Raum 1, Sitzungssaal, Amtsgericht Westerburg, Wörthstraße 14, 56457 Westerburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Alpenrod Gemarkung Alpenrod Flur 2 Flurstück Nr. 298, Gebäude- und Freifläche, Schulstraße 1, 210 m², Blatt 3030 BV Nr. 1. Objektbeschreibung/Lage: Das Grundstück ist mit einem einseitig angebauten, ein- bis zweigeschossigen Wohnhaus bebaut; Verkehrswert: 26.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Herr Kohlhaas, 02662 801-210.

Der Versteigerungsvermerk ist am 28. November 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Westerburg, den 31. Januar 2018

- 11 K 112/16 -

Das Amtsgericht

954.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Donnerstag, dem 19. Juli 2018, 9.45 Uhr**, Raum 1, Sitzungssaal, Amtsgericht Westerburg, Wörthstraße 14, 56457 Westerburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Willmenrod Gemarkung Willmenrod Flur 5 Flurstück Nr. 70/3, Gebäude- und Freifläche, Bahnhofstraße 27, 2907 m², Blatt 1066 BV Nr. 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Wohnhaus mit Saalanbau, Scheune und einer kleinen Halle; Verkehrswert: 97.000,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 74 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 10. März 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Westerburg, den 1. Februar 2018

- 11 K 19/17 -

Das Amtsgericht

955.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Dienstag, dem 17. April 2018, 14.00 Uhr**, Raum Sitzungssaal 3, Amtsgericht Zweibrücken, Herzogstraße 2, 66482 Zweibrücken, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Harsberg Gemarkung Harsberg Flur, Flurstück 48, Landwirtschaftsfläche, Freifläche, An der Mülhstraße, Mülhstraße 5, 2028 m², Blatt 378 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Grundstück, bebaut mit einem freistehenden, zweigeschossigen Zweifamilienhaus in Massivbauweise mit teilausgebautem Kellergeschoss; Bj. ca. 1988; Wohnfläche ca. 289,96 m²; UG/EG: Holzofen mit Kochmöglichkeit in der Küche; OG: Ölzentralheizung als Fußbodenheizung, Bj. 2000; Energieausweis: nicht bekannt; Verkehrswert: 148.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 7. Dezember 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Zweibrücken, den 26. Januar 2018

- K 55/09 -

Das Amtsgericht

956.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Dienstag, dem 17. April 2018, 15.15 Uhr**, Raum Sitzungssaal 3, Amtsgericht Zweibrücken, Herzogstraße 2, 66482 Zweibrücken, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Obernheim-Kirchenarnbach Gemarkung Obernheim-Kirchenarnbach Flur, Flurstück 972/20, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 10, Hauptstraße 10, 402 m², Blatt 1109 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Grundstück, bebaut mit einem freistehenden, zweigeschossigen Einfamilienhaus in Massivbauweise; teilweise unterkellert, Dachraum nicht ausgebaut, teilweise modernisiert; Bj. ca. 1967; kein Energieausweis; eine Innenbesichtigung war nicht möglich. Verkehrswert: 83.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 9. September 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Zweibrücken, den 26. Januar 2018

- K 26/16 -

Das Amtsgericht